

# **An die Arbeit**

*Die Niederlande besser machen*

Koalitionsvertrag 2026–2030

D66, VVD und CDA

30. Januar 2026

## Vorwort

Es ist an der Zeit, die Niederlande zu einem besseren Land zu machen. Daran wollen D66, VVD und CDA<sup>1</sup> in den kommenden Jahren arbeiten, gemeinsam mit anderen und auf eine Art und Weise, die zu unserem Land passt. In der Vergangenheit wurde viel Gutes aufgebaut, gestützt auf eine Kultur des Dialogs und der Kompromisse, auf Freiheit und Unternehmertum, aber auch auf eine soziale Tradition des Gemeinsinns und der Verantwortung. Die Gesellschaft verfügt über enorm viel Kraft und Initiative. So ist unser Land geformt worden, und so können wir es gemeinsam voranbringen.

Die drei politischen Strömungen, die diesen Vertrag vorlegen, haben jeweils eine eigene Geschichte und ein eigenes Menschen- und Weltbild. Aber uns eint die Überzeugung, dass die Niederlande wieder vorankommen können, wenn Politiker normal miteinander debattieren und den Mut haben, klare Entscheidungen zu treffen. Wir glauben, dass die Gesellschaft wieder nach einer Politik verlangt, die zeigt, dass ein Miteinander mehr bringt als ein Gegeneinander. Genau deshalb brennen wir darauf zu demonstrieren, dass es auch anders geht.

Über Generationen hinweg war es selbstverständlich, dass die Kinder es einmal besser haben werden als ihre Eltern. Wir sind optimistisch, dass dies immer noch möglich ist. Die Niederlande bringen alle Voraussetzungen mit, um dieses Versprechen erneut einzulösen. Aber wir sind auch realistisch, denn das geht nicht von selbst. In den kommenden Jahren steht viel auf dem Spiel. Die Welt um uns herum wird immer unberechenbarer. Alte Gewissheiten auf dem internationalen Parkett verschwinden, und die Bedrohungen für unsere freie Lebensart und unseren Rechtsstaat nehmen zu. Unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unser Wohlstand fordern rasches und entschlossenes Handeln.

Dies ist ein Vertrag der Entscheidungen und Ambitionen, die mit beharrlicher und harter Arbeit auch umgesetzt werden können. Dazu gehört, dass die Niederlande in den kommenden Jahren den Mut haben, ab und zu für etwas langfristig Größeres und Besseres eine Stagnation in Kauf zu nehmen, in dem Wissen, dass jeder Euro zum Wohle nachfolgender Generationen nur einmal ausgegeben werden kann.

Uns ist selbstverständlich bewusst, dass parlamentarische Mehrheiten in einer zersplitterten politischen Landschaft verdient sein wollen. Gerade eine Regierung, die keine Mehrheit hat, muss zuhören und argumentieren, geben und nehmen, um Ergebnisse zu erzielen. Unser Versprechen ist eine offene Haltung und die Bereitschaft zu Kompromissen. Unsere Hoffnung ist, dass andere Parteien hierin Chancen sehen, ihren eigenen Idealen näher zu kommen. So können wir gemeinsam Ergebnisse erzielen, die gut für unser Land sind.

Wir wollen endlich Durchbrüche in der Stickstoffpolitik und auf dem Wohnungsmarkt erzielen. Unsere Landwirte, die Natur, Wohnungssuchende und Unternehmer haben etwas Besseres verdient. Wir wollen die Asyl- und Arbeitsmigration ernsthaft in den Griff bekommen, indem wir uns fragen, was unser Land leisten kann und braucht, und dann auch entsprechend handeln. Wir sehen, dass in den kommenden zehn, zwanzig Jahren große Investitionen in unsere Verteidigung und unsere Wirtschaft notwendig sind, damit unser Land sicher bleibt und niederländische Unternehmer auch künftig international wettbewerbsfähig operieren können. Wir sind davon überzeugt, dass eine innovative Klimapolitik und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zwei Seiten derselben Medaille sind. Wir wollen starke Niederlande in einem starken Europa, die mit allen Partnern an Sicherheit, Rechtssicherheit und Wohlstand arbeiten. Wir werden unnötig komplizierte Regelungen für Bürger und Unternehmen zurückschneiden. Der Staat muss die Dinge einfacher machen, statt sie zu erschweren. Und vor allem wollen wir dazu beitragen, dass

---

<sup>1</sup> Demokraten 66, Volkspartei für Freiheit und Demokratie, Christlich Demokratischer Appell.

Lehrer, Polizisten, Pflegekräfte, Geschäftsinhaber und all die anderen, die unser Land Tag für Tag am Laufen halten, ihrer eigenen Zukunft mit einem sicheren Gefühl entgegensehen können. Auch diejenigen, die uns nicht gewählt haben, können sich darauf verlassen, dass wir uns dafür nach besten Kräften einsetzen werden.

Unser Leitbild für die Niederlande sieht so aus: ein Land der Chancen für alle, unabhängig von Alter, Herkunft, Gesundheit oder Einkommen. Ein zupackendes Land, in dem jeder seinen eigenen Weg gehen kann, aber niemals auf Kosten anderer. Ein Land, in dem Beschimpfungen auf X nicht die Norm sind, weil die große Mehrheit das nicht für normal hält. Ein Land, in dem man anderen hilft, wenn sie Hilfe brauchen, und aufeinander achtet. Und ein Land, in dem der Staat Partner aller Menschen ist, die einen positiven Beitrag leisten, und gegen alle vorgeht, die die Kräfte unserer Gesellschaft untergraben. Wir schützen unsere Art zu leben, und wir beschützen uns gegenseitig.

Ein solches Land wollen wir gestalten, mit Leib und Seele und mit möglichst vielen zusammen. Die Niederlande stärker machen – wir sind bereit.

Rob Jetten  
Dilan Yeşilgöz-Zegerius  
Henri Bontenbal

# Inhalt

Vorwort	2
Zusammenarbeit als gemeinsamer Auftrag	5
Ein sicheres Land, eine starke Gesellschaft	7
Effektiver Staat	7
Eine starke Demokratie	10
Sicherheit in einem starken Rechtsstaat	13
Nationale Sicherheit	17
Große Entscheidungen für das Land	20
Bauen und Wohnen	20
Landwirtschaft, Natur und Stickstoff	24
Auf Kurs für Klima und grünes Wachstum	29
Die stärkste Volkswirtschaft Europas	32
Die Niederlande in der Welt	37
Verteidigung und internationale Sicherheit	37
Europa und die Welt	39
Asyl, Migration und Integration	42
Die Niederlande im Arbeitsmodus	48
Arbeit und soziale Sicherheit	48
Gute Bildung und Wissenschaft	54
Eine gesunde Gesellschaft	60
Die Niederlande: führend in einer digitalen Welt	66
Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Gewässer- und Umweltschutz	68
Gesunde Staatsfinanzen	72
Anhang	76

## Zusammenarbeit als gemeinsamer Auftrag

In diesem Koalitionsvertrag haben drei Parteien – D66, VVD und CDA – Vereinbarungen über die Maßnahmen formuliert, die erforderlich sind, um die Niederlande wieder voranzubringen. Sie tun dies im vollen Bewusstsein, dass diese Regierung eine breitere Unterstützung in beiden Parlamentskammern benötigt, als die drei Parteien selbst zusammenbringen. Der Erfolg dieser Regierung steht und fällt mit der Bereitschaft, gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, den anderen Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Wir haben in den Niederlanden keine Tradition von Minderheitsregierungen. Wir betreten hier Neuland. Andere Länder haben damit viel Erfahrung. Auch wenn die Situation in den Niederlanden nicht eins zu eins mit einem Land wie beispielsweise Dänemark vergleichbar ist, das auf eine lange Tradition von Minderheitsregierungen zurückblicken kann, können wir davon lernen.

Die wichtigste Lehre ist, dass wir (wieder) die Kunst der Zusammenarbeit und des Dialogs erlernen müssen. Zuerst müssen wir die Zusammenarbeit zwischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Sozialpartnern und den anderen Gebietskörperschaften wiederherstellen, wobei wir die unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten respektieren müssen. In den letzten Jahren hat sich diese Zusammenarbeit verschlechtert, obwohl wir dringend aufeinander angewiesen sind. Eine Regierung kann nur dann vernünftige Politik machen, wenn sie auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gesprochen hat. Damit bringen wir auch unseren Wunsch zum Ausdruck, dass diese Regierung *allen* gesellschaftlichen Stimmen Gehör schenkt. Die Zivilgesellschaft erfüllt eine wichtige Rolle zwischen der Regierung und allen Einwohnern der Niederlande (auch denen, die nicht D66, VVD oder CDA gewählt haben) sowie zwischen Regierung und Wirtschaft.

Auch das Verhältnis zu den anderen Gebietskörperschaften muss wiederhergestellt werden. Gute interadministrative Beziehungen sind unerlässlich für die effektive Bewältigung der großen gesellschaftlichen Fragen, wie zu Recht in dem Bericht »Gemeinsam an Ergebnissen arbeiten« der Studiengruppe Interadministrative Beziehungen festgestellt wird. Wir wollen die Bausteine und Empfehlungen dieses Berichts umsetzen, wie zum Beispiel klare Vereinbarungen über Aufgaben und Finanzierung, eine Untersuchung der Durchführbarkeit der Regierungspolitik im Hinblick auf die anderen Gebietskörperschaften und regelmäßige Beratungen.

Zweitens wird diese Regierung anders mit den beiden Parlamentskammern zusammenarbeiten müssen. Das erfordert einen Kulturwandel im Umgang der einzelnen Kabinettsmitglieder mit dem Parlament und der Koalitionsfraktionen mit anderen Fraktionen. Es verlangt von uns die Bereitschaft, mit allen Fraktionen in den Parlamentskammern darüber zu sprechen, was notwendig ist, um gemeinsam zu Ergebnissen zu kommen. Das geht über einen praktischen Austausch hinaus. Es geht um die Frage, was wir erreichen wollen und wo wir uns einig sind. Um gegenseitiges Verständnis dafür, was wir voneinander verlangen können und was nicht.

Wir hoffen, dass die Fraktionen ihrerseits bereit sind, die Vorschläge der Regierung wohlwollend zu prüfen. Wir suchen die gemeinsame Verantwortung, ohne bei jedem Thema nach Gewinnern und Verlierern zu fragen. In den Gesprächen, die wir mit den Fraktionsvorsitzenden geführt haben, haben wir bei den meisten die Bereitschaft festgestellt, zu tun, was für die Niederlande gut ist, und das gibt uns das Vertrauen, dass die meisten Politiker zu Lösungen für die Probleme beitragen wollen, mit denen unser Land konfrontiert ist. Es ist zuerst an der Regierung, Vorschläge und Gesetzesvorlagen einzubringen, aber sie wird das Abgeordnetenhaus – sowohl die Koalition als auch die Opposition – stets einladen, sich in einem frühen Stadium an den Überlegungen zu beteiligen. Sowohl formell als auch informell. Es ist denkbar, dass zu einigen Themen

Vereinbarungen mit dem Parlament und zivilgesellschaftlichen Partnern getroffen werden. Die Initiative dazu wird von der Regierung ausgehen, und es werden alle Beteiligten gebeten werden, sich einzubringen. Zugleich hofft diese Regierung, auf das Abgeordnetenhaus und zivilgesellschaftliche Partner zählen zu können, wenn es darum geht, die Niederlande voranzubringen. Auf diese Weise können wir langjährige politische Stabilität herbeiführen.

# Ein sicheres Land, eine starke Gesellschaft

## Effektiver Staat

Viele Menschen, alte wie junge, Unternehmer und Durchführungsstellen nehmen den Staat als groß und komplex wahr. Für den Staat selbst stellt die gestiegene Komplexität auch ein Problem dar, was zur Folge hat, dass er Zusagen nicht einhalten kann. Das untergräbt das Vertrauen, und das können wir uns nicht leisten angesichts der großen Transformationen und Herausforderungen, vor denen wir stehen. Zu deren Bewältigung brauchen wir nicht noch mehr Vorschriften, sondern einen Staat, der klare Prioritäten setzt, kooperiert und liefert. Deshalb bauen wir an einem schlanken und effizienten Staat, der sich auf das konzentriert, was wirklich nötig ist. Wir formulieren ein klares Ziel: ein Staat, der unkompliziert und zuverlässig ist. Der ehrlich sagt, was möglich ist, und Verantwortung für sein Handeln übernimmt. Und der inmitten der Gesellschaft verwurzelt und bürgernah ist. Wir schaffen neues Vertrauen, indem wir zeigen, dass der Staat liefern kann.

### **Einfach, machbar und berechenbar**

- Wie über den Staat gedacht wird, hängt oft davon ab, wie die Behörden die Vorgaben der Politik umsetzen. Durchführungsinstanzen, nachgeordnete Gebietskörperschaften und unterstützende Dienststellen werden von Anfang an in die Entwicklung von politischen Vorhaben einbezogen, damit die Vorschriften praxistauglich sind und die Umsetzbarkeit im Mittelpunkt steht.
- Mit regelmäßig zu erlassenden Vereinfachungsgesetzen werden Gesetze und Verordnungen kontinuierlich verbessert. Wir beginnen mit dem Streichen und Vereinfachen von mindestens 500 Vorschriften und formulieren anschließend Zielvorgaben für jedes Ministerium.

### **Über den Haager Tellerrand hinausblicken**

- Wir arbeiten häufiger mit multidisziplinären, fachbereichsübergreifenden Teams, die sich langfristig mit großen Aufgaben befassen, etwa im Rahmen des Nationalen Programms »Lebensqualität und Sicherheit« oder des Projekts »Beethoven« in der Mikrochip-Branche. Bei der Steuerung konzentrieren wir uns auf die Ziele statt auf die Verfahrensweisen, und wir vermeiden Mikromanagement.
- Die Behörden der staatlichen Zentralverwaltung verstärken den Wissensaustausch mit dem privaten Sektor und Bildungs- und Forschungseinrichtungen, um gesellschaftliche Aufgaben gemeinsam lösen zu können. Es werden Austauschprogramme zwischen Ministerien, Durchführungsstellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgelegt.
- Gemeinsam mit den Regionen arbeiten wir mit strategischen Agenden, um große Aufgaben in einem Gebiet integriert und gemeinsam zu realisieren. Wir arbeiten also zusammen, um die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität für Einwohner und Unternehmen zu erhöhen. Regionale Herausforderungen verlangen häufig regionale Lösungen. Deshalb stellen wir das Wissen und das Know-how der Menschen aus der Region in den Mittelpunkt und bauen auf den Empfehlungen aus dem Bericht »Jede Region zählt« auf.

## **Ein produktiverer Staat**

- Die öffentliche Verwaltung ist stark gewachsen, aber die Produktivität ist nicht mitgewachsen. Hier gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Der Minister für Inneres und Königreichsbeziehungen koordiniert in den kommenden Jahren die Erneuerung der staatlichen Zentralverwaltung. Wir streben einen grundlegend effizienteren und effektiveren Staat an mit deutlich weniger (komplexen) Rechtsvorschriften, weniger Gemeinkosten und einem kleineren Beamtenapparat. Zu diesem Zweck sollen auch Sparvorgaben für alle Ministerien ergehen. Der Minister für Inneres und Königreichsbeziehungen koordiniert in den kommenden Jahren die Erneuerung der staatlichen Zentralverwaltung.
- Unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Königreichsbeziehungen vereinheitlichen wir die innere Verwaltung bei den Behörden der staatlichen Zentralverwaltung: von der IT über die Beschaffung bis zum Personalwesen, und zwar unter anderem mittels verpflichtender Standards und gemeinsamer Instrumente.
- Wir gründen eine Digitalagentur: kompakt, mit Sachverstand und Durchsetzungsbefugnis. Sie unterstützt die Digitalisierung in der staatlichen Zentralverwaltung, erstellt Qualitätsstandards und sorgt für die richtigen Designentscheidungen. Wir verringern die Abhängigkeit von externen IT-Lieferanten, indem die gesamte staatliche Zentralverwaltung mehr IT-Talente fest anstellt. Wir ermöglichen die verantwortungsvolle Nutzung von Daten und KI bei Behörden.
- Wir wollen die Vielzahl der Organisationsformen in der staatlichen Zentralverwaltung zurückführen. Wir wollen die Distanz zwischen Politik und Durchführung verringern. Deshalb werden wir prüfen, ob es selbständige Verwaltungsorgane gibt, die unter die direkte Zuständigkeit eines Ministers gestellt werden können (z. B. die Trägeranstalt für Arbeitnehmersicherungen UWV).
- Wir starten eine rasante Aufholjagd bei digitalen Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen. Als Vorbild dient dabei Estland. Alle Behördendienstleistungen müssen online zugänglich sein.
- Durchführungsstellen erhalten jährlich eine Effizienzzielvorgabe, wobei die Hälfte davon in Effektivitäts- und Verbesserungsmaßnahmen reinvestiert werden darf.
- Das Büro für Führungskräfte-Management (ABD) richtet seinen Fokus ausschließlich auf das Topmanagement. ABD-Spitzenpositionen werden nur alle sieben bis neun Jahre neu besetzt, es sei denn, schwerwiegende Gründe machen einen früheren Wechsel nötig. Es findet auch externe Anwerbung statt, und für Funktionen in komplexen Themenbereichen werden klare Spezialisierungsvorgaben formuliert.
- Wir fördern die Sachkunde und Fachkompetenz innerhalb der Behörden, indem wir Spezialisten häufiger fest anstellen, statt sie als freie Mitarbeiter einzuschalten, und ihnen dieselbe Wertschätzung zuteilwerden lassen und dieselben Karrieremöglichkeiten bieten wie Managern. Zu diesem Zweck stellen wir das Gesetz zur Normierung von Spitzeneinkommen auf den Prüfstand; dabei lassen wir uns von Singapur inspirieren. Auf diese Weise lässt sich die externe Anwerbung möglicherweise von den heutigen 15,4 % der Personalgesamtkosten auf die sog. Roemer-Norm von 10 % senken.

## **Vertrauen als Leitgedanke**

- Die Politik bestimmt, *was* geschehen muss, die Durchführungsstellen, *wie* es geschehen muss. Die Durchführungsstellen erhalten mehr Spielraum und ein umfassenderes Mandat, im Interesse der Menschen professionelle Abwägungen zu treffen. Wo dies möglich ist, entscheiden wir uns für einfachere Normen, in denen nicht alle Ausnahmen Berücksichtigung finden. Die Fachleute in den Durchführungsstellen erhalten Entscheidungsspielraum, um passgenaue Lösungen erarbeiten zu können.
- Wir organisieren regelmäßige Gespräche zwischen Politik, Fachabteilungen und Praktikern, um in kurzen Abständen Erfahrungen austauschen und bei Bedarf schnell Anpassungen vornehmen zu können.

- Den Bürgern zu vertrauen wird wieder zum Grundsatz: weniger Misstrauen und einfachere Vorschriften, aber wenn das Vertrauen missbraucht wird, greifen wir hart durch.
- Mit nachgeordneten Behörden treffen wir mehrjährige und verlässliche Vereinbarungen. Auf diese Weise entsteht eine gleichwertige Zusammenarbeit, bei der jede Verwaltungsebene Verantwortung übernehmen und auch liefern kann.

## Eine starke Demokratie

Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Deshalb beschützen wir unsere Demokratie nicht nur vor Gefahren von außen, sondern wir machen sie auch widerstandsfähiger und lebendiger. Wir stärken das demokratische Ethos in der ganzen Gesellschaft, und dabei bildet unsere Verfassung das Fundament. Das haben wir vor:

- Wir machen unseren demokratischen Rechtsstaat widerstandsfähiger, unter anderem indem wir die Unabhängigkeit wichtiger demokratischer Institutionen vergrößern. Wir sehen mehr Checks and Balances vor bei Ernennungsverfahren für die Zentrale Wahlbehörde, die geplante Niederländische Aufsichtsbehörde für politische Parteien und für Beratungsgremien der staatlichen Zentralverwaltung. Außerdem verbessern wir den Schutz für diejenigen, die sich für den Rechtsstaat einsetzen. Wir verbessern das Zusammenspiel zwischen Exekutive und Kontrollorganen, indem wir dafür sorgen, dass Aufsichtsstellen über adäquate Mittel und Befugnisse verfügen.
- Zwecks Verbesserung des parlamentarischen Systems wollen wir einige von der Remkes-Staatskommission vorgeschlagene Neuerungen umsetzen: Reform des Wahlsystems für den Senat, Einführung eines Rechts auf Zurückverweisung vom Senat ins Abgeordnetenhaus und Beratung von Verfassungsänderungen in zweiter Lesung in einer Vollversammlung beider Kammern. Darüber hinaus prüfen wir die Einführung einer Sperrklausel und eines neuen Wahlsystems für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, bei dem die Vorzugsstimmen für einen bestimmten Kandidaten einer Liste stärker ins Gewicht fallen. Wir bereiten ein integriertes Parteiengesetz vor.
- Wir vertiefen das demokratische Ethos in der ganzen Gesellschaft, unter anderem durch mehr Bürgerbildung.

### **Ein zuverlässiger Staat mit menschlichem Antlitz**

Der Staat und die Politik können mehr tun, um das Vertrauen in sie zu vergrößern, zum Beispiel indem sie mehr Menschlichkeit und mehr Transparenz an den Tag legen. Und indem sie eine klare Sprache sprechen: Behördenschreiben müssen für jedermann verständlich sein. Gleiches gilt für die Korrespondenz von Provinzen, Gemeinden und Wasserverbänden. Aus diesem Grund werden wir die nachgeordneten Gebietskörperschaften und Behörden früher in die Entwicklung politischer Maßnahmen einbeziehen. Das haben wir vor:

- Das Recht auf Irrtum und das Recht auf verständliche Sprache werden förmlich verankert. Die Beratung des Gesetzentwurfs zur Stärkung der Garantiefunktion des Allgemeinen Verwaltungsrechtsgesetzes im Hinblick auf die Rechtsstellung der Bürger gegenüber dem Staat wird fortgesetzt.
- Auf der Grundlage der Empfehlungen der Studiengruppe Interadministrative Beziehungen verbessern wir die Zusammenarbeit zwischen den Behörden. Werden Aufgaben an nachgeordnete Gebietskörperschaften übertragen, wird grundsätzlich ein Durchführbarkeitstest ausgeführt.
- Im Rahmen des Entschädigungsprogramms im Zusammenhang mit der Erdbebenproblematik in der Provinz Groningen sorgen wir durch die Berufung eines Regierungsbeauftragten für Stabilität. Dieser erhält den Auftrag, für eine reibungslose Schadensabwicklung und einen zügigen Abschluss der Operation zur Gebäudekonsolidierung zu sorgen. Außerdem ist er mitverantwortlich für die Umsetzung des Programms »Nij Begun« (Neubeginn) zu Perspektiven für die Provinz Groningen und den Norden der Provinz Drenthe.
- Wir führen ein Lobbyregister ein. Dabei sorgen wir dafür, dass es sowohl für die staatlichen Stellen als auch für die Interessenvertreter praktisch und praktikabel ist. Wir werden die Anwendbarkeit des Gesetzes über den offenen Staat verbessern. Auf der Grundlage der für 2026 erwarteten Evaluierung werden wir prüfen, ob eine Anpassung wünschenswert ist. Bis dahin befassen wir uns mit der Durchführbarkeit, unter anderem indem wir für ein effektiveres Informationsmanagement und einen besseren Einsatz künstlicher Intelligenz sorgen.
- Wir nehmen eine Überarbeitung und Vereinfachung der DSGVO auf europäischer Ebene und der Anwendung der heutigen DSGVO in den Niederlanden in Angriff.

- Vereine spielen eine Schlüsselrolle für zwischenmenschliche Begegnung und soziales Engagement, haben aber mit der Regulierungsdichte und mit Haftungsrisiken zu kämpfen. Wir unterscheiden klarer zwischen professionellen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Vereinen, beschränken die Haftpflicht von Ehrenamtlichen, nehmen Änderungen beim Gesetz über die Geschäftsführung und Beaufsichtigung von juristischen Personen vor und sorgen dafür, dass Spenden steuerlich attraktiv bleiben. Mit Banken und Gemeinden treffen wir Vereinbarungen mit dem Ziel, die Zahl der praktischen Hindernisse etwa im Zusammenhang mit Bankangelegenheiten und Veranstaltungsvorschriften zu verringern.

Orte, an denen man sich treffen kann, stehen vor allem in Dörfern, älteren Stadtvierteln und Neubaugebieten unter Druck. Deshalb legen wir einen Gemeinschaftsfonds auf, um beispielsweise Nachbarschaftszentren, Vereinshäuser und Dorfläden zu realisieren oder zu erhalten; dabei arbeiten wir mit Behörden, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zusammen.

### **Gleichbehandlung**

In den Niederlanden sind alle vor dem Gesetz gleich. Das entspricht der niederländischen Tradition von Toleranz und Offenheit. Freiheit der Weltanschauung, so sein können, wie man ist, und nicht aufgrund der Herkunft beurteilt werden – das alles macht uns als Persönlichkeit aus. In unserer Gesellschaft ist denn auch kein Platz für Rassismus und Diskriminierung. Das haben wir vor:

- Wir stärken die Stellung des Nationalen Koordinators gegen Diskriminierung und Rassismus und des Nationalen Koordinators für die Bekämpfung von Antisemitismus, indem wir ihre Arbeit gesetzlich verankern. Wir gehen gegen Racial Profiling vor. Es kann vereinzelt legitime Gründe für Unterscheidungen nach ethnischen Kriterien geben, etwa im Gesundheitswesen, aber in der Arbeit von Behörden hat Racial Profiling keinen Platz.
- Durch die Schaffung einer nationalen Antidiskriminierungsstelle mit Schaltern für persönlichen Kontakt sorgen wir dafür, dass Diskriminierung und Antisemitismus noch besser erfasst werden. Wir erhöhen die Zahl der Ermittler, die Diskriminierungsfälle vorrangig verfolgen. Bei der Polizei werden Teams wie das LSBTIQ+-Netzwerk »Roze in Blauw« und das jüdische Netzwerk »Joodse Politienetwerk« verstärkt und in die effektive Bekämpfung von Diskriminierung einbezogen.
- Im Profifußball erhalten Vereine nur dann eine Lizenz, wenn sie schriftliche Pläne zu den Themen Antirassismus, Gleichheit, Inklusion und sicheres soziales Umfeld vorlegen können. Nach jeder Meldung von Diskriminierung werden grundsätzlich verbandsrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Als Teil der Maßnahmen zur Bekämpfung von diskriminierenden und antisemitischen Gesängen wird gegen die Beteiligten strenger vorgegangen, und das sog. »Playbacken« solcher Gesänge wird ein eigenständiger Tatbestand.
- In Zusammenarbeit mit den sechs karibischen Inseln fördern wir aktiv die gesellschaftliche Bewusstwerdung in Bezug auf die Kolonial- und Sklavereivergangenheit sowie deren andauernde Nachwirkungen.

### **Wir sind ein Königreich**

Aufgrund der Königreichsbande mit den Inseln Aruba, Curaçao und Sint Maarten sind die Niederlande viel mehr als nur ein Land an der Nordsee. Bei der Fußballweltmeisterschaft 2026 tritt das Königreich erstmals mit zwei Mannschaften an. Das Königreich bietet viele Möglichkeiten zur Stärkung von Gesellschaft und Wirtschaft auf beiden Seiten des Ozeans. Deshalb setzen wir auf eine gleichwertige Zusammenarbeit, die Bekämpfung von Armut und eine deutlich bessere Nutzung der Möglichkeiten für ein grünes Wachstum. Bei der Zusammenarbeit mit Aruba, Curaçao und Sint Maarten liegt der Fokus auf guter Verwaltung, Schutz der Menschenrechte und einem starken Rechtsstaat. Wir helfen den Ländern innerhalb des Königreichs dabei, ihre Selbsthilfefähigkeit zu erhöhen, und wir gehen gegen Korruption vor. Das haben wir vor:

- Neue Politik im europäischen Teil der Niederlande wird grundsätzlich auch im karibischen Teil der Niederlande umgesetzt, es sei denn, es gibt schwerwiegende Gründe, die dagegen sprechen.
- Im karibischen Teil der Niederlande wollen wir auf der Grundlage der Empfehlungen der Thodé-Kommission für ein auskömmliches Mindesteinkommen sorgen, etwa indem wir darauf hinwirken, dass Leistungen der Daseinsvorsorge und die Grundversorgung auf den Inseln Saba, Sint Eustatius und Bonaire bezahlbar werden und bleiben. Wir sorgen dafür, dass die Lasten für Unternehmen tragbar bleiben und dass sie genügend Spielraum für ihre Geschäftstätigkeit haben.
- Mit dem Ziel, die Qualität der Verwaltung und des Finanzmanagements zu verbessern, modernisieren wir die entsprechenden Rahmengesetze für Bonaire, Sint Eustatius und Saba. Darüber hinaus führen wir zum Schutz der Integrität der Verwaltung das Gesetz zur Förderung von Integritätsprüfungen durch die öffentliche Verwaltung ein. Von den Niederlanden aus setzen wir uns weiterhin dafür ein, gemeinsam mit Aruba, Curaçao und Sint Maarten eine gute Verwaltung zu schaffen, gesellschaftszersetzende Kriminalität und Korruption zu bekämpfen sowie Wirtschaft und Bildungswesen auf der Grundlage langfristiger Vereinbarungen nachhaltig zu stärken.
- Das Statut für das Königreich der Niederlande bildet die Grundlage für das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ländern des Königreichs. Im Statut wird festgelegt, dass die Inseln ihre Unabhängigkeit erklären können, wenn sie dies wünschen.
- Die Niederlande tragen eine Verantwortung für den Schutz des karibischen Teils unseres Königreichs. Aus diesem Grund gewährleisten wir eine glaubwürdige militärische Präsenz. So können wir unsere Interessen besser schützen.
- Wir erleichtern es den Bewohnern der Inseln, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen.
- Der karibische Teil der Niederlande ist durch Korallensterben und Überschwemmungen schon jetzt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Deshalb setzen wir die gemeinsame Klimaagenda entschlossen um, und wir führen den Natur- und Umweltplan für den karibischen Teil der Niederlande fort.
- Wir arbeiten an einer nachhaltigen wirtschaftlichen Zukunft der Inseln. Deshalb gründen wir die »Wirtschaftswachstumsplattform Carib« mit dem Ziel, die Wirtschaftsentwicklung und die Innovation auf den sechs Inseln zu fördern. Die Nationale Investitionsagentur kann in allen vier Ländern des Königreichs zu denselben Bedingungen investieren.

## Sicherheit in einem starken Rechtsstaat

Sicherheit beginnt in der allernächsten Umgebung: in den eigenen vier Wänden, in der eigenen Straße, im eigenen Viertel. Sicherheit bedeutet, sich ohne Angst auf den Weg nach Hause machen zu können, zu wissen, dass Hilfe kommt, wenn man sie braucht, und sich darauf verlassen zu können, dass Regeln für alle gelten. Aber wir erleben mittlerweile zu häufig Gewalt auf der Straße. Hilfs- und Einsatzkräfte werden angegriffen. Strafanzeigen bleiben zu lange liegen. Wir wollen ein Land, in dem Kriminelle nicht ungeschoren davonkommen und Autoritäten respektiert werden. Wir sprechen der Polizei, Hilfs- und Einsatzkräften und anderen Hütern des Rechtsstaats unseren Dank aus und stellen ihnen genügend Personal, Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung, ihre Arbeit adäquat zu erledigen.

Eine sichere Gesellschaft bedarf auch eines starken Rechtsstaats, in dem niemand über dem Gesetz steht und in dem wir unsere Demokratie vor Bedrohungen von innen wie von außen schützen. Dieser Rechtsstaat muss kontinuierlich gewartet werden. Das haben wir vor:

### Rechtsstaat

- Das Demonstrationsrecht ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie. Wie wir in letzter Zeit gesehen haben, arten Demonstrationen aber teilweise in gravierende Störungen der öffentlichen Ordnung aus. Zwecks Sicherung dieses wichtigen Rechts werden wir das Gesetz über öffentliche Kundgebungen ändern. Bürgermeister erhalten verwaltungsrechtliche Befugnisse zur Durchsetzung von Vorgaben oder zur Anordnung von Verlegungen. Außerdem werden wir die gesetzlichen Strafbestimmungen dahingehend überarbeiten, dass die Gerichte Straftaten, die bei Demonstrationen begangen worden sind, als schwerwiegender einstufen können.
- Wir ziehen eine dicke Trennwand zwischen der unabhängigen Rechtsprechung und der Politik ein. Die Ernennung von Mitgliedern des Rats für die Rechtsprechung erfolgt künftig unabhängig vom Minister. Für die Gerichtsbarkeit wird ein separater Haushalt geschaffen.
- Zur Verstärkung des Rechtsschutzes werden wir eine verfassungsrechtliche Prüfung anhand der klassischen Grundrechte in unserer Verfassung ermöglichen. Zu diesem Zweck wird Artikel 120 der Verfassung geändert.

### Eine sichere Gesellschaft für alle

- Die Polizei steht vor der schwierigen Aufgabe, an immer mehr Orten Verbrechen – von der Kleinkriminalität in der Nachbarschaft bis hin zu Online-Erpressung – verhindern oder bekämpfen zu müssen.
- Wir unterstützen die Polizei und investieren in der gesamten Breite in ihre operative Schlagkraft und Organisation. Das bedeutet, dass wir mehr Kontaktbereichsbeamte und mehr Ermittler auf dem Gebiet der Cyber- und Sexualkriminalität ausbilden und sie in mehr Polizeidienststellen einsetzen. Zusätzlich investieren wir in die Erweiterung der Ausrüstung der Bereitschaftspolizei mit Gewalt- und Eigensicherungsmitteln.
- Als Richtschnur dienen dabei die Bedarfe der Polizei und der zuständigen lokalen Behörden, um die öffentliche Ordnung auf der Straße, im Wohnviertel und im Internet angemessen durchsetzen zu können. Sie müssen über alle Befugnisse und Mittel verfügen, die sie für notwendig erachten. Kommunale Ordnungskräfte (BOAs) und Polizeibeamte erhalten eine Bodycam, wenn sie diese zur sichereren Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen.
- Wir prüfen, wie wir den Freiwilligen Polizeidienst perspektivisch zu einem Programm ausweiten können, in dessen Rahmen junge Leute nach dem Vorbild des freiwilligen Dienstjahrs bei den Streitkräften ein Jahr lang die Arbeit der Polizei kennenlernen können.

- Das Nationale Programm »Lebensqualität und Sicherheit« und das Programm »Vorbeugen mit Autorität« sorgen für mehr Lebensqualität in Wohnvierteln und verhindern vielfach Kriminalität, indem sie unter anderem dafür sorgen, dass Jugendliche nach einem ersten Fehltritt nicht dauerhaft in die Kriminalität abrutschen. Deshalb setzen wir diese Programme im selben Umfang fort.
- Wir werden Störungen der öffentlichen Ordnung vorbeugen, indem wir Personen mit Verhaltensauffälligkeiten bessere Hilfe zukommen lassen. Dabei beziehen wir die Empfehlungen aus der diesbezüglichen Sondierung des Parlaments ein, darunter die Möglichkeiten für Bürgermeister, das Instrument der aufsuchenden Hilfe zu nutzen und mehr Krisenplätze zu schaffen. In diesem Kontext achten wir darauf, dass keine zusätzliche Komplexität und kein zusätzlicher Regulierungsdruck im strafrechtlichen Bereich entstehen.
- Fußballfans und die Allgemeinheit sind zu oft die Leidtragenden von Hooliganismus im Stadion und in der Umgebung von Stadien. Wir erarbeiten Maßnahmen, um die Zahl der Vorfälle zu reduzieren; hierzu zählt ein Bußgeldsystem für Vereine in Fällen, in denen die Polizei sogar im Stadion selbst zum Einsatz kommen muss.

### **Effektive Strafen, rasche Sanktionierung**

- Von den Gefängnissen über die Gerichte und die Polizei bis hin zur Straffälligenhilfe: alle Bereiche sind stark überlastet. Mit effektiveren Strafen und einer rascheren Sanktionierung werden wir die Arbeitsbelastung abbauen. Das haben wir vor:
- Wir erweitern die Möglichkeiten der Polizei, bestimmte Fälle selbst zu erledigen, so dass sie bei Übertretungen und ausgewählten Straftaten, zum Beispiel (Laden-)Diebstahl oder Sachbeschädigung, schneller und einfacher einschreiten kann. Zu denken wäre dabei beispielsweise an eine polizeiliche Geldstrafe und/oder eine polizeiliche Strafverfügung, wobei wir für einen adäquaten Rechtsschutz sorgen.
- Es geht nicht an, dass Straftäter in bestimmten Fällen nicht belangt werden, weil die Behörden die Weitergabe von Daten behindern. Aus diesem Grund verbessern wir den Datenaustausch im Interesse der Justizbehörden.
- Cyberkriminalität hat immer größere Auswirkungen auf die Sicherheit der Niederländer. Deshalb erhöhen wir das Strafmaß für schwere Cyberdelikte.
- Die Staatsanwaltschaft erfüllt in unserem Strafrechtssystem eine unverzichtbare Rolle, wird in ihrer Arbeit aber durch große IT-Probleme behindert, die möglicherweise Auswirkungen auf Strafverfahren haben. Wir bringen Ruhe in die Maßnahmen bezüglich der Staatsanwaltschaft und treffen gute Regelungen, um die digitale innere Verwaltung dauerhaft in Ordnung zu bringen.
- Inspiriert von der Art, wie man in Italien den Kampf gegen die Mafia führt, setzen wir unseren Kampf gegen die organisierte Kriminalität fort. In diesem Kontext schreiten wir bei der Fortsetzung krimineller Handlungen aus dem Gefängnis heraus ein, und wir erarbeiten Vorschläge für den besseren Schutz von Rechtsanwälten vor Bedrohungen durch Kriminelle insbesondere aus dem Bereich der Schwerekriminalität. Wir weiten unter anderem die Kronzeugenregelung aus und verschärfen die Rechtsdurchsetzung bei Schmuggelware, also beispielsweise beim Einschmuggeln von Mobiltelefonen.
- Dass verurteilte Kriminelle wegen Zellenmangels früher entlassen werden, ist inakzeptabel. Wir werden in das Justizvollzugsamt investieren und die Zellenkapazität ausbauen und verbessern. Zu diesem Zweck werden wir verschiedene Maßnahmen ergreifen, darunter Senkung der Haftstandards und Einführung gesonderter Regelungen für Häftlinge mit beschränktem Sicherheitsrisiko.
- Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit Sexualstrafsachen mit minderjährigen Opfern schneller unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden können. Ihre Namen werden in größeren Verfahren häufiger kodiert.
- Patienten der forensischen Psychiatrie erhalten in vielen Fällen eine ähnliche Behandlung wie psychiatrische Patienten, die keine Straftaten begangen haben. Deshalb werden wir Verurteilte aus dieser Gruppe künftig mit einem Selbstbehalt an den Behandlungskosten beteiligen.

- Verbrechenopfer sind oft überfordert, wenn es darum geht, im Rahmen eines Strafverfahrens Entschädigungsansprüche gegen die Täter durchzusetzen. Wir werden die Situation für die Opfer erleichtern und prüfen in diesem Zusammenhang Normierungen und feste Entschädigungsbeträge, den Ausbau der Möglichkeiten für Sammelklagen und die Einführung eines eigenständigen, niedrigschwelligen Verfahrens neben dem Strafprozess.
- In einem Rechtsstaat hat jeder Anspruch auf ein faires Verfahren und Beistand durch einen Anwalt. Um den Zugang zum Recht für alle Niederländer zu gewährleisten, werden wir die Gerichtsgebühren senken und in die Rechtsberatung und -vertretung für Menschen mit geringem Einkommen investieren.

### **Nüchterne Politik: Drogen, Glücksspiel, Sexarbeit**

Online-Glücksspiel und Sexarbeit sind in den Niederlanden legal, aber auch für Kriminalität und Menschenhandel anfällig. Gefährdete Personen in diesen Branchen wollen wir vor den Profiteuren schützen. Für weiche Drogen gilt eine streng regulierte Toleranzpolitik. Wir entnormalisieren den Konsum von harten Drogen und bekämpfen Handel und Verkauf. Das haben wir vor:

- Das Experiment mit einer »geschlossenen Cannabiskette« soll klären, ob die Regulierung zu mehr Sicherheit und weniger Gesundheitsschäden führt. Wir setzen das Experiment fort, werten es aus und entscheiden auf der Grundlage der Ergebnisse über die Folgeschritte.
- Die Veranstalter großer Festivals werden verpflichtet, einen Drogenpräventionsplan zu erstellen. Bei Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz wird künftig häufiger eine erzieherische Maßnahme als Teil der Strafe auferlegt.
- Junge Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sind Zwang und Ausbeutung besonders stark ausgesetzt. Deshalb erhöhen wir innerhalb von drei Jahren das Mindestalter für Sexarbeit von 18 auf 21 Jahre. Aussteigerprogramme für diejenigen, die freiwillig mit der Sexarbeit aufhören wollen, werden fortgesetzt. Darüber hinaus prüfen wir die Bekämpfung illegaler Beschäftigung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter im Zuge eines sog. Zuhälterverbots. Wir stärken die Rechtsstellung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern, unter anderem durch Verbesserung ihres Zugangs zu Versicherungen, zur Führung eines Geschäftskontos und zu anderen Finanzdienstleistungen. Wir setzen das Programm »Gemeinsam gegen Menschenhandel« fort.
- Wir verstärken die Fürsorgepflicht von Online-Glücksspielanbietern, gehen entschiedener gegen illegale Glücksspielsites vor und führen ein vollständiges Werbeverbot für Online-Glücksspiele ein. Wir prüfen die Möglichkeiten, die Zahl der Genehmigungen für Online-Glücksspielsites zu beschränken.

### **Gewalt gegen Frauen beenden**

Die Regierung verfolgt eine klarere und entschlossener Bekämpfung von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt, damit Frauen und Mädchen überall sicher sein können. Das haben wir vor:

- Das Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist im Nationalen Aktionsplan zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen festgelegt; seine Umsetzung erfolgt unter Federführung eines Nationalen Koordinators. Darin bündeln wir bestehende Programme zu den Themen Missbrauch, Einschüchterung, Stalking, Gewalt und Femizid, und wir formulieren klare Regelungen im Hinblick auf die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit von Hilfseinrichtungen, Justiz und Ministerien; in diesem Zusammenhang wird geprüft, wie die Hotline »Veilig Thuis« (Sicheres Zuhause) eine größere Rolle bei der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt spielen kann.

- Wir erarbeiten ein institutionenübergreifendes Konzept. Gewalt hinter der Haustür wurde zu lange unterschätzt; sie muss als »High Impact Crime« wahrgenommen werden und verdient aufseiten der Hilfsinstanzen eine höhere Priorität. Wer beruflich mit der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu tun hat, erhält ein adäquates Training zu den Themen häusliche Gewalt, Psychoterror durch den Partner und Erkennen von Warnsignalen im Vorfeld eines Femizids. Es wird angestrebt, Gerichtsverfahren in Straf- und Familiensachen häufiger zu kombinieren. Darüber hinaus ist ein breites Bewusstsein dafür nötig, wie Mädchen und Frauen behandelt werden. Dieses Thema muss auch in der Schule und im Familienkreis besprochen werden.
- Gemäß dem Nationalen Aktionsplan setzen wir die intensivierete Bekämpfung sexueller Gewalt im Internet, einschließlich Hass gegen Frauen und sexuelle Einschüchterung, fort.
- Wir verschärfen die Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen; außerdem führen wir das sog. »Clare's Law« ein und schaffen einen eigenen Straftatbestand psychische Gewalt. Zusätzlich verbessern wir die Möglichkeiten, Täter schneller zu verpflichten, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Beschäftigte in den Bereichen Bildung und Gesundheit werden gesetzlich verpflichtet, bei Hinweisen auf häusliche Gewalt und andere schädliche Praktiken Beratungsgespräche zu führen.
- Um Opfer ehrbezogener Gewalt besser zu schützen, wahren wir die Position des Nationalen Kompetenzzentrums für ehrbezogene Gewalt (LEC) und schaffen die Möglichkeit, ein Ausreiseverbot zu verhängen, wenn die Gefahr der Genitalverstümmelung oder Zwangsehe besteht. Die Regierung trifft Vorbereitungen, um Täter und Mittäter ehrbezogener Gewalt besser bestrafen zu können.

## Nationale Sicherheit

Die Niederlande müssen eine Vielzahl von Bedrohungen ihrer nationalen Sicherheit abwehren, beispielsweise Cyberangriffe auf systemrelevante Unternehmen, verdächtige Drohnenflüge und gesellschaftszersetzende Kriminalität, für die sogar Jugendliche rekrutiert werden. Darüber hinaus ist die geopolitische Lage von zunehmender Unsicherheit geprägt, und auch die Zahl der hybriden, militärischen und terroristischen Bedrohungen steigt an. Am deutlichsten zeigt sich dies in der zunehmenden Gefahr einer weiteren Eskalation der Spannungen zwischen Russland und der westlichen Welt. Hybride Aktivitäten durch Russland, darunter Sabotage, Spionage und Cyberangriffe, erleben wir schon heute. Zugleich verschaffen sich Länder wie China und Iran immer häufiger unerwünschten Zugriff auf unser sensibles Wissen und unsere Technologien. Außerdem wird die nationale Sicherheit nach wie vor durch – unter anderem dschihadistischen – Terrorismus, wachsenden systemfeindlichen Extremismus und die Normalisierung von rechtsextremem Gedankengut bedroht.

Die Häufung dieser Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit stellt uns in den kommenden Jahren vor mindestens fünf große Aufgaben:

1. Stärkung unserer Resilienz gegen hybride Bedrohungen wie Sabotageakte staatlicher und nichtstaatlicher Akteure
2. Bekämpfung der Bedrohung durch dschihadistische und extremistische Netzwerke in den Niederlanden, mit besonderem Augenmerk auf Online-Radikalisierung
3. Bekämpfung von Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaats durch organisierte und gesellschaftszersetzende Kriminalität
4. Aufstockung unserer technologischen und nachrichtendienstlichen Kapazitäten, um uns einen technologischen Vorsprung zu sichern
5. Stärkung eigenständiger, einzigartiger Informationslagen, die zur strategischen Autonomie Europas beitragen und unsere Abhängigkeit von anderen Ländern verringern

Das setzt voraus, dass die Nachrichten- und Sicherheitsdienste und der Nationale Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit (NCTV) schnell, entschlossen und proaktiv handeln können. Wir halten an unserem einzigartigen System fest, bei dem die Dienste im Rahmen des demokratischen Rechtsstaats operieren. Zugleich müssen wir in die Robustheit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste investieren, damit sie unter allen Umständen effektiv und adäquat handeln sowie neue Technologien nutzen können und über eine angemessene elektronische Infrastruktur verfügen. Das haben wir vor:

- Vorbeugen ist besser als Heilen. Darum investieren wir in die Zusammenarbeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf europäischer Ebene. Wir streben ein europäisches Äquivalent zur Ukusa-Allianz (»Five Eyes«) an, das heißt eine nachrichtendienstliche Kooperation von einer Spitzengruppe europäischer Länder.
- Wir bringen beschleunigt ein neues und effektiveres Gesetz über die Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf den Weg. Dieses Gesetz muss technikneutral sein, damit die Dienste im Falle technologischer Veränderungen nicht ins Hintertreffen geraten. Bei der Ausgestaltung des Gesetzes wird von der Bedrohungslage ausgegangen statt, wie im heutigen Gesetz, von den nachrichtendienstlichen Mitteln. So können wir flexibel und effektiv handeln, wenn die Bedrohungslage es erfordert. Und schließlich legen wir die Aufsichtsbehörden zusammen, um eine integrierte Überwachung mit ausreichenden (rechtsstaatlichen) Garantien zu gewährleisten.
- Wir erhöhen die (operativen) Kapazitäten des Militärischen und des Allgemeinen Nachrichten- und Sicherheitsdienstes (MIVD und AIVD), so dass sie auch eine eigenständige Informationslage entwickeln und so zur strategischen Autonomie Europas beitragen können.
- Mit hochqualifizierten technischen Fachkräften, ausreichenden technologischen Kapazitäten und intensiverer Zusammenarbeit mit innovativen Technologieunternehmen versetzen wir die Dienste in die Lage, neue Technologien maximal zu nutzen und Gegner zu durchschauen.

- Wir erweitern die defensiven und offensiven Cyberkapazitäten zur Bekämpfung von Bedrohungen aus dem Ausland, unter anderem durch Entwicklung aktiver Abwehrmaßnahmen gegen Cyberangriffe. Dabei setzen wir auf eine frühere und bessere Erkennung von Cyberbedrohungen mit Hilfe eines integrierten Informationslagebilds auf der Grundlage von Daten verschiedener (privater) Organisationen. Wir stärken die Rechtsgrundlage für die Weitergabe von Daten an private Akteure, wobei wir sicherstellen, dass sie nicht in die Hände fremder Mächte gelangen. Das erfordert ein koordiniertes Konzept für Monitoring- und Erkennungsmaßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste, des Nationalen Koordinators für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit (NCTV), des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC), der Wirtschaft und unserer europäischen Partner.
- Cyberkriminelle mit klaren Verbindungen zum russischen Regime werden auf die Sanktionslisten der EU gesetzt.
- Bei der Aufsicht wird eine Differenzierung eingeführt zwischen Operationen gegen Bedrohungen aus dem Ausland und zur Überwachung militärischer Kommunikation einerseits und Informationstätigkeiten, die direkten Ermittlungen gegen Bürger der Niederlande dienen, andererseits.
- Wir gehen gegen Desinformation und Einflussnahme im Internet vor. Wir erweitern die Möglichkeiten für die Beseitigung von Falschinformationen im europäischen Rahmen und nutzen alle uns dafür offenstehenden Wege, dabei die sozialen Medien in die Verantwortung zu nehmen. Die Aufgabe der Überwachung der Herkunft und Verbreitung von Falschinformationen wird dem NCTV und dem Minister für Inneres und Königreichsbeziehungen übertragen.
- Wir regen unsere Dienste dazu an, taktische Informationen häufiger zu veröffentlichen, solange dies die Informationslage nicht gefährdet.

Eine resiliente Gesellschaft muss selbsthilfefähig sein. Darum wollen wir bei den Themen Sicherheit und Krisenbewältigung die gesamte Gesellschaft einbeziehen. Das fängt damit an, dass unsere Bürger in ihren Stadtvierteln und Dörfern Verantwortung übernehmen, füreinander sorgen und einander im Notfall helfen. Die Organisation dieser Form der Bürgerhilfe trägt zur Stärkung unserer Abwehrfähigkeit gegen die Bedrohungen durch hybride Kriegsführung und andere Krisen bei. Das haben wir vor:

- Gemeinsam mit den Kommunalbehörden und Sicherheitsregionen organisieren wir Nachbarschaftskrisenteams, die bei Katastrophen und Krisen eingesetzt werden können.
- Wir stellen sicher, dass die Räumlichkeiten, in denen Menschen in Krisensituationen in ihrer Nähe Schutz finden können, etwa Nachbarschaftszentren oder Feuerwachen, zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden wir die Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung intensivieren und das Objekt- und Personenschutzsystem verstärken. Das haben wir vor:

- Wir verstärken die (lokalen) Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und gehen koordiniert gegen die Radikalisierung – auch online – unter Jugendlichen vor. Dabei setzen wir auf Prävention und Früherkennung sowie auf Weiterbildung und Kompetenzentwicklung bei Fachkräften.
- Terroristische Online-Inhalte müssen immer innerhalb einer Stunde nach der Aufforderung durch die Aufsichtsbehörde gelöscht werden.
- Wir stellen sicher, dass terroristische Organisationen in den Niederlanden und in der EU schnellstmöglich verboten werden können.

- Doppelstaatlern, die sich einer terroristischen Organisation anschließen, wird die niederländische Staatsangehörigkeit aberkannt. Vor diesem Hintergrund arbeiten wir im Interesse der nationalen Sicherheit weiter an der Einführung des Gesetzes über die dauerhafte Aberkennung der niederländischen Staatsangehörigkeit. Wir erweitern die rechtlichen Möglichkeiten für eine strengere Beaufsichtigung ehemaliger Häftlinge, die wegen Terrorismus verurteilt wurden und denen die niederländische Staatsangehörigkeit aberkannt wurde, die aber noch nicht abgeschoben werden können und unterzutauchen drohen. Das Gesetz über verwaltungsrechtliche Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung wird entfristet. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit der Verhängung einer vorübergehenden Überwachungsmaßnahme im Interesse der nationalen Sicherheit, wie es sie im Vereinigten Königreich und in Deutschland bereits gibt, sowie der elektronischen Überwachung in Kombination mit einem Aufenthaltsgebot. Die Überwachungsmaßnahme wird regelmäßig überprüft und begründet keinen Anspruch auf Leistungen. Zugleich wirken wir auf Rückführung hin.
- Angesichts der zunehmenden Gefährdung, der sich unter anderem Politiker, Journalisten und Rechtsanwälte ausgesetzt sehen, investieren wir in das Objekt- und Personenschutzsystem. Die Empfehlungen aus dem Bericht des Sicherheitsuntersuchungsrats zum Mord an Peter R. de Vries werden uneingeschränkt umgesetzt. Die Bedrohung von Interessenträgern geht teilweise von kriminellen Netzwerken aus, deren Ziel es ist, die demokratische Rechtsordnung zu unterminieren. Ergänzend zu den Bekämpfungsmaßnahmen von Nationalpolizei und Staatsanwaltschaft wird der Allgemeine Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Rahmen seines aktuellen Mandats intensiver zur Bewertung der Bedrohungslage und zur Zusammenführung relevanter nachrichtendienstlicher Informationen beitragen.

# Große Entscheidungen für das Land

## Bauen und Wohnen

Für die Menschen in den Niederlanden ist die eigene Wohnung der wichtigste Ort. Hier erwachen Träume zum Leben. Gründet man eine Familie. Trifft man sich mit anderen oder zieht sich bei Bedarf auch mal zurück. Wir suchen uns ein anderes Zuhause, wenn uns das Leben neue Chancen bietet, zum Beispiel ein Studium oder ein neuer Job. Oder wenn ein Kapitel in unserem Leben zu Ende geht.

Eine Wohnung ist so viel mehr als eine Ansammlung von Steinen. Sie ist der Schlüssel zu einem selbständigen und schönen Leben. Leider ist eine bezahlbare und passende Wohnung für viele in den Niederlanden keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Wohnungsnot betrifft inzwischen alle Generationen. Junge Menschen legen ihre Zukunft auf Eis, weil sie keinen Wohnraum finden können. Familien sitzen in zu kleinen Wohnungen fest, weil sie keine größere Wohnung finden. Ältere Menschen, die eine kleinere oder barrierefreie Wohnung suchen, finden keine geeigneten Alternativen und bleiben notgedrungen, wo sie sind. Der Mangel besteht sowohl bei Eigentums- als auch bei Mietwohnungen, bei Sozialwohnungen wie bei privat vermieteten Wohnungen, in der Stadt wie auf dem Land. Eine dauerhafte Lösung erfordert ein Konzept, in dem Durchbrüche erzielt und unorthodoxe Entscheidungen getroffen werden. Der Kampf gegen den Wohnungsmangel hat für uns allerhöchste Priorität.

Diese Situation ist alles andere als neu. In den vergangenen Jahren wurden zu wenig Wohnungen gebaut, während sich die Gesellschaft stark gewandelt hat: schon seit vielen Jahren gelingt es nicht, die angestrebte Zahl von 100.000 neuen Wohnungen pro Jahr zu erreichen. Langwierige Verfahren, erforderliche Genehmigungen, (lokale) Vorschriften, Finanzierungsanforderungen und das steuerliche Umfeld führen dazu, dass die Fertigstellung von Neubauprojekten oft jahrelang auf sich warten lässt. Die Zahl der tatsächlich erteilten Genehmigungen ist sogar rückläufig. Wer mehr bauen, entwickeln oder investieren möchte, wird zu häufig von Regelungen daran gehindert, die mit den besten Absichten eingeführt wurden.

Wir sehen es als unsere Verantwortung an, uns dieser Realität zu stellen. Die Bekämpfung der Wohnungskrise erfordert Ehrlichkeit, was den Umfang und die Ursachen des Problems angeht, klare Prioritäten und Kooperation zwischen der staatlichen Zentralverwaltung, den Regionen, Gemeinden, Unternehmen und gesellschaftlichen Akteuren. Dabei verfolgen wir einen Ansatz mit drei Leitgedanken: mehr Neubau, bezahlbarer Wohnraum und weniger Einschränkungen.

### **Einschränkungen: ausräumen, lockern, vereinfachen**

Die hohe Regulierungsdichte auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass zahlreiche potentielle Bauprojekte nicht oder viel zu langsam realisiert werden. Es kann mehr gebaut, umgebaut und vermietet werden, wenn wir die Zahl der Regelungen, Genehmigungen und Verfahren verringern. Darum gehen wir dieses Problem auch direkt ab dem ersten Tag an. Das haben wir vor:

- Wir schränken die Widerspruchsverfahren ein. Es wird künftig nur noch *einen* Rechtsmittelzug (keine Kumulation von Widerspruchs- und Klageverfahren mehr) und feste Entscheidungsfristen geben. Außerdem grenzen wir die Möglichkeiten für den Stopp eines Bauprojekts ein (etwa über eine feste Entschädigung). Wir erhöhen die Hürden für Widerspruchs- und Klageverfahren. Es wird eine nationale Regelung eingeführt, nach der Planungsfolgeschäden und Entschädigungen vorab strukturell zu regeln sind. Außerdem treffen wir mit Gemeinden Vereinbarungen über die Aufstockung der behördlichen Kapazitäten für die Genehmigungserteilung und die Parallelplanung.

- Zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften entwickeln wir ein jährliches Vereinfachungsgesetz. Darüber hinaus werden einfachere Regelungen für die Aufstockung und Aufteilung von Gebäuden eingeführt, wobei nach Möglichkeit auf Genehmigungsverfahren verzichtet wird. Gemeinden werden dazu verpflichtet, klar darzulegen, unter welchen Voraussetzungen Bauentwickler entsprechend tätig werden dürfen. Die Regierung formuliert Mindestvoraussetzungen für den Umbau, die Aufstockung oder die Aufteilung von Gebäuden. Darüber hinaus sind wir bestrebt, die Einrichtung von Wohngemeinschaften und die Vermietung von Wohnungen in Form von einzelnen (Studenten-)Zimmern zu vereinfachen, allerdings sollen Gemeinden berechtigt sein, die Erhöhung der Zahl der Zimmer in einer Wohnung bei Vorliegen schwerwiegender Gründe zu begrenzen. Der Bau von Wohnungen für direkte Familienangehörige bzw. für betreutes Wohnen auf dem eigenen Grundstück kann künftig ohne Genehmigung erfolgen, und Hindernisse für die Untervermietung werden beseitigt.
- Wir standardisieren Normen, unter anderem auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit, und stellen sicher, dass die Kommunen alle über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden baulichen Auflagen aufheben, damit überall die gleichen Vorschriften gelten. Wir wirken auf die Vereinheitlichung der Naturschutzregelungen durch die Provinzen hin, damit diese Bauvorhaben nicht im Wege stehen. Gemeinden legen mit standardisierten Regelungen möglichst klare Rahmenbedingungen für die räumliche Qualität fest, was die Arbeit von Gestaltungskommissionen überflüssig macht.
- Die Verordnung über die Sicherheit und Nachhaltigkeit von Gebäuden wird zwecks Streichung unnötiger und kostspieliger Bauauflagen vereinfacht.
- Die Rechtsvorschriften wie auch die steuerlichen Rahmenbedingungen bezüglich des Mietwohnungsmarkts werden so ausgestaltet, dass sich das Investitionsklima verbessert und das Angebot an Mietwohnungen wieder zunehmen kann. Noch vor der Evaluierung des Gesetzes über bezahlbare Mieten wird geprüft, in welchen Punkten das Gesetz optimiert werden kann, damit das Wohnungsangebot nicht zurückgeht.
- Der Handlungsspielraum der Gemeinden für Vorschriften zur Selbstnutzungs- und Ankaufspflicht wird stark eingeschränkt und spezifiziert, wie genau, lässt sich erst nach Abschluss der Evaluierung sagen.

### **Bauwesen: Hürden für den Wohnungsbau beseitigen**

Projektentwickler, Bauunternehmer und Auftraggeber wie Wohnungsbaugesellschaften warten nur darauf, mehr bauen zu können. Sie brauchen viel Spielraum, um dem Wohnungsmangel mit Neubauprojekten entgegenwirken zu können. Das haben wir vor:

- Wir realisieren über das Land verteilt mindestens 30 Standorte für großangelegte Neubauprojekte von nationalem Interesse. Dabei kann es sich um neue Stadtviertel handeln, aber auch um ganze Städte. Wir verfolgen ein Gesamtkonzept: Teilbereiche wie Wohnen, Arbeiten, Erreichbarkeit und Natur werden im Zusammenhang entwickelt. Darüber hinaus wollen wir bestehende Wohngebiete am Ortsrand erweitern bzw. dort auch neue Wohngebiete bauen.
- Bei der Raumordnung und dem Wohnungsbau übernimmt die Regierung wieder stärker die Regie. Gemeinden, die ihre Wohnungsbauziele übertreffen, werden belohnt. Gemeinden, die diese Ziele nicht erreichen, erhalten vom Ministerium Unterstützung, um ihre Produktion zu steigern. Wir schaffen Anreize für die Realisierung von Wohnungsbauprojekten und gewährleisten die Umsetzung des Nationalen Programms Lebensqualität und Sicherheit (NPLV). In nationalen Rechtsvorschriften wird festgelegt, wo, in welchem Umfang und innerhalb welcher Fristen Wohnungsbauprojekte realisiert werden.
- Unser Ziel ist es, die Zahl verfügbarer und erschwinglicher Miet- und Eigentumswohnungen deutlich zu erhöhen. Das gelingt nur, wenn rasch realistische Bauprojekte verwirklicht werden. Staatliche Mittel werden in diesem Rahmen nicht nur für bezahlbare Mietwohnungen eingesetzt, ein Teil wird strukturell für die Realisierung bezahlbarer Eigentumswohnungen reserviert.

- Bei neuen Wohnungsbavereinbarungen ist es unser Ziel, dass sie sich zu zwei Dritteln auf bezahlbaren Wohnraum (davon 30 % Sozialwohnungen und 25 % Eigentumswohnungen) beziehen. Das Verhältnis kann von Region zu Region unterschiedlich ausfallen. Der Wohnungsmangel betrifft auch relativ teure Gebiete wie die Agglomeration im Westen des Landes, die sog. Randstad; auch hier wird mehr investiert und gebaut werden müssen. Darüber hinaus steht es Bauentwicklern frei, ihre Projekte auf die Bedürfnisse der Wohnungssuchenden abzustimmen, unabhängig davon, ob es um Miet- oder Eigentumsobjekte geht.
- Alle gebietsspezifischen Fördermittel werden in einem Haushalt gebündelt, um so einer Zersplitterung entgegenzuwirken. Außerdem setzen wir Instrumente des früheren Krisenbewältigungs- und Konjunkturbelebungsgesetzes so ein, dass Verfahren wesentlich verkürzt werden.
- Neue Wohngebiete müssen sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch mit dem Auto gut erreichbar sein. Wir stellen sicher, dass nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für die Erreichbarkeit hinreichende Mittel zur Verfügung stehen.
- Die finanzielle Lage von Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern muss verbessert werden, damit mehr gebaut werden kann. Wir wollen die Durchlässigkeit des Wohnungsmarkts fördern. Zu diesem Zweck führen wir eine jährliche Einkommensprüfung ein, um festzustellen, ob die Miete noch angemessen ist. Außerdem treffen wir Vereinbarungen mit Wohnungsbaugesellschaften über angemessene Mieten. Auch für Personen, die erstmals eine Sozialwohnung mieten, wird eine Vermögensprüfung eingeführt.
- Unser Ziel ist es, Neubauprojekte durch den Einsatz von Innovationen zu beschleunigen. Dank Fertigteilbau lässt sich schneller und nachhaltiger bauen. Da aber in jeder Gemeinde andere Vorschriften gelten, gelingt es nicht, ausreichend neuen Wohnraum zu schaffen. Indem wir die Vorschriften harmonisieren und digitalisierte Planungsverfahren nutzen, sorgen wir dafür, dass die vorgefertigten Wohnungen deutlich billiger werden und schneller realisiert werden können. Die Erteilung von Genehmigungen für standardisierte Baukonzepte verläuft über ein beschleunigtes Verfahren (Fastlane) und Typgenehmigungen für industrielles und standardisiertes Bauen. Solche Baukonzepte tragen auch dazu bei, die gesetzlichen Vorgaben für bestimmte Zielgruppen wie Obdachlose, Personen, die aus Pflegeeinrichtungen entlassen werden, und Asylberechtigte schneller zu erfüllen.

### **Bezahlbar: ein passendes Zuhause für jeden Geldbeutel**

Egal, ob man auf Wohnungssuche ist oder bereits ein schönes Zuhause hat – die Wohnung muss bezahlbar sein. Deshalb geht es in unseren Plänen für einen gesunden Wohnungsmarkt nicht nur um das Bauen selbst, sondern auch darum, dass Wohnen für alle erschwinglich sein muss. Das haben wir vor:

- Damit Wohneigentum bezahlbar bleibt und um keine Unruhe auf dem Wohnungsmarkt zu produzieren, bleibt die steuerliche Behandlung von Wohneigentum unverändert.
- Die Maßnahmen, die Bewegung in den Wohnungsmarkt bringen sollen, helfen zum Beispiel allen, die neu auf diesem Markt sind, aber auch älteren Menschen dabei, eine passende Wohnung zu finden. Viele ältere Menschen würden gern in eine Wohnung umziehen, die zu ihrer Lebensphase passt, aber das Angebot an angemessenen, barrierefreien Wohnungen für ältere Menschen ist zu klein. Wir fördern neue Wohnformen für ältere Menschen, damit sie besser und länger in ihrem Viertel wohnen bleiben können.
- Einschlägig spezialisierte Banken oder attraktive Hypothekenprodukte für ältere Menschen können dabei helfen, Immobilien schneller zu Geld zu machen.
- Wir streben mehr Wohngemeinschaftsformen für junge Menschen und Studierende an. Weniger Einzimmerwohnungen und mehr gemeinschaftliches Wohnen sorgen nicht nur schnell für mehr bezahlbaren Wohnraum, sondern tragen auch zur Bekämpfung der Einsamkeit bei. Das wollen wir mit Hilfe gezielter Objektförderung unterstützen.

- Angesichts des enormen Wohnungsmangels wollen wir die unbefristete Vermietung von Ferienwohnungen ermöglichen. Wir gehen die Beseitigung von Problemen bei der Durchführung an. Die Verfahren für den Verkauf von Wohnungen durch Wohnungsbaugesellschaften werden vereinfacht. Dadurch erhalten die Gesellschaften mehr finanziellen Spielraum für Investitionen in Neubauprojekte und Nachhaltigkeitsmaßnahmen.
- Wir erweitern die Möglichkeiten der Gemeinden, eine aktive Grundstückspolitik zu verfolgen und Grundstücke zu angemessenen Preisen anzukaufen, unter anderem über eine verstärkte und aktivere Anwendung des Vorkaufsrechts und ein eigenes Instrument für die Finanzierung dieser Grundstücksankäufe. Wir wollen verhindern, dass die steigende Nachfrage die Preise in die Höhe treibt. In diesem Zusammenhang kann auch ein Instrument zum Einsatz kommen, mit dem private Gewinne von Grundbesitzern vermehrt öffentlich eingesetzt werden können, etwa für Wohnungsbau und Infrastruktur; dabei wäre eine Ausweitung der Beteiligung an den Erschließungskosten die schnellste und geeignetste Lösung.
- Die Umsetzung der beim Wohnungsgipfel getroffenen Vereinbarungen setzen wir fort. Die Rolle der Wohnungsbaugesellschaften ist sowohl für den Wohnungsbau als auch für die Lebensqualität in den Wohnvierteln von großer Bedeutung. Sie erhalten mehr Spielraum für Investitionen in Entwicklungen, auf die der Markt nicht ausreichend reagiert. Hierzu kann auch die Erweiterung ihrer Möglichkeiten im Bereich der Dienstleistungen beitragen, die keinem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse dienen.
- Zwecks Steuerung der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt will die Regierung mehr Kontrolle über alle Formen der Migration ausüben und den Zuzug in die Niederlande und die damit verbundene Vergabe von Wohnungen stärker lenken.
- Bildungseinrichtungen wird mehr Verantwortung für die Bereitstellung ausreichender Unterbringungsmöglichkeiten für ausländische Studierende übertragen. Wir legen fest, dass Bildungseinrichtungen für Unterkünfte Miete verlangen dürfen.
- Arbeitgeber, die Arbeitsmigranten beschäftigen möchten, müssen die Verfügbarkeit von Unterbringungsmöglichkeiten in der Region berücksichtigen. Sind keine vorhanden, ist der Arbeitgeber selbst für die Bereitstellung von Wohnraum verantwortlich.

## Landwirtschaft, Natur und Stickstoff

Wir glauben an die Kompetenz und die Innovationskraft des niederländischen Agrarsektors. Nachhaltige Nahrungsmittelproduktion, gesundes Unternehmertum und die Stärkung der Natur gehen Hand in Hand. Die Niederlande können und müssen sich aus der Stickstoffkrise befreien. Die Stickstoffproblematik sorgt für große Unsicherheit im Agrarsektor, behindert die Entwicklung unserer Wirtschaft und beeinträchtigt die Natur. Unsere Position ist klar: Wir streben eine zukunftsfähige Landwirtschaft, eine starke Natur und eine zukunftsfeste Nahrungsmittelversorgung an. Wenn wir das Land aus der Stickstoff-Sackgasse führen, können Unternehmer wieder wirtschaften, eröffnet sich eine Perspektive für Landwirte und Betriebe, die ohne eigenes Verschulden nicht im Besitz der erforderlichen Umweltgenehmigungen sind, kann der Wohnungsbau wieder in Gang kommen und können wir die stark gefährdete Natur und Biodiversität wiederherstellen.

In der Politik müssen die Entscheidungen getroffen werden, die für die Überwindung der Stickstoffkrise nötig sind. Hierzu bedarf es eines überzeugenden Maßnahmenpakets und wirtschaftlicher Entspannung. Dabei bauen wir auf den intelligenten Vorschlägen auf, die verschiedene Akteure und Behörden in den vergangenen Jahren bereits vorgelegt haben. Mit diesem Paket schaffen wir kurzfristig Spielraum für die Baubranche und die Wirtschaft im Allgemeinen, um Bau- und Nachhaltigkeitsprojekte zu verwirklichen, maßgeschneiderte Lösungen für die Legalisierung von Betrieben ohne Umweltgenehmigungen zu erarbeiten und die Erteilung von Genehmigungen wieder in Gang zu setzen. Für die Umsetzung der Pläne, das Monitoring und die Durchsetzung der Bestimmungen muss Geld in die Hand genommen werden. Aus diesem Grund reservieren wir bis 2035 ausreichend Mittel, und wir legen den Stickstofffonds unter anderem für Maßnahmen im Bereich der Naturwiederherstellung, Gebietsentwicklung und Ökologisierung der Landwirtschaft mit dem Ziel neu auf, die Reduzierung der Stickstoffemissionen (juristisch) nachweisen zu können. Das auf Kohärenz ausgerichtete Maßnahmenpaket setzen wir anhand von vier Schwerpunkten um, und wir legen alles schnellstmöglich gesetzlich fest.

### **Allgemeine Stickstoffreduktion**

Wir streben eine Begrenzung der Emissionszuweisungen und eine garantierte Emissionsreduktion in allen Sektoren (Landwirtschaft, Industrie, Mobilität) an, so dass wieder Genehmigungen erteilt werden können. Das haben wir vor:

- Wir formulieren für jede Branche Stickstoffziele für 2035 (und ein Zwischenziel für 2030) und legen sie gesetzlich fest. Bei diesen Zielen geht es um: eine Reduktion von 42 % – 46 % (NH<sub>3</sub>) gegenüber 2019 für die Landwirtschaft, 50 % (NH<sub>3</sub>) für die Industrie und 50 % (NO<sub>x</sub>) für die Mobilitätsbranche. Für die Landwirtschaft wird als Zwischenziel für 2030 eine Reduktion in Höhe von 23 % bis 25 % gegenüber 2019 festgelegt.
- Wir ersetzen den kritischen Depositionswert schnellstmöglich durch eine rechtlich belastbare Alternative. Dabei wirken wir auf eine Emissionsverringerung hin und ziehen als Maßstab den tatsächlichen Zustand der Natur heran. Wir führen eine neue Systematik für die Genehmigungserteilung ein, die auf Zielvorgaben basiert. Zu diesem Zweck investieren wir bei den zuständigen Stellen in die Durchführungskapazitäten.
- Die Regierung legt ein klares, nationales Konzept vor und formuliert Reduktionsziele für Stickstoff, CO<sub>2</sub> und Schadstoffe im Wasser. Im Rahmen eines gebietsorientierten Ansatzes werden in Abstimmung mit den Provinzen spezifische Zielvorgaben je Gebiet und, sobald dies möglich ist, je Betrieb festgelegt. Diese Zielorientierung sorgt für Klarheit darüber, wie viel Emissionen je Betrieb zulässig sind; damit können die Landwirte wieder selbst die Regie übernehmen.

- Mit einem guten Messnetz kontrollieren wir alle zwei Jahre die Fortschritte, die landesweit und auf regionaler Ebene in den Bereichen Natur, Boden und Wasser erzielt wurden, und steuern gegebenenfalls nach. Wir weiten die Depositions-, Boden- und Satellitenmessungen für Stickstoff aus mit dem Ziel, Modelle zu validieren und NH<sub>3</sub>- und NO<sub>x</sub>-Emissionen zu überwachen.
- Wenn die für 2030 angestrebten Zwischenziele nicht erreicht werden, werden – unter Einbeziehung der betroffenen Akteure – ergänzende Maßnahmen ergriffen. Wird die Stickstoff-Zielvorgabe für 2035 verfehlt, werden als letztes Mittel Kürzungen bei den Tierproduktions- und Phosphatrechten der Agrarbetriebe vorgenommen. Auch die Industrie und die Mobilitätsbranche müssen Maßnahmen ergreifen, wenn die für sie vorgegebenen Ziele nicht erreicht werden.
- Sobald ein Paket mit nachweislich gesicherten Reduktionsmaßnahmen vorliegt, wird schnellstmöglich eine rechtlich belastbare rechnerische Untergrenze eingeführt. Nach Möglichkeit führen wir auf dem schnellsten Weg einen Schwellenwert für jedes Gebiet ein.
- Wir verbessern die gesetzliche Grundlage für die Tierproduktions- und Phosphatrechte und weiten sie auf Kälber und Ziegen aus. Wenn ein Betrieb auf einen neuen Inhaber außerhalb der Familie des Voreigentümers übergeht, werden die Tierproduktions- und Phosphatrechte gekürzt. Dies erfordert eine Erweiterung der bereits existierenden Rechtsgrundlage, die an die Obergrenze für die Dungproduktion gekoppelt ist. Noch vor dem Sommer werden die verschiedenen Kürzungsquoten nach Rücksprache mit den betroffenen Akteuren auf der Grundlage dessen festgesetzt, was im Rahmen der umfassenderen Aufgaben erforderlich ist.
- Zusätzlich werden noch vor dem Sommer, ebenfalls in Abstimmung mit den betroffenen Akteuren, Vereinbarungen über allgemeine Reduktionsmaßnahmen getroffen. Dies geschieht mit Blick auf die Realisierung der Ziele für 2030 und 2035 und die Verringerung der noch verbliebenen Reduktionserfordernisse, die mittels zielorientierter Maßnahmen erreicht werden müssen.
- Ein möglichst geschlossener Kreislauf je Betrieb oder Gebiet sorgt für weniger Verschmutzungen und für eine bessere Wasserqualität. Vor diesem Hintergrund führen wir spätestens 2032 eine einfache Norm für die bodengebundene Landwirtschaft ein, wobei eine Ausnahme für Betriebe gilt, die die Zielvorgaben erreichen. Außerdem prüfen wir die Möglichkeiten für die Einführung einer Weideland- und Zwischenfruchtpflicht für auswaschungssensible Flächen.
- Wir gewährleisten eine dauerhafte finanzielle Unterstützung für gebietsspezifische Prozesse, damit Maßnahmen zur Bewirtschaftung, Extensivierung und Innovation weiter ausgestaltet werden können. Landwirte, die diese gebietsspezifischen Prozesse begleiten, erhalten eine Vergütung für die dafür aufgewendete Zeit.
- Es wird mehr Spielraum für Experimente im Rahmen von FieldLabs geschaffen – für technische und soziale Innovationen, Extensivierung, Geschäftsmodelle und die Tolerierung der Anwendung bahnbrechender Innovationen bei der Genehmigungserteilung und bei Düngemittelvorschriften.
- Wir setzen die Regelungen für eine freiwillige Betriebsaufgabe mit dem Ziel des Biodiversitätsgewinns und einer effektiven Stickstoffreduktion fort und richten sie verstärkt auf Viehhaltungs- oder veraltete Betriebe aus, die in der Nähe eines stark belasteten Natura-2000-Gebiets liegen. Wir legen eine eigene Regelung für die beschleunigte Stilllegung veralteter Betriebe vor.

### **Gebietsorientierte Stickstoffreduktion im Umfeld ökologisch sensibler Gebiete**

Unser Konzept für die Stickstoffreduktion zielt in erster Linie auf die stickstoffsensibelsten Natura-2000-Gebiete ab, in denen die Norm noch überschritten wird. Dabei setzen wir auf eine Kombination aus freiwilligen und stärker verbindlichen Maßnahmen. Das haben wir vor:

- Im Umfeld von Natura-2000-Gebieten führen wir eine Zonierung ein, mit der die für das betreffende Gebiet geltenden Ziele erreicht werden können.

- Wir fangen mit den ökologisch sensibelsten Gebieten an. In Abstimmung mit den Provinzen werden noch vor dem Sommer die neue Zonierung und die zugehörigen Ziele und Maßnahmen für die sensibelsten Gebiete festgelegt. Innerhalb der naturnahen Zonen wird eine höhere Emissionsreduktion vonnöten sein. Dabei verfolgen die Provinzen einen gebietsorientierten Ansatz: Innovation, Extensivierung, Umstellung, Verlegung oder Stilllegung.
- Mit diesem gebietsorientierten Ansatz knüpfen wir weitestmöglich an in den Provinzen bereits laufende Prozesse an, weil für jedes Gebiet ein maßgeschneidertes Konzept erforderlich ist. Zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen müssen die Pläne auf Provinzebene den auf nationaler Ebene geltenden Anforderungen genügen. Im Umfeld vergleichbarer Naturgebiete wird überall nach demselben Ansatz verfahren (Umfang der Zonierung, erforderliche Maßnahmen). Diese Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein, bevor Mittel gewährt werden können.
- Bei der Durchführung räumen wir den am stärksten belasteten Gebieten Priorität ein: wir beginnen 2026 in mindestens fünf Schwerpunktgebieten, darunter die Veluwe und De Peel. In jedem Gebiet geht es gezielt um Stickstoffreduktion, Naturerhaltung und -wiederherstellung, Wasserqualität, die Bekämpfung von Austrocknung und die Wiederherstellung von Ökosystemen.
- Darüber hinaus führen wir die bereits angestoßene gebietsorientierte Stickstoffstrategie in verschiedenen Wirtschaftsklustern fort, darunter der Rotterdamer Hafen und der Brainport Eindhoven.
- Flächenbewirtschaftungsorganisationen werden durchsetzbar dazu verpflichtet, mittels Monitoring im Rahmen festgelegter Zielvorgaben Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur durchzuführen. Wir schaffen Regelungen, die es Branchen-, Naturschutz- und sonstigen relevanten Akteuren in den verschiedenen (Schwerpunkt-)Gebieten ermöglichen, an Lenkungsmaßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele mitwirken.
- Dort, wo es möglich ist, soll die Landwirtschaft Raum erhalten. Um die Verlegung von Betrieben zu ermöglichen, die nicht länger im Umfeld eines Naturgebiets wirtschaften möchten, wird – zusätzlich zu den regionalen Grundstücksbörsen – eine integrierte nationale Grundstücksbörse eingerichtet. Mit einer langjährigen Strukturstrategie, Steuerung und Anreizregelungen gewährleisten wir, dass Grundstücke und Betriebsstandorte von Landwirten ohne Betriebsnachfolger auf (junge) Landwirte übergehen können, die weiterhin Landwirtschaft betreiben möchten. Akteure der Erzeugerkette werden ermutigt, hierzu einen Beitrag zu leisten.

### **Naturerhaltung und -wiederherstellung**

Wir sind stolz auf unsere Natur und unsere Landschaften. Wir wollen sie in gesundem Zustand an künftige Generationen übergeben, damit auch sie sich daran erfreuen können. Das haben wir vor:

- Gemeinsam mit den Provinzen, Wasserverbänden, Landwirten und Naturschutzorganisationen sorgen wir für die Wiederherstellung von Naturgebieten, die sich in einem schlechten Zustand befinden. Zu diesem Zweck ergreifen wir Maßnahmen im Rahmen der Stickstoffstrategie und gebietsorientierte Maßnahmen gegen Austrocknung und invasive gebietsfremde Arten.
- Wir setzen den sog. Naturpakt um und treffen neue Vereinbarungen für die Zeit nach 2027. Durch eine bessere Vernetzung von Naturschutzgebieten können wir die Biodiversität der (fragmentierten) Natur stärken. Mit einer auf Dauer angelegten Finanzierung und einer klaren Rechenschaftspflicht für effektiven Naturschutz gewährleisten wir einen besseren Zustand der Gebiete und weiten Naturgebiete erforderlichenfalls aus. Wo dies möglich ist, fördern wir Naturschutz und naturverträgliche Mitnutzung durch die Landwirtschaft.
- Mit Blick auf eine faire Vergütung von Maßnahmen des Agrarnaturschutzes streben wir langjährige Verträge und die Ausweitung von Agrarnaturschutzflächen an. Wir entlohnen Landwirte für die Entwicklung und Pflege solcher Flächen. Dabei haben wir im Blick, wie Natur und Wasser hiervon am meisten profitieren.

- Wir stellen strukturell Mittel aus dem »Zuschusssystem Natur und Landschaft« für Flächenbewirtschafter bereit. Damit wollen wir unter anderem notwendige (intensivere) Naturschutz- und Minderungsmaßnahmen ergreifen, um die Natur – insbesondere stickstoffsensible Flächen in Natura-2000-Gebieten – wiederherstellen. An diese Maßnahmen werden Ergebnisverpflichtungen geknüpft.
- Wir setzen die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur um. Wir streben – im Rahmen der verfügbaren Mittel – mehr Grün in städtischen Gebieten und die Wiederherstellung der Natur in der Nordsee und im Wattenmeer an. Bei den Maßnahmen zur Durchführung der Naturwiederherstellungsverordnung wird innerhalb des geltenden gesetzlichen Rahmens auch eine breitere Abwägung vorgenommen, bei der beispielsweise auch wirtschaftliche und räumliche Interessen berücksichtigt werden. Wir evaluieren die für die Natura-2000-Gebiete geltenden Ziele, um zu überprüfen, ob sie realistisch sind.

### **Gezielte Unterstützung**

Wir verlangen dem Agrarsektor einiges ab, wollen ihn aber auch unterstützen und Landwirten dabei helfen, den Übergang zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu vollziehen. Das haben wir vor:

- Wenn Landwirte ihren Betrieb anpassen müssen oder wenn sich im Zuge eines sog. Gebietsprozesses herausstellt, dass sie ihren Betrieb nicht am bisherigen Standort fortführen können, entschädigen wir sie für Extensivierung, Verlegung oder im äußersten Fall für Verkauf, Wertminderung des Grundstücks und/oder andere Schäden. Landwirte, die ihren Betrieb ökologisieren oder zu einer weniger intensiven oder naturverträglicheren Landwirtschaft übergehen, erhalten Unterstützung. Dabei können Mittel für Agrarnaturschutz einen zusätzlichen Impuls verleihen.
- Technologien wie künstliche Intelligenz, Drohnen, Sensortechnologie, Robotisierung, Biotechnologie/Genetik, grünes Gas, Laborfleisch und innovative Fermentierung tragen zur Nahrungsmittelproduktion der Zukunft bei. Wir unterstützen private Investitionen mit Fördermitteln und Krediten. Dank einer guten Zusammenarbeit mit der Agrarwirtschaft und Wissensclustern sind wir in der Lage, nachweislich effektive Innovationen, die gut in den Kontext einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Nahrungsmittelversorgung passen, einführen und hochskalieren zu können.
- Wir treffen Vereinbarungen mit der Agrarwirtschaft darüber, wie die Regierung die Politik so gestalten kann, dass nachhaltige Produktionsketten sowohl in den Niederlanden als auch in Europa einen höheren Absatz erzielen können. Außerdem treffen wir Vereinbarungen über das Angebot von Obst und Gemüse, das nachweislich nachhaltig produziert wurde oder äußerlich von der Norm abweicht. Wir fördern den Konsum biologischer und nachhaltiger Produkte und setzen zu diesem Zweck den Aktionsplan für eine höhere Produktion und für eine Steigerung des Verzehrs von Bioprodukten fort.
- Wir wirken auf eine Verstärkung der Durchführungskompetenzen in der Branche hin. Vor diesem Hintergrund stoßen wir die Gründung eines Marktverbands 2.0 an.

### **Sonstiges**

Wir ergreifen noch eine Reihe weiterer Maßnahmen. Das haben wir vor:

- Wir schließen verbindliche nationale Vereinbarungen mit dem Unterglasgartenbau, dem Ackerbau und Partnern der Erzeugerkette, um den Einsatz schädlicher Pflanzenschutzmittel stark zu beschränken (auf der Grundlage eines Umweltbelastungs-Punktesystems). Es wird mehr Spielraum für integrierten Pflanzenschutz geschaffen. Im europäischen Rahmen setzen wir uns für die Genehmigung der CRISPR-Cas-Methode und der Cisgenese in der Pflanzenzucht ein.

- Die Regierung unterstützt Junglandwirte und -gärtner, um der Überalterung in der Landwirtschaft entgegenzuwirken. Die Niederlassungsbeihilfen bleiben bis 2035 mindestens auf dem aktuellen Niveau abrufbar, wobei etwaiger zusätzlicher Spielraum innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgeschöpft wird. Darüber hinaus werden die Regelung für Ökologisierungprojekte und der Investitionsfonds für nachhaltige Landwirtschaft um die Kategorie »Betriebsübernahme« erweitert, damit auch der Übernahmepreis und die Finanzierung von Landerwerb oder Erbpachtzahlungen für Junglandwirte und -gärtner berücksichtigt werden.
- Zum Jahr 2029 führt die Regierung Normen für den Einsatz methanreduzierender Zusatzstoffe in Futtermitteln ein.
- Um den Sommer herum wird der Entwurf der Verordnung über artgerechte Tierhaltung dem Abgeordnetenhaus zur Beratung vorgelegt. Darin ist die schrittweise Normierung der Anforderungen an artgerechte Tierhaltung festgeschrieben, basierend auf der entsprechenden Vereinbarung der Regierung mit einer Reihe von Branchenverbänden. Wie ebenfalls in der Vereinbarung festgelegt, wird in der laufenden Legislaturperiode eine nationale Behörde für artgerechte Tierhaltung eingerichtet, der die Überwachung dieser Normen obliegt. Außerdem wird die Behörde beratend tätig, wenn eine Anpassung des Zeitplans für das Inkrafttreten der Normen erforderlich werden sollte; dabei orientiert sie sich unter anderem daran, was in der Praxis machbar ist. Dies erfolgt in Abstimmung mit den Vereinbarungspartnern. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Perspektiven von Familienbetrieben investiert die Regierung im Rahmen von Beihilfen und steuerlichen Regelungen in artgerechte Tierhaltung. Junglandwirten gilt dabei ein besonderes Augenmerk.
- Mit Investitionen in technische und soziale Innovationen und nachhaltige Fangmethoden machen wir die niederländische Fischerei zukunftsfest. Darüber hinaus eröffnen innovative Aquakulturen und neue Formen der Schalentier- und Algenzucht neue Möglichkeiten für die nachhaltige Fischerei. In diesem Kontext arbeiten wir mit Nordseeanrainern zusammen und wirken auf klare europäische Rechtsvorschriften hin.

## Auf Kurs für Klima und grünes Wachstum

Wir streben Wohlstand, Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit für die Niederlande an. Denn wir glauben, dass eine blühende Wirtschaft und eine lebenswerte Erde miteinander vereinbar sind. Dafür müssen wir uns gemeinsam anstrengen. Schließlich stehen wir vor großen Herausforderungen: unsere Wertschöpfungsfähigkeit steht ebenso unter Druck wie die Ökologisierung der Niederlande.

Und das geht uns alle an. Die Menschen machen sich Sorgen über ihre Energiekosten. Betriebe stoßen in ihren Nachhaltigkeitsbestrebungen an die Grenzen der Netzkapazitäten. Wir wollen, dass unsere Kinder in einer sauberen und sicheren Welt aufwachsen können. Dafür machen wir uns gemeinsam ans Werk. In den eigenen vier Wänden ebenso wie in den Vorstandsetagen der größten Unternehmen.

Dabei übernimmt der Staat die Regie. Wir setzen alles daran, den Kapazitätsengpässen im Stromnetz entgegenzuwirken. Wir setzen uns entschlossen für saubere Energie aus heimischer Erzeugung und für einen intelligenten Umgang mit unseren Rohstoffen ein. Mit gezielten Investitionen können Unternehmen nachhaltiger werden.

So schaffen wir Spielraum für grünes Wachstum und verringern unsere Abhängigkeit von undemokratischen Staaten. Wir setzen unsere Anstrengungen für die Erreichung von Klimazielen fort und wirken auf eine nachhaltige und sichere Zukunft hin. Zu diesem Zweck werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

### **Investitionen in Energiesicherheit und bezahlbare Energie aus heimischer Erzeugung**

In Energieversorgungssicherheit und bezahlbare Energie zu investieren ist von entscheidender Bedeutung – auch auf lange Sicht gesehen. Das haben wir vor:

- Die Beseitigung von Netzüberlastungen hat für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir die dringlichsten Projekte als erstes in Angriff. Die verfügbaren Netzkapazitäten müssen besser genutzt werden, was unter anderem über Anreize in den Netztarifen, flexible Verträge und Energiehubs erreicht werden soll. Neben den bereits laufenden Anstrengungen und dem Legislativprogramm zum beschleunigten Stromnetzausbau erarbeiten wir ein Notfallgesetz zur Netzüberlastung. Damit beschleunigen wir Genehmigungsverfahren und ergreifen Maßnahmen, wenn die Bautätigkeit stagniert.
- Wir setzen voll und ganz auf Elektrifizierung – die wichtigste Maßnahme auf dem Weg zur Ökologisierung der Industrie. Da auch die CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) in der Nordsee erforderlich sein wird, investiert die Regierung im Rahmen der staatlichen Beteiligungen in die Speicherung sowie die Abscheidung und Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCU).
- Im Interesse sauberer Energie aus heimischer Erzeugung investieren wir weiterhin über »Contracts for Difference« mit einem Leistungsvolumen von 40 GW in Offshore-Windenergie. Ergänzend gewährleisten wir eine gute Abstimmung von Energieangebot und -nachfrage in der Industrie sowie eine bessere Interkonnektivität mit anderen Ländern.
- Für den Übergang zu erneuerbaren Energien verlängern wir die einschlägige Zuschussregelung (SDE++) um sechs Runden. Wir wollen gewährleisten, dass neue Quellen regenerativer Energie »netzbewusst« in das Stromnetz eingegliedert werden.
- Wir setzen weiterhin auf die Produktion von grünem Gas und grünem Wasserstoff. Wir investieren in die Produktion und Lieferung von grünem Wasserstoff. Im Rahmen der Energiewende kann auch blauer Wasserstoff (in Kombination mit CCS) unter klar definierten Bedingungen bei der Hochskalierung der niederländischen Wasserstoffproduktionskette eine Rolle spielen.

- Wir stärken den Nuklearcluster in den Niederlanden, beschleunigen das Programm für modulare Kleinreaktoren (Small Modular Reactors/SMR) und unterstützen maritime nukleare Innovationen. Mit den verfügbaren Mitteln aus dem Klimafonds und in Zusammenarbeit mit Marktakteuren setzen wir die Anstrengungen für den Bau von mindestens vier neuen Kernkraftwerken fort. Dabei kann es sich sowohl um konventionelle als auch modulare Reaktoren handeln. Hierauf wirken wir gemeinsam mit Regionalbehörden und Industrieclustern hin.
- Wir setzen uns weiterhin mit voller Kraft für Fernwärmenetze ein, auch um Netzüberlastungen zu verringern. Wir schaffen schnellstmöglich Klarheit für die Bürger, ob sie ein Fernwärmenetz oder eine andere Möglichkeit für mehr Nachhaltigkeit erhalten. Um Fernwärmenetze beschleunigt einzuführen und ihre Bezahlbarkeit für Haushalte zu gewährleisten, ist der Staat bereit, im Rahmen einer Beteiligung innerhalb des aktuellen finanziellen Rahmens private Fernwärmeunternehmen zu übernehmen und sich an neuen Entwicklungen zu beteiligen. An Orten, an denen ein Fernwärmenetz nicht die geeignetste Lösung ist, fördern und normieren wir – mit Wirkung ab 2029 – die Einführung hybrider, intelligenter Wärmepumpen.
- Im Interesse der Energieversorgungssicherheit führen wir einen Kapazitätsmarkt ein, damit zu Spitzennachfragezeiten stets ausreichend Energie verfügbar ist.
- Wir räumen der nachhaltigen Gestaltung von Wohnraum Priorität ein und sorgen so dafür, dass die Energiekosten dauerhaft bezahlbar bleiben, etwa im Rahmen einer Nationalen Isolierungsoffensive. In den Jahren bis 2030 unterstützen wir Wohnviertel, in denen die Energiearmut am größten ist, über das Nationale Programm Lebensqualität und Sicherheit (NPLV). Vermieter werden dazu verpflichtet, stufenweise die Energieeffizienz von Mietwohnungen mit Energieausweisen der Klassen E, F und G zum Jahr 2029 zu erhöhen; für Wohnungen mit Energieausweisen der Klassen C und D gilt dies ab 2040.
- Das Erdgasfeld Groningen bleibt geschlossen. Es werden keine neuen Genehmigungen für die Erdgasförderung aus dem Wattenmeer erteilt. Alle bereits geschlossenen Branchenvereinbarungen werden fortgeführt, und wir werden auch weiterhin Erdgas in der Nordsee fördern. Der Abbau der Onshore-Erdgasförderung wird auf verantwortungsvolle Art und Weise und in Zusammenarbeit mit der Branche ausgestaltet.

### **Einsatz für eine nachhaltige und sichere Zukunft**

Wir setzen alles daran, die Klimaziele zu erreichen. Die Verwirklichung des für 2030 angestrebten Ziels wird problematisch, aber wir halten an der Vorgabe fest. Wir setzen die Implementierung und Realisierung von bereits vereinbarten Maßnahmen entschlossen fort, lösen Probleme in der Durchführung und beschleunigen nach Möglichkeit innovative Durchbrüche. Indem wir uns nachdrücklich für eine langfristige Politik und eine intelligente europäische Strategie einsetzen, tun wir alles Notwendige für die Erreichung der für 2040 und 2050 gesetzten Klimaziele.

Die Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele im europäischen Kontext werden fortgesetzt; darüber hinaus halten wir an den im nationalen Klimagesetz niedergelegten Zielen fest. Das haben wir vor:

- Im europäischen Rahmen wurde eine Nettoerduktion der Treibhausgasemissionen von insgesamt 90 % bis 2040 gegenüber der Situation im Jahr 1990 vereinbart. Dafür bedarf es zusätzlicher Anstrengungen. 2026 wird die Europäische Kommission Vorschläge für das Maßnahmenpaket für 2040 vorlegen. Die Niederlande setzen sich für ein ehrgeiziges europäisches Paket im Interesse fairer Wettbewerbsbedingungen ein. Nach Verabschiedung dieser europäischen Maßnahmen stimmen wir unser Vorgehen weitestmöglich darauf ab. Im Frühjahr 2027 ergreifen wir zusätzliche national abgesicherte Maßnahmen, wenn dies für die Erreichung des Ziels für 2040 erforderlich ist, wobei wir den Aspekt der Bezahlbarkeit und die Handlungsperspektive im Blick behalten.

- Wir setzen uns für eine vollständige Kreislaufwirtschaft bis 2050 ein, auch im Interesse strategischer Rohstoffe. Wir stärken das Nationale Programm zur Kreislaufwirtschaft und formulieren – vorzugsweise europäische – (branchenspezifische) Kreislaufziele. Auf diese Weise fördern wir Innovationen und Marktentwicklung, stärken die Wettbewerbsstellung europäischer und niederländischer Unternehmen und bieten der Wirtschaft langfristige Sicherheit und Investitionsspielraum. Darüber hinaus legen wir den Schwerpunkt auf die Durchführung und konkrete Hochskalierung von Kreislaufösungen in der Praxis, etwa indem der Staat als Pilotkunde (»launch customer«) auftritt, und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen durch die Beseitigung von Problemen.
- Wir bauen die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge aus und gewährleisten, dass der Elektroverkehr steuerlich attraktiv bleibt. Wir fördern die Nutzung von Carsharing, Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Wir behalten den Energie-Notfonds bei, damit wir Haushalte mit geringem Einkommen gezielt bei ihren Energiekosten entlasten können, während wir die Energiewende beschleunigen.
- Bei der Formulierung von Normen für den Einsatz von Biokraftstoffen im Straßenverkehr sowie in der Binnen- und Seeschifffahrt für die Zeit nach 2030 stimmen wir uns mit Deutschland und Frankreich ab. Dabei achten wir auch auf faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Transportbranche und Tankstellen.
- Wir beschleunigen die Transformation der Landwirtschaft, damit auch dieser Sektor einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leistet.
- Wir fördern einheimische Innovationen auf dem Gebiet der Negativemissionen bzw. der CO<sub>2</sub>-Entfernung. Wir setzen uns im internationalen Rahmen für die Schaffung eines Wissensclusters im Bereich des Kohlenstoffmanagements ein.

### **Beschleunigung der Nachhaltigkeitswende in der (energieintensiven) Industrie**

Wir machen uns nachdrücklich für grüne Industrie und Emissionsreduktion stark. Dafür müssen Staat und Industrie – aus einer europäischen Perspektive heraus – Hand in Hand arbeiten. So bauen wir unsere strategische Autonomie aus und gestalten unser Land so, wie wir es an künftige Generationen weitergeben wollen. Das haben wir vor:

- Um Unternehmen Investitionen in Nachhaltigkeit zu ermöglichen, gewährleisten wir einheitliche Wettbewerbsbedingungen und verfolgen eine stabile, langfristig angelegte Politik. In diesem Kontext schaffen wir die nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe ab und wirken, mit Blick auf gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa und die Beschleunigung der Elektrifizierung und der Nachhaltigkeitswende, auf eine Senkung der Stromkosten hin. Wir treffen klare Vereinbarungen mit der Industrie, um das Tempo der nachhaltigen Umgestaltung zu sichern. Wenn wir neue Maßnahmen einführen, prüfen wir standardmäßig, wie sich diese auf die Wettbewerbsbedingungen im Vergleich mit unseren Nachbarländern auswirken.
- Wir arbeiten daran, finanzielle Anreize für fossile Brennstoffe abzubauen, und zwar nach Möglichkeit im europäischen Rahmen.
- Die bereits getroffenen maßgeschneiderten Vereinbarungen gelten fort; neue derartige Vereinbarungen werden auf Cluster oder Gebiete ausgerichtet. Das »Paket für grünes Wachstum« gestalten wir weiter aus.
- Für die energieintensiven Hafen- und Industriecluster, die im Entwurf des Raumordnerischen Leitprogramms als Gebiete von nationalem Interesse<sup>2</sup> ausgewiesen sind, formulieren wir eine nationale raumwirtschaftliche Strategie. So bündeln wir schwerindustrielle Aktivitäten in Clustern.

---

<sup>2</sup> Rotterdam-Moerdijk, Noordseekanalgebiet, Chemelot, Nordniederlande und Seeland-Westbrabant.

## Die stärkste Volkswirtschaft Europas

Eine starke Wirtschaft ist das Fundament unseres Wohlstands und unseres Gemeinwohls. Unsere Gesundheitsversorgung, Sozialversicherungssysteme, Bildung und Sicherheit können wir nur bezahlen, weil sich Menschen Tag für Tag daranmachen, ihrer Arbeit nachzugehen. Weil Unternehmer unsere Gesellschaft mit Kreativität, Kompetenz und Mut voranbringen. Unsere Wertschöpfungsfähigkeit steht jedoch unter Druck. Wenn andere Länder im Hinblick auf ihre Produktivität schneller wachsen, geraten die Niederlande ins Hintertreffen. Deshalb muss das Bewusstsein dafür, dass jeder Euro, der ausgegeben wird, zunächst verdient werden muss, wieder geschärft werden. Vor diesem Hintergrund ist die Realisierung wirtschaftlichen Wachstums eine unserer zentralen Aufgaben. Um unseren Wohlstand auch in der Zukunft zu sichern, müssen wir Maßnahmen für Modernisierung, Nachhaltigkeit, Innovationen und Investitionen ergreifen.

Der wichtigste Schritt, den wir bereits heute für den Wohlstand von morgen unternehmen können, besteht darin, zu gewährleisten, dass Bürger und Unternehmen in der Lage und gewillt sind, verstärkt in die Wirtschaft der Zukunft zu investieren. Und obwohl wirtschaftliches Wachstum dringend nötig ist, gehen die Investitionen derzeit zurück. Das beeinträchtigt unsere Wertschöpfungsfähigkeit und unseren künftigen Wohlstand. Daher ist es erforderlich, dass der Staat seine Konsumausgaben reduziert, verstärkt investiert und auch mehr private Investitionen ermöglicht. Wir sind bereit, die Prioritäten zu setzen, die für eine leistungsfähige Wirtschaft, eine effiziente öffentliche Verwaltung und ein starkes Land erforderlich sind. Wir wollen Ruhe, Stabilität und Planungssicherheit gewährleisten, da wir uns darüber im Klaren sind, dass Investitionsentscheidungen auf lange Sicht getroffen werden. Das Vertrauen darauf, dass sich Arbeit, unternehmerische Tätigkeit und Investitionen in den Niederlanden lohnen, muss wachsen. So werden die Niederlande zur stärksten Volkswirtschaft Europas – mit dem besten Investitionsklima.

### **Investitionen**

Wir setzen uns zum Ziel, dass es für Unternehmen möglich sein muss, in den Niederlanden Finanzierung zu erhalten, unabhängig davon, ob es sich um kleine oder mittlere Unternehmen, Start-ups, Scale-ups oder Großunternehmen handelt. Bahnbrechende Unternehmen müssen in unserem Land wieder wachsen können. Wir treffen daher zusätzliche Maßnahmen, um Investitionen zu fördern und die Standortbedingungen für Unternehmen sowie die Finanzierungskette zu stärken. Das haben wir vor:

- Zur Stärkung des niederländischen Kapitalmarkts und unserer langfristigen Wertschöpfungsfähigkeit richten wir innerhalb von zwei Jahren nach Regierungsantritt eine nationale Investitionsagentur ein. Diese Agentur soll Finanzierung für Projekte und Unternehmen bereitstellen, die diese nicht selbständig auf dem privaten Finanzmarkt abrufen können. Dabei werden überwiegend marktkonforme Finanzierungen gewährt, die aus Eigenmitteln und verschiedenen Darlehensformen bestehen können.
- Die Agentur kann bereits bestehende Instrumente integrieren, fungiert als niederländischer Partner der Europäischen Investitionsbank und arbeitet unabhängig von Politik und Ministerien. Sie fokussiert sich auf private Investitionen, wobei sie kein Privatkapital verdrängt, sondern institutionelles Kapital mobilisiert. Wir tätigen eine zusätzliche Kapitaleinlage und integrieren hier auch Sicherheiten und Bürgschaften. Die Investitionsagentur erfüllt keine öffentlichen Aufgaben; die Investitionen erfolgen im Rahmen des Staatshaushalts.

- Um zu gewährleisten, dass Unternehmen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erhalten, wirken wir in Europa auf eine Kapitalmarktunion und die Vollendung der Bankenunion hin. Wir harmonisieren die Aufsicht über das Finanzsystem, entwickeln tiefere nationale Kapitalmärkte und straffen einschlägige Rechtsvorschriften. Wir bilden eine Spitzengruppe mit gleichgesinnten Ländern mit dem Ziel, kurzfristig Regelungen etwa auf dem Gebiet des Insolvenzrechts zu harmonisieren.
- Wir nutzen nach Möglichkeit europäische Kofinanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten, etwa im Rahmen des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, des Chip-Gesetzes 2.0 und sog. IPCEIs (wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse). Mit einem nationalen EU-Finanzierungsinstrument gewährleisten wir Planungssicherheit und den Zugang niederländischer Unternehmen und Wissensinrichtungen zu europäischen Innovationsprogrammen.
- Wir setzen auf steuerlich stabile Standortbedingungen für Unternehmen. Wir möchten Unternehmen bei Investitionen unterstützen, die an unsere Wirtschaft der Zukunft anknüpfen, indem wir das Gesetz zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (WBSO) um die Entwicklung von KI und Technologie erweitern und die Regelung zur steuerlichen Begünstigung von Innovationen beibehalten. Der Steuerabzug für Energiesparinvestitionen (EIA), der Steuerabzug für Umweltinvestitionen (MIA) und die zeitlich frei wählbare Abschreibung von Umweltinvestitionen (VAMIL) werden nach Möglichkeit zu einer einzigen robusten Investitionsregelung zusammengefügt. Kredite für kleine und mittlere Unternehmen, wie der KMU-Bürgschaftskredit (BMKB), werden unvermindert beibehalten. Wir streben möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa an und erhöhen daher die Körperschaftsteuer nicht. Der »Freiheitsbeitrag« für Unternehmen zur Deckung höherer Verteidigungsausgaben wird in Form einer Erhöhung des Beitrags zum Fonds für Arbeitsunfähigkeit ausgestaltet. Über die konkrete Umsetzung wird es Gespräche mit den Unternehmensverbänden geben.
- Wir fördern die Anlage von Ersparnissen in der niederländischen Wirtschaft. Es wird ein EU-Anlagekonto eingeführt; außerdem prüfen wir die Möglichkeiten eines »Win-win-Darlehens«. Darüber hinaus fördern wir langfristige Anlagen, indem wir das neue, auf tatsächlichen Erträgen basierende Vermögensbesteuerungssystem (Box 3) zu einer Kapitalertragssystematik weiterentwickeln.
- Ein starker Finanzsektor sorgt für mehr Investitionen in den Niederlanden. Wir führen den entschlossenen Kampf gegen die Regulierungsdichte fort, unter anderem durch eine stärker risikobasierte Ausrichtung des Gesetzes zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Wir sorgen dafür, dass die Vorschriften für Finanztechnologien mit internationalen Standards im Einklang stehen.

## **Innovationen**

Zur Sicherung unseres künftigen Wohlstands – und damit der finanziellen Tragfähigkeit des gesamten öffentlichen Sektors – müssen wir in Innovationen investieren. In der Zukunft wird das Geld mit Technologie verdient, die es jetzt noch nicht gibt. Darüber hinaus resultiert Wirtschaftskraft in der aktuellen geopolitischen Lage immer öfter in geopolitischer Macht. Somit sind Innovationen und angewandtes Wissen maßgeblich für unsere geopolitische Position in der Welt. Das haben wir vor:

- Die Regierung wirkt auf die Erreichung der 3%-Zielmarke für FuE-Investitionen hin. Der größte Teil dieser Investitionen muss aus der Wirtschaft kommen, darüber hinaus kann der Staat mit öffentlichen Investitionen private Investitionen fördern. Außerdem muss der Staat die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen und häufiger als Pilotkunde (»launch customer«) für innovative Technologien fungieren. Wir führen die Umsetzung der Nationalen Technologiestrategie fort und unterstützen regionale Innovationscluster.
- Damit Innovationen über die Entwicklungsphase hinaus wachsen können, setzen wir den Nationalen Wachstumsfonds ein und suchen Anschluss an europäische Kofinanzierung.

- Im Rahmen der Durchführung der Nationalen Technologiestrategie investieren wir in regionale Innovationscluster, in die Teilnahme an europäischen Innovationsprogrammen und in öffentlich-private Innovationsprogramme.
- Die Niederlande setzen sich auch weiterhin entschlossen für den Bau des Einstein-Teleskops ein. In diesem Zusammenhang wollen wir eng mit Deutschland zusammenarbeiten und das Feldlabor »Pathfinder« upgraden.
- Wir nutzen die Beschaffungsmacht des Staates dazu, disruptive Innovationen zu fördern, und bieten einen ersten Absatzmarkt über das sog. DARPA-Modell. Zu diesem Zweck richten wir eine Nationale Agentur für disruptive Innovationen ein.
- Wir nutzen den Spielraum, den die europäischen Vorschriften für Reallabore bieten, und gewähren jungen Technologieunternehmen mehr Spielraum für Experimente.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen verstärkt in wirtschaftliche Werte umgesetzt werden (Valorisierung). Für mehr erfolgreiche Spin-offs von Bildungseinrichtungen setzen wir uns das Ziel, dass unsere wissenschaftlichen Einrichtungen (darunter auch Universitätskliniken) mit Vertragskonditionen für Start-ups arbeiten, die zu den besten der gesamten westlichen Welt zählen. Wir bündeln die Kräfte von Technologietransferzentren (TTOs) in einem nationalen Zentrum, das für die Entwicklung und Verbreitung von Erfolgsmodellen zuständig ist.
- Im Einklang mit dem Nationalen Deltaplan für künstliche Intelligenz erarbeiten wir unter anderem einen Plan für KI-Rechenleistung, räumen strukturelle Hindernisse in den Bereichen Raumplanung, Energie und Genehmigungen aus, die den Aufbau digitaler (KI-)Infrastruktur erschweren, und fördern die Adoption von KI und die Kompetenz auf diesem Gebiet in den Niederlanden.

### **Unternehmerische Initiative**

Unternehmer spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um mehr Wirtschaftswachstum, allgemeinen Wohlstand und die Herausforderungen der Zukunft geht. Darum müssen sie in die Lage versetzt werden zu wirtschaften, zu expandieren und zu ökologisieren, und sie müssen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Unternehmen arbeiten nicht in einem Vakuum; sie verstärken sich gegenseitig und brauchen einen Staat, der die nötigen Rahmenbedingungen schafft und für Ruhe, Klarheit und Planbarkeit sorgt. Das haben wir vor:

- Der Abbau der Regulierungsdichte wird fortgeführt. Pro Jahr streichen oder vereinfachen wir mindestens 500 Vorschriften. Wir setzen uns ehrgeizige Reduktionsziele je Ministerium, unter Federführung des Wirtschaftsministeriums. Wir lassen alle Rechtsvorschriften prüfen und heben diejenigen auf, die mit hohen Belastungen verbunden oder nicht effektiv sind. Mit den Gemeinden erarbeiten wir Standards für eine geringere Regulierungsdichte und eindeutige Vorschriften, damit kommunale Vorschriften Unternehmen nicht unnötig belasten.
- Die Regierung vereinfacht komplizierte Vorschriften für Bürger und Unternehmen. Zu diesem Zweck wird sie dem Abgeordnetenhaus jährlich ein Vereinfachungsgesetz vorlegen, das konkrete Vorschläge seitens der Ministerien, Aufsichtsorgane und Durchführungsstellen enthält. Das erste Vereinfachungsgesetz wird Anfang 2027 in Kraft treten.
- Unser Ziel bleibt es, unnötige nationale Zusatzregelungen zu europäischen Vorschriften abzuschaffen. Europäische Richtlinien und sonstige Rechtsakte werden zügiger und nach Möglichkeit eins zu eins umgesetzt. Wir begrüßen die europäischen Omnibus-Regelungen. Wir vereinbaren mit Aufsichtsbehörden, Vorschriften nicht strenger als nötig auszulegen und den bürokratischen Aufwand zu beschränken.
- Die Erteilung von Genehmigungen für Unternehmen muss beschleunigt werden, zum Beispiel mittels Digitalisierung. Wir prüfen, ob und, wenn ja, wie unkomplizierte Anträge automatisch gewährt und die Gebühren erlassen werden können, wenn die Behörden die Bearbeitungsfristen überschreiten. Bei größeren Projekten lassen wir Realisierung und Genehmigungsverfahren nach Möglichkeit parallel laufen. Außerdem werden Gemeinden dazu verpflichtet, innerhalb von 12 Wochen über Widersprüche in Genehmigungsverfahren zu entscheiden.

- Unternehmer können nur unter stabilen politischen und steuerlichen Bedingungen wirtschaften. Mit Blick auf einheitliche Wettbewerbsbedingungen sind wir bestrebt, häufig in Frage gestellte, jedoch für Unternehmen wichtige Regelungen beizubehalten – etwa die steuerliche Regelung für Expats, die steuerliche Regelung für Innovationen, die Regelung zur Unternehmensnachfolge, den Verlustausgleich, die Beteiligungsbefreiung und das Gesetz zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (WBSO). Steuerliche Regelungen für Unternehmer wie das WBSO und die Arbeitskostenregelung werden vereinfacht und die bürokratischen Lasten verringert. Die Steuerlast für Gesellschafter-Geschäftsführer muss ausgeglichen sein.
- Das Sozialversicherungssystem muss sowohl für Arbeitnehmer wie auch für Arbeitgeber funktionieren, damit das Anbieten von Beschäftigung wieder attraktiver wird.
- Der niederländische Arbeitsmarkt braucht Talente. Wir bilden Talente in Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten arbeitsmarktorientiert aus und ziehen gegebenenfalls internationale Talente gezielt an. Die entsprechenden Maßnahmen werden im Kapitel zum Thema Bildung dargelegt.
- Start-ups und Scale-ups müssen in den Niederlanden wachsen können. Aus diesem Grund erleichtern wir es Unternehmen, Mitarbeiter zum Teil mit Anteilen bzw. Anteilsoptionen zu entlohnen, und wir erweitern die Möglichkeiten, finanzielle Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich vergünstigt zu gewähren. Die zu gründende Investitionsagentur sorgt für mehr Risikokapital für Start-ups und Scale-ups.
- Wir schaffen Spielraum für Solo-Selbständige. Wir gehen gegen Scheinselbständigkeit vor, indem wir den Entwurf des darauf abzielenden Gesetzes (VBAR) aufteilen und einerseits eine Rechtsvermutung des Vorliegens eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses einführen und andererseits die übrigen Regelungen des Gesetzentwurfs schnellstmöglich in das Selbständigengesetz überführen.
- Wir fördern nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Wirtschaften. Wir verankern die Gesellschaft mit Steward-Ownership als Rechtsform für Unternehmen im Gesetz. Wir reduzieren den bürokratischen Aufwand und die Kosten für Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften wollen.
- Die Stärke der niederländischen Volkswirtschaft liegt auch in ihren führenden Großunternehmen begründet, die auf Wachstum und eine nachhaltige Zukunft in den Niederlanden setzen. Wir werden die steuerliche Regelung für Expats nicht beschneiden.
- Die Geschäfte in Einkaufszonen sind die Seele der Innenstädte und Dörfer; ihre Inhaber sponsern Fußball- oder Hockeyvereine und sorgen für eine festliche Atmosphäre in der Vorweihnachtszeit. Aus diesem Grund setzen wir die Impulsstrategie für Einkaufszonen fort.
- Familiengeführte Unternehmen sind für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung, weshalb wir die Regelung zur Unternehmensnachfolge und die steuerliche Regelung für Unternehmensübergaben nicht beschneiden werden.
- Wir fördern weibliches Unternehmertum im Rahmen der Initiative »Code V« und wollen erreichen, dass Unternehmerinnen im Jahr 2030 relativ gesehen im selben Umfang Finanzierung abrufen wie ihre männlichen Pendanten.

### **Die Regierung setzt auf Wachstum**

Die Regierung setzt auf wirtschaftliches Wachstum, wobei wir uns auf Innovationen, Nachhaltigkeit und Produktionssteigerung konzentrieren. Im Einklang mit dem Wennink-Bericht wirken wir aktiv auf ein strukturelles Wirtschaftswachstum von 1,5 % hin; sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, steuern wir nach. Die Wirtschaftsökosysteme in den Niederlanden basieren auf der Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen, Start-ups und wissenschaftlichen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund wählen wir einen gezielten und fokussierten Ansatz für diese Ökosysteme und richten unsere Wirtschaftspolitik auf sie aus. Das haben wir vor:

- Wir setzen die neue strategische Industriepolitik mit dem Fokus auf bestimmte Bereiche und Märkte fort, die auf potentieller Wertschöpfungsfähigkeit, gesellschaftlichen Aufgaben und Relevanz für unsere strategische Autonomie basiert.
- Im Einklang mit dem bereits gesetzten Schwerpunkt auf der Industriepolitik legen wir vier Bereiche fest, die für unsere zukünftige Wirtschaft und unseren gesellschaftlichen Wohlstand von entscheidender Bedeutung sind: Digitalisierung und KI, Sicherheit und Resilienz, Energie- en Klimatechnologie sowie Biowissenschaften und Biotechnologie. Innerhalb dieser Bereiche wirken wir gezielt auf den Aufbau technologischer Nischenpositionen hin.
- Wir stellen sicher, dass die Niederlande ihre starke Position in der nachhaltigen Produktionsindustrie weiter ausbauen, mit Chancen für zirkuläre Baustoffe, grüne Chemie, biobasierte Kunststoffe, Wasserstoff und die maritime Wirtschaft.
- Wir bieten ausreichende Flächen für Unternehmensexpansionen. Zu diesem Zweck weisen wir Flächen im Umfeld regionaler Innovationscluster aus, die von strategischer Bedeutung sind, und kalkulieren ausreichend Raum für Gewerbegebiete ein. Gemeinden, die Gewerbegebiete umwidmen bzw. transformieren, stellen gemeinsam mit anderen Gemeinden neue Flächen für Unternehmen bereit. Für Wirtschaftstätigkeiten von nationalem strategischem Interesse übernimmt der Staat gegebenenfalls selbst die Regie in diesem Prozess.
- Zur Förderung eines gesunden Marktfunktionierens statten wir die Behörde für Verbraucher und Märkte als Marktaufsichtsbehörde mit zwei neuen Instrumenten aus: der sog. Call-in-Befugnis und dem »New Competition Tool«. Bei der konkreten Ausgestaltung sorgen wir für eine Begrenzung der Regulierungsdichte und von Unsicherheiten.
- Ein besser funktionierender europäischer Binnenmarkt ist für unser Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung. Deshalb harmonisieren wir weitestmöglich Rechtsvorschriften, die für Unternehmer relevant sind, etwa im Gesellschafts- und im Arbeitsrechts. Außerdem wirken wir auf die Vollendung des Binnenmarkts hin.

# Die Niederlande in der Welt

## Verteidigung und internationale Sicherheit

Die internationalen Beziehungen verändern sich in rasantem Tempo. An der europäischen Außengrenze tobt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Innerhalb Europas sind wir tagtäglich mit hybriden Bedrohungen konfrontiert. Länder wie Russland, China und Iran arbeiten immer enger zusammen, um die Fundamente unserer Sicherheit ins Wanken zu bringen. Darüber hinaus sorgen politische Entwicklungen in anderen Teilen der Welt für eine Zunahme der Unwägbarkeiten. Wenn die Niederlande diesen Bedrohungen etwas entgegensetzen wollen, müssen sie eine realistische Außenpolitik verfolgen, die sich an den Interessen der Niederlande und Europas orientiert.

Die NATO ist der Eckpfeiler unserer kollektiven Sicherheit. Die Vereinigten Staaten sind die Weltmacht, mit der wir die meisten Interessen teilen. Gleichzeitig sind unsere Zukunft und unser Wohlstand untrennbar mit einem starken Europa verbunden. Die Niederlande müssen treibende Kraft einer geopolitischen und starken Europäischen Union sein, die entschlossen handelt. Die geopolitische Lage muss in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Indem wir einseitige Abhängigkeiten verringern und eine europäische Säule innerhalb der NATO aufbauen, können wir die USA und andere Großmächte glaubwürdig zur Rede stellen, wenn ihr Handeln unseren Grundwerten und wesentlichen Interessen zuwiderläuft. Hierzu müssen wir in unsere eigene Sicherheit investieren, unsere Innovationen besser schützen, Skaleneffekte innerhalb Europas fördern und neue strategische Kooperationen jenseits Europas und der USA eingehen. Diese Partnerschaften schließen wir auf der Grundlage von Gleichwertigkeit und wohlverstandem Eigeninteresse.

Realismus bedeutet nicht, unsere Ideale zu verleugnen. Auch in Zukunft werden wir unsere Werte der Freiheit entschieden verteidigen. Die Niederlande begegnen der Welt dabei mit Selbstbewusstsein. Indem wir jetzt grundlegende Entscheidungen treffen, schützen wir unsere freie Lebensart. Wir wollen, dass die Niederlande ein widerstandsfähiges Land sind, das über den Tellerrand hinausblickt und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt.

### **Wir stärken unsere Verteidigung und unterstützen die Ukraine**

Die Niederlande und Europa müssen wehrhafter werden. Wir können nicht hinnehmen, dass wir für unseren Schutz von anderen abhängig bleiben. Wir wollen Streitkräfte, die abschrecken und die sich durchsetzen können. Das erfordert nicht nur Investitionen, sondern vor allem auch einen Mentalitätswechsel: Kampfkraft statt Friedensdividende. Das haben wir vor:

- Wir erhöhen die Verteidigungsausgaben, um die NATO-Norm von 3,5 % des BIP zu erreichen. Um langfristige Kontinuität zu gewährleisten, werden wir die 3,5-%-Norm gesetzlich verankern. Damit sorgen wir für die langfristige Planungssicherheit, die die Streitkräfte verdient haben.
- Um für die Kriege von morgen gewappnet zu sein, müssen wir für unsere eigene Verteidigungsindustrie Wachstumsmöglichkeiten schaffen. Vorrangig ist in diesem Zusammenhang, dass die Industrie mehr Kapazitäten braucht, damit wir unsere eigenen Streitkräfte verstärken, unsere (hochtechnologische) Wertschöpfungsfähigkeit verbessern und Europa einen Mehrwert bieten können. Indem wir Staat, Wirtschaft und Wissenseinrichtungen zusammenarbeiten lassen, wie etwa im Rahmen von Defport, sorgen wir dafür, dass die Produktionskapazität der niederländischen Verteidigungsindustrie spürbar zunimmt. Außerdem streben wir eine Vereinfachung der Auftragsvergabeverfahren und von Beteiligungen an, und wir bieten Vorfinanzierungsmöglichkeiten und langfristige Sicherheit, damit auch niederländische und europäische Start-ups aus dem Verteidigungsbereich eine Chance haben zu expandieren.

- Wir bauen Streitkräfte auf, die mindestens 122.000 Personen umfassen und skalierbar sind. Wir stocken das Angebot an Plätzen für das freiwillige Dienstjahr deutlich auf, und als ersten Schritt erhalten alle jungen Menschen einen Fragebogen, den sie ausfüllen müssen. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, erwägen wir andere Schritte, darunter die Wiedereinführung einer selektiven Wehrpflicht.
- Die Streitkräfte haben Bedarf an Räumlichkeiten für die Unterbringung von Personal und an Übungsplätzen. Aus diesem Grund verabschieden wir möglichst schnell das Gesetz zur Verteidigungsbereitschaft. In der Europäischen Union setzen wir uns für die erforderlichen Ausnahmen für den Verteidigungsbereich ein, wie dies mit dem aktuellen Omnibus-Paket für die Verteidigungsbereitschaft bereits teilweise in Gang gesetzt worden ist.
- Neben dem Schutz unseres eigenen Hoheitsgebiets und des Bündnisgebiets verstärken wir den Schutz unserer vitalen Infrastruktur in der Nordsee und die Verteidigung des karibischen Teils des Königreichs.
- Der Konflikt in der Ukraine berührt die Sicherheit ganz Europas. Deshalb setzen wir unsere eigene militärische und finanzielle Unterstützung für mehrere Jahre unvermindert fort, und wir werden uns weiter für die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte aussprechen. Die Ukraine befindet sich auf einem unumkehrbaren Weg zur EU- und NATO-Mitgliedschaft, wobei der Zeitraum bis dahin von ihren eigenen Leistungen und der Erfüllung der geltenden Kriterien abhängt. Die Niederlande bieten der Ukraine dabei ihre Hilfe an, wo dies möglich ist.
- Wir vertiefen die europäische Verteidigungszusammenarbeit. Wir setzen auf die gemeinsame Beschaffung von strategischen Kapazitäten, die für einzelne Länder allein nicht finanzierbar sind, in Nutzergruppen. Die Niederlande schreiten voran, wenn es darum geht, eine europäische Säule innerhalb der NATO zu realisieren. Außerdem stehen wir der Stärkung einer europäischen nuklearen Abschreckung konstruktiv gegenüber. Wir treten dem Vertrag von Aachen bei.
- Wenn es um die Beschaffung von wesentlichen Waffensystemen geht, streben die Niederlande die Verringerung von Abhängigkeiten von Ländern jenseits des NATO-Bündnisses an. Für unsere Materialplanung ist die pünktliche und vollständige Erfüllung der im NATO-Rahmen abgestimmten Kapazitätsziele leitend. Unser Bestreben ist es, 40 % der Beschaffung und Produktion von Verteidigungsgütern gemeinsam mit europäischen Partnern zu realisieren. Darüber hinaus sind wir bestrebt, 50 % der Beschaffung bei niederländischen und europäischen Unternehmen zu tätigen (einschließlich Lizenzbau und Wartung). Wir sprechen uns weiter für eine Öffnung der geschlossenen nationalen Verteidigungsmärkte in Europa aus.

Zwecks Absicherung unseres technologischen Vorsprungs will die Regierung eine Behörde für Innovationen im Verteidigungswesen nach Vorbild der amerikanischen DARPA schaffen. Diese soll auch gemeinsame Forschungsprojekte mit Wissenseinrichtungen kofinanzieren, die für den Verteidigungssektor einen militärischen Mehrwert haben. Um dieser Behörde die langfristige Sicherheit zu bieten, die für die Entwicklung neuer Technologien und für eine industrielle Hochskalierung erforderlich sind, sehen wir hierfür in dieser Legislaturperiode einen bis auf 10 % ansteigenden Anteil am Verteidigungshaushalt vor.

## Europa und die Welt

### Europa

Unseren Frieden und unsere Sicherheit können wir nur gemeinsam mit Partnern in Europa gewährleisten. Die Europäische Union bringt uns Wohlstand und Sicherheit und sorgt dafür, dass unsere Stimme in der Welt gehört wird. Aufgrund von geopolitischen Spannungen stehen europäische Werte und Interessen unter Druck. Es ist dringend notwendig, dass Europa unabhängig wird und seine Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Energie, Technologie, Finanzen und Industrie rasch verbessert. Das Erwachsenwerden Europas als Machtblock erfordert eine neue Mentalität. Auf dem Weg hin zu einem stärkeren und sichereren Europa wollen die Niederlande eine führende und konstruktive Rolle spielen. Das haben wir vor:

- Zur Frage einer Erweiterung der Europäischen Union haben wir eine realistische Haltung, wobei dieses Thema auch im geopolitischen Kontext zu betrachten ist. Nachbarländer, die unsere Werte teilen, müssen eine Beitrittsperspektive haben. Länder, die vollwertiges Mitglied werden wollen, müssen auch künftig die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Beitrittskandidaten mit einer strategischen Position, wie etwa die Länder des Westlichen Balkans, verbinden wir durch intensivere Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Europa. Wir setzen uns für ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ein.
- Wir gehen entschlossen gegen Länder vor, die Europa aktiv untergraben, wie Ungarn und die Slowakei, indem wir uns für eine Vereinfachung des Artikel-7-Verfahrens einsetzen, so dass es leichter wird, Ländern das Stimmrecht zu entziehen. Ungarn verliert den Anspruch auf europäische Gelder. In Europa machen wir uns dafür stark, das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik abzuschaffen.
- Wir sind Verfechter eines starken Mehrjährigen Finanzrahmens, der einen Beitrag zu den strategischen Zielen Europas leistet. Wir nehmen eine Neupriorisierung der Mittel für Investitionen in die Bereiche Sicherheit, Verteidigung und Innovation vor.
- Die Niederlande werden eine treibende Kraft sein, wenn es um die rasche Umsetzung des Draghi- bzw. des Letta-Berichts geht, die auf die Reform und die Stärkung unserer Wirtschaft abzielen.
- Wir stehen europäischen Verteidigungsinvestitionen konstruktiv gegenüber. Über den Europäischen Verteidigungsfonds ist es möglich, mit europäischen Mitteln gemeinsam in die europäische Verteidigungsindustrie zu investieren. Gemeinsame Verteidigungsinvestitionen können darüber hinaus mit Darlehen über das Europäische SAFE-Instrument getätigt werden; auf diese Weise können zu günstigen Finanzierungsbedingungen umfassende Investitionen in die nationalen Verteidigungsindustrien vorgenommen werden. Dabei bürgen die Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft. Dieses Instrument kann auch für Bündnispartner wie das Vereinigte Königreich, Norwegen und Kanada geöffnet werden.
- Wir prüfen die Möglichkeit, einen zwischenstaatlichen Europäischen Verteidigungsmechanismus (EDM) zwecks gemeinsamer Beschaffung von Verteidigungsgütern und Harmonisierung der Produktstandards zu schaffen. Dabei beziehen wir NATO-Partner, die nicht der EU angehören, eng mit ein, darunter das Vereinigte Königreich, Norwegen und Kanada.
- Um die Effektivität von Sanktionen gegen Russland und andere Länder mit schlechten Absichten zu erhöhen, setzen wir uns für die Schaffung einer europäischen Sanktionsinstitution ein.
- Wir intensivieren die Zusammenarbeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste auf europäischer Ebene. Wir streben ein europäisches Äquivalent zur Ukusa-Allianz »Five Eyes« an, d. h. eine Spitzengruppe europäischer Länder, die auf dem Gebiet der Nachrichtendienste zusammenarbeiten.

## Die Welt

Unsere Wertschöpfungsfähigkeit und unsere Sicherheit und Demokratie erfordern Realismus. Wir leben in einer multipolaren Welt, in der das Primat des Völkerrechts keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb müssen wir uns als Land profilieren, das das Völkerrecht verteidigt, zugleich aber auch die Sprache der Macht zu sprechen lernt. Unsere Position als Handelsnation bleibt uns wichtig, wir ziehen aber klare Grenzen, wenn unsere Technologie oder Sicherheit auf dem Spiel steht. Das haben wir vor:

- Wir schützen unsere Freiheiten gegenüber Ländern wie Russland, China und Iran. Mit Blick auf Russland setzen wir auf maximale Bestrafung von Aggressionen durch verstärkte Durchsetzung der Sanktionen und entschlossenes Vorgehen gegen die Schattenflotte. Wir nutzen Chancen in unseren Beziehungen zu China, wo dies noch möglich ist. Gleichzeitig gehen wir unerbittlich gegen den Diebstahl unseres geistigen Eigentums und unerwünschte Eingriffe in unsere kritischen Infrastrukturen vor. Außerdem sprechen wir China auf Menschenrechtsverletzungen, gesellschaftszersetzende Aktivitäten in Europa und seine Unterstützung Russlands an.
- Wir verteidigen entschlossen unsere westlichen Freiheitswerte und die Menschenrechte. Wir setzen uns weltweit aktiv für den Schutz von Frauen und Minderheiten – mit besonderem Augenmerk für Kinder und die LSBTI+-Gemeinschaft – sowie von Religions- und Pressefreiheit ein. Länder, die aktiv Reformen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchführen, wie etwa Armenien und Moldau, unterstützen wir aktiv.
- Die Niederlande haben ein Interesse an der Wahrung regionaler Stabilität, einem erweiterten Zugang zu kritischen Rohstoffen und der Abwehr des wachsenden Einflusses autokratischer Regime. In diesem Kontext kann es notwendig sein, mit Ländern, die unsere Werte nicht teilen, in den Dialog zu treten.
- Wir setzen uns weiter für unsere transatlantischen Bande ein. Gleichzeitig nutzen wir die Kanäle der Diplomatie, um die USA zur Rede zu stellen, wenn ihr Handeln unsere Werte und Interessen untergräbt, wobei wir immer die Beziehungen insgesamt und die Wahrung kritischer Sicherheitsinteressen im Blick behalten. Außerdem verringern wir unsere einseitige Abhängigkeit, zum Beispiel in den Bereichen Verteidigung, Software und kritische Rohstoffe.
- Die Niederlande haben die Verantwortung, sich aktiv für die Förderung des Völkerrechts einzusetzen. Dies tun wir unter anderem als Gastland internationaler Organisationen. Die Niederlande halten sich in ihrer Außenpolitik an die Urteile des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshofs. Wir setzen uns dafür ein, Straflosigkeit in Konflikten wie in der Ukraine, in Gaza und im Sudan weltweit zu bekämpfen.
- Die Niederlande setzen sich für eine Zweistaatenlösung ein, also für einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen Palästinenserstaat neben einem sicheren Staat Israel. Die Terrororganisation Hamas darf in keinerlei Weise eine Rolle bei der Verwaltung der Palästinensischen Gebiete spielen. Die illegalen Siedlungen (und ihr Ausbau), die israelische Gewalt gegen Zivilisten in Gaza und die Behinderung der Nothilfe müssen ein Ende haben. Zum Wiederaufbau von Gaza leisten wir im Rahmen der internationalen Koalition einen Beitrag. Dabei steht die Effektivität der Hilfe im Vordergrund. Im Rahmen der Hilfe für die Palästinenser nehmen wir die Zusammenarbeit mit dem UNRWA wieder auf und streben darüber hinaus die Kooperation mit anderen vor Ort tätigen Hilfsorganisationen an. Nationale Maßnahmen und europäische Sanktionen gegen die Regierung Netanyahu und ihre Mitglieder bleiben bestehen, bis ernstzunehmende Schritte Richtung Frieden und Durchsetzung des Völkerrechts unternommen worden sind. Der zersetzende Einfluss des Iran und der mit dem iranischen Regime verbundenen (Terror-)Organisationen, darunter die Islamische Revolutionsgarde, müssen mit maximalen Sanktionen bekämpft werden.

- Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Flug MH17 werden die Niederlande gemeinsam mit den anderen betroffenen Ländern weiterhin alles daransetzen, Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit und Rechenschaft herbeizuführen, unter anderem indem sie weiter darauf hinwirken, dass die Täter und anderen Verantwortlichen ihrer Strafe und Haftung nicht entgehen.
- Wir setzen uns für ein solides Netz von Auslandsvertretungen ein, damit die Niederlande in wichtigen Wachstumsmärkten und in Ländern von großer geopolitischer Bedeutung umfassend und kraftvoll vertreten sind und den Schutz von Menschenrechten und Demokratie unterstützen können. Wir nutzen unseren Einfluss dazu, stabile Partnerschaften aufzubauen, Märkte für niederländische Unternehmen zu erschließen und unsere strategische Autonomie zu stärken.
- Der Freihandel stärkt unsere Wirtschaft und hilft uns dabei, die Abhängigkeit von einzelnen Regionen zu verringern. Deshalb unterstützen wir die Europäische Kommission in ihrem Bestreben, neue Handelsverträge auszuhandeln und Märkte zu öffnen, beispielsweise mit strategischen Partnern wie Indien, Australien und Indonesien. Dabei halten wir uns, unter anderem auf dem Gebiet der Bekämpfung der Kinderarbeit und des Klimawandels, an die OECD-Richtlinien.
- Wir verschärfen die Investitionsprüfung und blockieren den Transfer sensibler Technologien (wie Photonik und Quantentechnologie), wenn dies in unserem strategischen Interesse liegt. Wir fordern die Kommission auf, im Interesse gleicher Wettbewerbsbedingungen gegen Länder vorzugehen, die sich unlauterer Praktiken bedienen. Darüber hinaus werden wir die Beziehungen zu gleichgesinnten Ländern innerhalb und außerhalb Europas ausbauen, darunter Kanada, das Vereinigte Königreich, Japan und Norwegen.
- Wir investieren in die Entwicklungszusammenarbeit und nähern uns damit der internationalen OECD-Norm an. Wir verbessern die Zukunftsperspektiven, indem wir in junge Menschen, Bildung und Frauenrechte investieren, und wir leisten einen Beitrag zur globalen Gesundheitsstrategie und zur Ernährungssicherheit. Außerdem werden wir weiterhin einen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Region und zur Bewältigung der internationalen Migrationsströme leisten, und zwar sowohl direkt als auch in Form von Migrationspartnerschaften. Zusätzlich beteiligen wir uns an humanitärer Hilfe, um die großen Notlagen in der Welt zu mildern und vor Ort Zukunftsperspektiven zu bieten. Auf diese Weise sorgen wir weltweit für mehr Sicherheit und Stabilität und für einen Rückgang der irregulären Migration, während wir zugleich dem Einfluss Chinas und Russlands im globalen Süden entgegenwirken.
- Die Entwicklungszusammenarbeit setzen wir auch als Instrument zum Schutz unserer strategischen Interessen und zur Stärkung unserer internationalen Position ein. Dabei nutzen wir die Synergieeffekte der »Dutch Diamond«-Strategie. Entwicklungsgelder müssen auf europäischer Ebene effizienter eingesetzt werden, um Skalenvorteile zu erzielen.
- Wir verfolgen eine moderne Hilfs- und Handelsagenda, die sich auf die Bereiche stützt, in denen die Niederlande international herausragende Leistungen erbringen, und die die wechselseitigen Interessen in den Mittelpunkt stellt. Im Rahmen einer breit angelegten Afrikastrategie bauen wir gleichwertige Partnerschaften auf.

## Asyl, Migration und Integration

Das Thema Migration ist zu lange Gegenstand politischen Streits gewesen, Entscheidungen wurden jedoch nur wenige getroffen. Das werden wir jetzt nachholen, um die Ordnung wiederherzustellen. Hierzu werden wir einerseits mehr Kontrolle ausüben und den Zustrom von Asylmigranten verringern und andererseits für angemessene Unterbringung und schnellere Teilhabe sorgen. Außerdem werden wir gezielt auf Arbeitsmigration hinwirken, die wir wirklich brauchen, und gegen Ausbeutung vorgehen. So sehen unsere Pläne aus.

### **Ein klares Migrationsmodell in Europa**

Jeder, der heute in die Niederlande kommt, hat das Recht, Asyl zu beantragen. Das ist Wasser auf die Mühlen von Menschenhändlern, die viel Geld mit dem Leid von Flüchtlingen verdienen. Gleichzeitig gelingt es gerade den schutzbedürftigsten Menschen nicht, Schutz zu finden: sie verfügen weder über die Mittel noch über die Kontakte, die für die lebensgefährliche Reise nach Europa nötig sind. Der EU-Migrationspakt ist ein erster großer Schritt auf dem Weg zu mehr Kontrolle darüber, wer in die Niederlande kommt. Um vollständige Kontrolle zu erhalten, arbeiten wir im internationalen Rahmen an einem neuen und modernen, strengen und menschenwürdigen Migrationsmodell. Das haben wir vor:

- Gemeinsam mit anderen europäischen Ländern ergreifen die Niederlande die Initiative, um Akzeptanz für die Modernisierung des internationalen Flüchtlingsrechts zu generieren. Wir organisieren einen Asylgipfel und entwickeln diplomatische Initiativen. Das Ziel besteht letztlich darin, dass Asylanträge außerhalb Europas gestellt und bearbeitet werden können und dann in den Niederlanden keine Asylverfahren mehr durchlaufen werden müssen. So können anerkannte Flüchtlinge im Rahmen der Neuansiedlung über Europa verteilt werden, wo sie sich mit dem Flüchtlingsstatus ein neues Leben aufbauen können. Auf diese Weise durchkreuzen wir das grausame Geschäftsmodell der Menschenhändler im Mittelmeerraum.
- Wir unterstützen die neue Rückkehrverordnung der EU. Auf dieser Grundlage können die nationalen Rückkehrentscheidungen von anderen Mitgliedstaaten anerkannt und die Möglichkeiten für eine geschlossene Unterbringung vor der Abschiebung erweitert werden. In diesem Zusammenhang befürworten die Niederlande die Lockerung des sog. Verbindungskriteriums, um so auf EU-Ebene den Abschluss von Rückkehrvereinbarungen mit Ländern außerhalb Europas zu erleichtern. Im Rahmen von Vereinbarungen über Rückkehr- und Transitzentren gewährleisten die Niederlande, dass Migranten niemals in ein Land zurückgeschickt werden, in dem sie dem Risiko der Verfolgung ausgesetzt sind. Diese Vereinbarungen treffen wir nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit der EU oder gleichgesinnten Ländern. Die Kooperation mit Uganda wird in Reaktion auf die dortigen Wahlen bis auf weiteres ausgesetzt.
- Im Einklang mit dem EU-Migrationspakt wird im Außengrenzverfahren eine geschlossene Unterbringung von Migranten gewährleistet, deren Asylanträge wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die Niederlande werden mit dazu beitragen, dass gewährleistet ist, dass diese Unterbringung sicher und menschenwürdig ist. Solange das System der Unterbringung von Asylbewerbern in den Niederlanden nicht angemessen funktioniert, werden die Niederlande ihren Beitrag im Rahmen des Solidaritätsmechanismus innerhalb des Pakts in finanzieller Form leisten.

### **Nationale Maßnahmen**

Nationale und europäische Maßnahmen zur Verringerung des Zustroms von Asylbewerbern und zur Verhinderung des Missbrauchs unseres Migrationsrechts greifen ineinander. Das haben wir vor:

- Wenn das Gesetz über Asyl-Notmaßnahmen und/oder das Gesetz über die Einführung eines Zwei-Status-Systems vom Senat verabschiedet wird, setzen wir diese Gesetze uneingeschränkt um.

- Sollte die Zahl der Asylanträge in kurzer Zeit unversehens stark ansteigen und das Asylsystem unter diesem Zustrom zusammenbrechen, ergreifen wir ergänzende Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms. Dazu gehört möglicherweise auch ein vorübergehender Stopp des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten. Für Härtefälle gilt eine spezielle Härteklausele.
- Das Amt für Einwanderung und Einbürgerung (IND) muss schneller entscheiden können; zu diesem Zweck vereinfachen wir das Asylverfahren. So schaffen wir unter anderem das Allgemeine/Verlängerte Asylverfahren, obligatorische Verfahrensschritte wie die Anmelde-Anhörung, die obligatorische medizinische Beratung und das Verfahren bei voraussichtlicher Ablehnung ab. Auf diese Weise gewährleisten wir mehr Flexibilität für eine sorgfältige Beschlussfassung durch das Amt. Fehlende Mitwirkung an einem Verfahren wird zu einem Ablehnungsgrund, und Folgeanträge werden viel strenger geprüft. So gewährleisten wir, dass Verfahren nicht länger dauern als unbedingt notwendig. Bei den Klagefristen orientieren wir uns an den Mindestnormen aus dem EU-Migrationspakt. Im Einklang mit europäischen Rechtsvorschriften erhalten Migranten, deren Asylantrag wenig Aussicht auf Erfolg hat, erst nach der Ablehnung ihres Antrags Rechtsberatung.
- Unser Ziel ist es, dass die Flüchtlingshilfsorganisation Vluchtelingenwerk in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Erstaufnahme von Asylbewerbern (COA) und dem Amt für Einwanderung und Einbürgerung (IND) Sprechstunden in Aufnahmezentren anbietet und so COA und IND entlastet.
- Im Zuge von missbräuchlichen Anerkennungen der Elternschaft erhalten Familienmigranten gelegentlich einen Aufenthaltstitel für die Niederlande, obwohl sie in keiner Weise für das betreffende Kind sorgen. Um diesem Problem zu begegnen, wird die Anerkennung ausländischer Kinder künftig nur noch bei bestimmten Gemeinden möglich sein, in denen man über die relevanten Kenntnisse und Fachkompetenzen verfügt. Die missbräuchliche Anerkennung der Elternschaft wird strafrechtlich verfolgt.

### **Strengeres Vorgehen gegen Asylbewerber, die gegen das Gesetz verstoßen**

Asylbewerber, die Ordnungsstörungen oder Straftaten begehen, schaden damit echten Flüchtlingen. Die Bewohner der Orte Budel und Ter Apel, in denen sich große und häufig überlastete Aufnahmelager befinden, müssen wieder ruhig schlafen können. Das haben wir vor:

- Verurteilungen während des Verfahrens fallen bei der Entscheidung über den Asylantrag stärker ins Gewicht. Das System der Staffelung von Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeendigung wird maximal verschärft.
- Gegen Asylbewerber, die als Straftäter oder Ordnungsstörer auf der sog. »Top-X-Liste« stehen, wird strenger vorgegangen. Dabei wird Rückfall erschwerend berücksichtigt. Gegen Asylbewerber, die im öffentlichen Verkehr systematisch die Ordnung stören oder schwarzfahren, wird schneller ein Reiseverbot verhängt.
- Wir erhöhen die Zahl der Aufnahmeeinrichtungen mit verstärkter Aufsicht (vtl) und der freiheitsbeschränkenden Einrichtungen (pbl) deutlich. In besonders schweren Fällen werden die betreffenden Personen nach Möglichkeit in Gewahrsam genommen und abgeschoben.
- Gemeinden, in denen sich Anmeldezentren befinden, erhalten die Möglichkeit, die Polizeipräsenz strukturell zu erhöhen.
- Ordnungsgefährdendes Verhalten lässt sich wirksam vermeiden, wenn man Asylbewerbern Möglichkeiten zur Betätigung bietet. Deshalb setzen wir bei Bedarf nicht nur auf Arbeitsangebote und Sprachkurse, sondern auch auf Angebote zur Tagesgestaltung und auf eine bessere Traumabehandlung und Suchthilfe.

### **Ein funktionierendes Asylsystem**

Das Asylsystem stößt momentan fast täglich an seine Grenzen. Aus diesem Grund werden wir für alle einschlägigen Durchführungsstellen – das Amt für Einwanderung und Einbürgerung (IND), die Zentralstelle für die Erstaufnahme von Asylbewerbern (COA), die Stiftung für den Schutz unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (Nidos) und das Amt für

Rückkehr und Rückführung (DT&V) – eine mehrjährige Finanzierung auf der Grundlage realistischer Prognosen sicherstellen. Das haben wir vor:

- Gemäß den Vereinbarungen, die 2023 mit der Regierung getroffen wurden, versetzen wir die COA in die Lage, mit einer stabilen Finanzierung auf der Grundlage der letzten mehrjährigen Prognose hinreichend flexible und auf Dauer angelegte Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Die Notunterkünfte (darunter Kreuzfahrtschiffe und Hotels) werden geschlossen und durch reguläre Aufnahmeeinrichtungen ersetzt. So gewährleisten wir auch, dass Kinder nicht immer wieder umziehen müssen. Sollte der Migrationszustrom zurückgehen, können die Gemeinden die flexiblen Aufnahmezentren für die vorübergehende Unterbringung gefährdeter Gruppen nach dem Gesetz über das Wohnungswesen nutzen. Auf Bitten der Gemeinden und der Durchführungsstellen im Asylsystem bleibt das Verteilungsgesetz vorläufig in Kraft, damit eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern über alle Kommunen gewährleistet wird. Wenn es genügend feste und flexible Aufnahmeeinrichtungen der COA gibt, erübrigt sich die Anwendung des Verteilungsgesetzes.
- Gruppen, die in den Aufnahmezentren besonders gefährdet sind – darunter Personen aus der LSBTIQ+-Community, Kinder und Konvertiten –, werden wir besser schützen. Wer eine Bedrohung für die Sicherheit dieser Gruppen in Aufnahmezentren darstellt, wird zügiger unter verschärfte Aufsicht gestellt und erhält keinen Aufenthaltstitel. Vulnerable unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden gegebenenfalls bis zur Vollendung des 21. statt des 18. Lebensjahrs begleitet. So soll verhindert werden, dass jugendliche Asylbewerber zu Ordnungsstörern oder Straftätern werden.
- Die Vorzugsbehandlung von Asylberechtigten bei der Vergabe von Sozialwohnungen wird in bestimmten Gemeinden zu einem immer größeren Problem, da dadurch Niederländer länger auf der Warteliste für eine solche Wohnung stehen. Solange es keine gute Alternative für die Unterbringung von Asylberechtigten gibt, überlassen wir das Vorgehen in diesem Punkt den Gemeinden. In der Zwischenzeit gehen wir das Problem auf dreierlei Weise an: Wir wirken hin auf 1) eine Verringerung des Migrationszustroms, 2) mehr Neubauprojekte und 3) alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die Phase zwischen der Zeit in einem COA-Aufnahmezentrum und der Zuweisung einer regulären Wohnung. Mit den Gemeinden schließen wir eine verbindliche Vereinbarung über die schnelle Entwicklung flexibler Standorte für die vorübergehende gemeinsame Unterbringung von Asylberechtigten, Ukrainern und Niederländern mit entsprechendem Unterbringungsbedarf als Alternative zur Nutzung von Sozialwohnungen. Sobald derartige Alternativen in hinreichendem Umfang verfügbar sind, wird die Vorzugsbehandlung von Asylberechtigten bei der Zuweisung von Sozialwohnungen gesetzlich nicht mehr möglich sein.

### **Anständige Regelungen für Arbeitsmigration und Bekämpfung von Missständen**

Arbeitsmigration kann für unsere Wirtschaft wertvoll sein, darf aber nicht mit Ausbeutung und Missständen einhergehen, wie es sie derzeit in den Niederlanden gibt. Das haben wir vor:

- Indem wir die Empfehlungen der Roemer-Kommission und das Gutachten »Arbeitsmigration naar waarde« (Arbeitsmigration nach Wert) des Wirtschafts- und Sozialrats (SER) umsetzen, können wir gegen kriminelle Verleiher vorgehen, die Position von Arbeitnehmern schützen und Missstände wie zu niedrige Löhne und minderwertige Unterbringung bekämpfen.
- Da sich die individuelle Registrierung von Arbeitsmigranten in der Praxis als schwierig erweist, nehmen wir Arbeitgeber hierbei nachdrücklich in die Pflicht, damit Aufsicht und Durchsetzung von Anfang an angemessen funktionieren.
- Arbeitgebern wird mehr Verantwortung für die Bereitstellung ausreichender Unterkünfte übertragen, und das Abhängigkeitsverhältnis, das dazu führt, dass ein Arbeitsmigrant auf der Straße landet, wenn es keine Arbeit mehr gibt, wird beendet.
- Als Druckmittel setzen wir Leiharbeitsverbote ein, wenn in bestimmten Branchen Missstände bezüglich befristeter und schlecht bezahlter Arbeitsmigranten hartnäckig fortbestehen.

- Mit Hilfe raumordnerischer Instrumente und kommunaler Folgenabschätzungen für Unternehmen gewährleisten wir angemessene Unterbringungsmöglichkeiten, Einrichtungen und Lebensqualität, bevor weitere Arbeitnehmer angeworben werden. Dies muss auch in einer Raumordnungsverordnung auf Provinzebene festgelegt werden.
- Wir legen ein auf drei Jahre angelegtes Pilotprojekt für ein Programm auf, das darauf abzielt, gut ausgebildete Kräfte unter strengen Voraussetzungen aktiv und gezielt in die Niederlande zu holen, die in vorab klar definierten Branchen eingesetzt werden, für die sie einen Mehrwert haben. Zu diesen strengen Voraussetzungen zählen Bezahlungs- und Unterbringungskriterien wie auch eine Höchstbeschäftigungsdauer von drei Jahren. Für dieses Pilotprojekt kommen in jedem Fall Arbeitnehmer aus EU-Beitrittskandidaten in Frage.

### **Integration: Freiheit schützen, schneller teilhaben**

Freiheit und Gemeinschaftssinn zählen zu den Fundamenten der niederländischen Gesellschaft. Die Freiheit, man selbst sein zu können, und zwar auch in der Öffentlichkeit, sich sicher fühlen und seinen Glauben frei ausüben zu können, ist keine Selbstverständlichkeit. Manche Menschen erfahren Rassismus und Diskriminierung, was ihre gesellschaftliche Teilhabe erschwert. In bestimmten Gemeinschaften werden Frauen unterdrückt oder es kommt zu religiös motivierter Gewalt. Der lange Arm weit entfernter Regimes reicht bis in ihre Diaspora in den Niederlanden, die Einflussnahme nimmt zum Teil sogar die Form von Indoktrinierung und Einschüchterung an.

Die meisten Menschen wollen aktiv an der Gesellschaft teilhaben und kommen gerade wegen unserer freien und offenen Gesellschaft in die Niederlande. Daher erwarten wir auch, dass jeder Neuankömmling die Werte unserer demokratischen Gesellschaft akzeptiert – darunter die Religionsfreiheit, die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Akzeptanz von Personen aus der LSBTIQ+-Community. Wir respektieren die Eigenheiten und Hintergründe anderer Menschen. Wer aktiv in den Niederlanden teilhaben will, dem stehen alle Möglichkeiten offen. Wer gegen die Regeln verstößt, gegen den wird entschlossen vorgegangen. Das haben wir vor:

### **Freiheit schützen und stärken**

Von internationalen Studierenden bis hin zu Enkelkindern in Einwandererfamilien – viele sehen sich ungewollt ausländischer Einflussnahme ausgesetzt, die unsere offene Gesellschaft unterminiert. Leider gibt es auch Personen und Gemeinschaften, die von sich aus unsere Lebensart ablehnen. Das haben wir vor:

- Wir richten eine Meldestelle für ausländische Einflussnahme ein, die dem Ministerium für Justiz und Sicherheit untersteht. Hier können Diasporagemeinschaften und internationale Studierende – gegebenenfalls anonym – transnationale Repressionen melden. Basierend auf diesen Meldungen entwickeln wir ein effektives Konzept, und die Meldenden werden bestmöglich an Rechtsdurchsetzungsinstanzen und/oder Stellen mit entsprechenden Hilfsangeboten weiterverwiesen.
- Bestimmte religiöse Einrichtungen werden von unfreien Staaten dazu missbraucht, unsere Freiheiten zu untergraben. Daher verlangen wir von diesen Einrichtungen Transparenz bezüglich ihrer Finanzierung. Dabei gehen wir möglichst umfassend gegen die ausländische Finanzierung unter anderem von Moscheen vor.
- Bereits seit Jahren herrscht große Besorgnis im Hinblick auf Länder mit Regierungen, die für Unfreiheit stehen und mit einer Diasporastrategie eine Agenda verfolgen, die unseren demokratischen Rechtsstaat untergräbt und Integration behindert. Wenn für diese Strategie Wochenend- und Abendschulen eingesetzt werden, müssen wir eingreifen können. Zu diesem Zweck entwickeln wir Rechtsvorschriften, mit denen es unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, diese Orte gezielt unter Aufsicht zu stellen.
- Wir unterstützen die Initiative des Europäischen Parlaments, islamische Hassprediger auf eine schwarze Liste zu setzen und Einreiseverbote gegen sie zu verhängen. Im Vorgriff hierauf erstellen wir eine nationale Liste.

- Den vom Ministerium für Soziales und Arbeit koordinierten interreligiösen Dialog führen wir fort. Gemeinsame Initiativen unter anderem der christlichen, jüdischen und islamischen Gemeinschaft werden von uns begrüßt und gegebenenfalls verstärkt. Für Organisationen, die der Integration entgegenwirken, ist kein Platz in diesem Dialog.
- Wir gehen gegen Ehrenmorde, Genitalverstümmelung und Zwangsehen vor und führen die Möglichkeit eines gerichtlichen Ausreiseverbots ein, wenn im Ausland das Risiko der Genitalverstümmelung besteht. Es wird ein Strafverschärfungsgrund für Straftaten wie die Begehung ehrbezogener Gewalt (oder der Beteiligung daran) eingeführt.
- Das Teilverbot für gesichtsbedeckende Kleidung bleibt bestehen und wird aktiver durchgesetzt, indem schneller Bußgelder verhängt werden.

### **Teilhabe wird zur Norm**

Unser Ziel ist es, dass alle, auch Neuzuwanderer, aktiv an der Gesellschaft teilhaben und ihren Beitrag leisten. Das bedeutet, so schnell wie möglich mit Sprachkursen und Arbeit oder Schule zu beginnen. Das haben wir vor:

- Asylbewerber, deren Antrag auf einen Aufenthaltstitel gute Chancen auf Erfolg hat, erhalten nach drei Monaten im Asylverfahren das Recht zu arbeiten. Wir beseitigen den Verwaltungsaufwand, indem wir eine Alternative für die Beschäftigungserlaubnis einführen. Von Anfang an gibt es Hilfs- und Arbeitsvermittlungsangebote, damit diese Asylbewerber sich schneller integrieren und einen finanziellen Beitrag im Zusammenhang mit ihrer Aufnahme leisten können. Asylbewerber, deren Antrag geringe Aussicht auf Erfolg hat, erhalten nicht das Recht zu arbeiten.
- Sprachkenntnisse sind von entscheidender Bedeutung. Asylbewerber, deren Antrag gute Chancen auf Erfolg hat, erhalten bereits zu Beginn des Asylverfahrens einen Sprachkurs.
- In allen größeren Aufnahmezentren wird ein Teilhabe-Schalter eingerichtet. Dort werden Menschen in Asylverfahren mit Angeboten für Sprachkurse, ehrenamtliche Tätigkeiten oder bezahlte Arbeit unterstützt.
- Ukrainische Flüchtlinge in den Niederlanden fallen bis 2027 unter die Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes. Ab 2027 schaffen wir für sie im Einklang mit der eingeschlagenen Politik einen vorübergehenden Aufenthaltstitel. Damit erhalten sie Sicherheit und können selbst einen Beitrag leisten.
- Im Zuge der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verlieren Niederländer im Ausland ihre Staatsangehörigkeit nicht schneller, als dies in unseren Nachbarländern Deutschland, Belgien, Frankreich und Vereinigtes Königreich der Fall ist. Für Neuzuwanderer, die die niederländische Staatsangehörigkeit annehmen möchten, gilt der Grundsatz, dass sie ihre andere Staatsangehörigkeit aufgeben.
- Wir weiten die Pilotprojekte mit Einstiegsjobs für Flüchtlinge in verschiedenen Gemeinden aus. Asylberechtigte erhalten unmittelbar einen Einstiegsjob als Sprungbrett für reguläre Beschäftigung, der mit einem Sprachkurs zu kombinieren ist. Wir prüfen die Möglichkeiten, über die Sozialleistung einen Anreiz zu schaffen, diesen Einstiegsjob so rasch wie möglich zu akzeptieren. Wir sorgen dafür, dass das Partizipationsgesetz und das Integrationsgesetz besser aufeinander abgestimmt werden, damit Teilnehmer an Integrationsmaßnahmen auch dazu angespornt werden, einer Beschäftigung nachzugehen.
- Alle Frauen verdienen wirtschaftliche Selbständigkeit. Aus diesem Grund werden nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen aus Asylberechtigtenfamilien aufgefordert, sich zu bewerben, wenn die Familie Sozialleistungen bezieht. Wir prüfen, ob bei einer Verweigerung eine Leistungskürzung möglich ist.
- Asylberechtigte können ihre (berufliche) Ausbildung in den Niederlanden häufig nicht ohne weiteres anerkennen lassen. Wir setzen verstärkt auf »Erfahrungszertifikate«, um zu gewährleisten, dass Asylberechtigte auf einem ihren Fähigkeiten angemessenen Niveau arbeiten können.

- Der unbefristete Aufenthaltstitel wird im Rahmen des europäischen Migrationspakts aufgehoben, wodurch der Erwerb der niederländischen Staatsangehörigkeit auf der Grundlage dieses Aufenthaltstitels nicht mehr möglich ist. Aus diesem Grund ermöglichen wir die Einbürgerung auf der Grundlage eines befristeten Aufenthaltstitels, verschärfen allerdings die Anforderungen dafür. Wer zwei Mal einen befristeten Aufenthaltstitel erhalten hat und Sprachkenntnisse auf B1-Niveau nachweisen kann, kann nach 6 Jahren die niederländische Staatsangehörigkeit erwerben. Für Personen, denen es unmöglich ist, die entsprechenden Sprachkenntnisse nachzuweisen, gilt eine Härteklausele.

# Die Niederlande im Arbeitsmodus

## Arbeit und soziale Sicherheit

Arbeit bildet für die meisten Niederländer die Grundlage für ihr Einkommen, ihre persönliche Entwicklung, ihre sozialen Kontakte und ihre Sinnggebung. Sie ist das Fundament von Familien, Gemeinschaften und unserer Wirtschaft. Uns ist wichtig, dass sich Arbeit mehr lohnt und Perspektiven bietet: auskömmliche Löhne, Absicherung bei Rückschlägen und Schritt halten können in einem wirtschaftlichen Umfeld und auf einem Arbeitsmarkt, die permanent im Wandel begriffen sind. Wir haben die Kaufkraft der Menschen im Blick. Wer nicht in der Lage ist zu arbeiten, muss sich auf ein gutes soziales Netz verlassen können. Das kennzeichnet eine Gesellschaft mit einer starken Mittelschicht, in der jeder Einzelne einen möglichst großen Beitrag leistet und dafür belohnt wird, bei Problemen aber auch Hilfe erhält – schließlich kann jeder einmal in Schwierigkeiten geraten.

Die Wirtschaft befindet sich, nicht zuletzt durch das Aufkommen von KI und anderer technologischer Neuerungen, in einem rasanten Wandlungsprozess, und das zieht auch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich. Dies führt wiederum zu Verunsicherung bei den Menschen, wenn es um ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen geht. Gleichzeitig herrscht großer Arbeitskräftemangel, wodurch Positionen an entscheidenden Schnittstellen unbesetzt bleiben. Zu oft kommen Talente nicht dort zum Einsatz, wo sie am meisten bewirken könnten. Wir brauchen mehr Flexibilität, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern und den Menschen Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit bieten zu können. Hinzu kommt, dass die niederländische Gesellschaft altert und die Zahl der Erwerbsunfähigen zunimmt. Hierdurch gerät unser wertvolles Sozialversicherungssystem unter Druck.

### **Zeit für Entscheidungen**

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die kurzfristig erforderlich sind, aber auch mittelfristige Entscheidungen, damit wichtige Reformen umgesetzt werden können. Tatkräftiges Handeln und die Verwirklichung ehrgeiziger Ziele sind auf gesellschaftlichen Rückhalt und Kooperation angewiesen. In den Niederlanden arbeiten Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat stets zusammen, und in schwierigen Zeiten treffen sie mutige Entscheidungen. Wir finden gemeinsam Lösungen, die für den künftigen Wohlstand erforderlich sind. Diese Zusammenarbeit setzen wir gerne fort. Die strukturellen Herausforderungen, die der demographische Wandel, der Arbeitskräftemangel und der wachsende Druck auf die Sozialversicherungssysteme mit sich bringen, erfordern ambitionierte Entscheidungen, die einen Beitrag zu Wirtschaftswachstum und finanzieller Tragfähigkeit leisten. Es ist wichtig, dass wir einen zukunftsfesten und anpassungsfähigen Arbeitsmarkt schaffen, gerade auch mit Blick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen. In diesem Kontext sind der Wennink- und der Draghi-Bericht wichtige Inspirationsquellen.

Wir laden die Sozialpartner ein, gemeinsam mit uns eine ehrgeizige Kooperationsagenda zu formulieren, die mittel- und langfristige strukturelle Lösungen vorsieht. Solcher Lösungen bedarf es in verschiedenen Bereichen, allerdings ist uns auch bewusst, dass dies Zeit kostet. Das gilt aber nicht für alle Themenbereiche. Darüber hinaus sind viele der Entscheidungen so dringend nötig, dass sie nicht aufgeschoben werden können. Deshalb legen wir zusätzlich eine Arbeitsagenda für kurzfristige konkrete und dringliche Maßnahmen vor.

Im Lichte ihres Strebens nach einer gemeinsamen sozialen Agenda liegt der Regierung viel an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Wir wollen mit ihnen Gespräche über die Ausgestaltung und Konkretisierung der Arbeitsagenda führen, insbesondere über die Maßnahmen – innerhalb der finanziellen Rahmenbedingungen – in den Bereichen Arbeitslosenunterstützung, Übergangsentlassungsentschädigung, Begleitung in ein Anschlussarbeitsverhältnis (Job-zu-Job-Prozess/VWNW), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Arbeit und Einkommen nach Arbeitsfähigkeit (WIA).

In diesen Dreiergesprächen arbeitet die Regierung, vertreten durch den Minister für Soziales und Arbeit und den Minister für Wirtschaft, gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften an konkreten Zielen für einen besser funktionierenden Arbeitsmarkt und ein besseres Einkommens- und Beschäftigungssystem. Dabei ist Eile geboten, denn wir wollen schnell konkrete und praktische Lösungen für Probleme finden, die keinen Aufschub dulden. Das kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten sich ernstlich anstrengen.

Dabei werden wir nahezu vollständig die Empfehlungen übernehmen, die der Wirtschafts- und Sozialrat (SER) an die Teilnehmer der Dreiergespräche gerichtet hat:

1. Abschluss der Maßnahmen aus dem Arbeitsmarktpaket, das auf der Grundlage der Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrats für 2021–2025 geschnürt worden war
2. Umsetzung des Rentenpakts und der Vereinbarung »Gesund in die Rente«
3. Verbesserung der Position ausländischer Arbeitskräfte und Verringerung der Nachfrage nach Arbeit im Niedriglohnbereich
4. Erhöhung der Arbeitsproduktivität

### **Mehr Handlungsspielraum auf dem Arbeitsmarkt**

#### *Kurzfristige Arbeitsagenda*

- Die Dauer und Höhe der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall empfinden die Arbeitgeber als große Belastung. Aus diesem Grund scheuen Kleinunternehmer davor zurück, Personal fest anzustellen – sehr zum Nachteil von Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden; hiervon betroffen sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Zugleich beobachten wir, dass die Lohnfortzahlung im zweiten Jahr ein effektiver Anreiz für eine Wiedereingliederung beim eigenen Arbeitgeber ist. Die Regierung wird Vorschläge erarbeiten, damit die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeitgeber, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, besser zu handhaben ist.
- Zwecks Verringerung des Verwaltungsaufwands ergreifen wir verschiedene Maßnahmen: Streichung von (bürokratischen) Belastungen (z. B. bestimmte Berichterstattungspflichten) durch das Gesetz zur Verbesserung der Wiedereingliederung, Beseitigung von Ungewissheiten über Sanktionen, Verdeutlichung der Verpflichtungen und Zulassung von mehr individuellen Lösungen und Kontaktmöglichkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ziel dieser Maßnahmen ist es unter anderem, eine schnelle Wiedereingliederung zu fördern und Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsprechende Anreize zu bieten.
- Tarifverträge sind und bleiben eine wichtige Säule, wenn es um die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen geht. Deshalb ist es uns ein Anliegen, den Rückhalt für Tarifverträge zu vergrößern und das Instrument als solches zu modernisieren. Im Rahmen des umfassenden Ansatzes zur Verringerung der Regulierungsdichte besprechen wir mit den Sozialpartnern, wie sich unnötiger Regulierungsdruck innerhalb der Tarifverträge verringern lässt. Außerdem werden wir prüfen, in welchen Fällen die Möglichkeit der Ausnahme von der Tarifbindung in neuen innovativen Branchen zu Problemen führen kann und wie Nichtgewerkschaftsmitglieder umfassender einbezogen werden können, wobei es gilt, einen Wettbewerb bei den Beschäftigungsbedingungen zu verhindern. Als Ausgangspunkt dienen dabei die Empfehlungen der Stiftung der Arbeit zu Tarifverträgen.
- Bedauerlicherweise kommt es in den Niederlanden noch zu oft zu Diskriminierung am Arbeitsmarkt. Dagegen werden wir aktiv vorgehen. Die Arbeitgeber fordern wir auf, ihrer Verantwortung für die Beendigung der Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Personalbeschaffung gerecht zu werden. Die Regierung wird dieses Thema möglichst schnell mit dem Abgeordnetenhaus erörtern.

- Wir legen ein dreijähriges Pilotprojekt für ein Programm auf, das darauf abzielt, unter strengen Voraussetzungen aktiv und gezielt qualifizierte Arbeitskräfte in die Niederlande zu holen, deren Einsatz in vorab klar definierten Branchen einen Mehrwert bietet. Zu diesen strengen Voraussetzungen zählen Vorgaben zu Einkommen und Unterbringung wie auch eine Höchstbeschäftigungsdauer von drei Jahren. Für dieses Pilotprojekt kommen in jedem Fall Arbeitnehmer aus EU-Beitrittskandidaten in Frage.
- Es ist unser Ziel, die Produktivität in wichtigen Branchen – bei Marktführern wie bei kleinen und mittleren Unternehmen – zu erhöhen. Wir kümmern uns auch um Branchen, in denen die Produktivität derzeit gering ist. Im Zuge von öffentlich-privaten Partnerschaften unterstützen wir Unternehmen bei der Digitalisierung, Automatisierung und der intelligenteren Organisation der Arbeit. Wir setzen den mit der Produktivitätsagenda eingeschlagenen Weg fort.

### *Selbständige*

- Die Gruppe der Selbständigen wird immer größer – eine Entwicklung des modernen Arbeitsmarkts, in dem der Wunsch nach Autonomie zunimmt. Dieser Gruppe wollen wir die Handlungsfreiheit und Klarheit bieten, die sie verdient hat. Deshalb führen wir schnellstmöglich das Selbständigengesetz ein. Die Einführung erfolgt in mehreren Phasen, um so gleichzeitig unseren europäischen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir beginnen mit der Einführung der Rechtsvermutung des Vorliegens eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses nach dem Entwurf des einschlägigen Gesetzes (Vbar) mitsamt der branchenspezifischen Rechtsvermutungen sowie der Kommission zur Beurteilung des Selbständigenstatus nach dem Selbständigengesetz. Anschließend bringt die Regierung so schnell wie möglich die übrigen Teile des Selbständigengesetzes ein.
- Im Einklang mit den Vereinbarungen im Rentenpakt setzen wir die Beratung des Gesetzes über die Erwerbsunfähigkeitsversicherung von Selbständigen fort, das die Möglichkeit vorsieht, sich privat zu versichern (Opt-out).
- Wir möchten Anreize für Beschäftigte in (halb-)öffentlichen Branchen wie dem Gesundheits- und dem Bildungswesen schaffen, damit sie ihre Arbeitsstelle nicht aufgeben. Deshalb fördern wir die gute Arbeitgeberpraxis unter anderem mit Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Innovationen. Dabei dienen uns die einschlägigen Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrats als Ausgangspunkt.

### *Begleitung in ein Anschlussarbeitsverhältnis (Job-zu-Job-Prozess/VWNW) in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt*

- In einem sich rasch wandelnden Arbeitsmarkt muss es leichter werden, ein Anschlussarbeitsverhältnis zu finden; Arbeitnehmer dürfen nicht zurückbleiben, und Arbeitgeber brauchen mehr Flexibilität. Auf diese Weise ermöglichen wir es, im Rahmen des Grundsatzes, dass Entlassungen gleichmäßig über die verschiedenen Altersgruppen in der Belegschaft verteilt werden müssen, die persönlichen Umstände stärker zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang appellieren wir auch an die Arbeitgeber, ihre Wettbewerbsverbotsklauseln zu modernisieren, damit Arbeitnehmer mehr Spielraum bekommen.
- Der Arbeitsmarkt unterscheidet sich von Region zu Region; deshalb verfolgen wir weiterhin einen Ansatz auf der Basis von Arbeitsmarktregionen und Arbeitsinformationszentren, bei dem unter anderem Gemeinden, die Trägeranstalt für Arbeitnehmersicherungen (UWV) und die Sozialpartner zusammenarbeiten, um Dienstleistungen und Lösungen bieten zu können, die auf den lokalen Arbeitsmarkt und die Einwohner der betreffenden Region abgestimmt sind.

- Wir investieren in lebenslanges Lernen. So sorgen wir dafür, dass sich Arbeitnehmer in einer sich rasch wandelnden Wirtschaft behaupten können. Kurzfristig schaffen wir hierzu eine neue Regelung, die gezielte Maßnahmen beispielsweise für Branchen mit Personalmangel und vielversprechende Berufe (etwa auf der Grundlage von Erkenntnissen der UWV) ermöglicht. Darüber hinaus erarbeiten wir ein System individueller Lernansprüche. Wir sorgen dafür, dass diejenigen, denen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen am meisten nützen, zum Beispiel Auszubildende und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen, diese auch am meisten in Anspruch nehmen können.
- Wir reformieren die bestehende Regelung zur Übergangsentlassungsentschädigung, damit sie ihren ursprünglichen Zweck erfüllt, nämlich als finanzielle Überbrückung, bis eine neue Stelle gefunden ist. Deshalb wird die Entschädigung zumindest in puncto Verwendbarkeit an die (neue) Lebenslanges-Lernen-Infrastruktur gekoppelt. Für Arbeitgeber, die frühzeitig und hinreichend in Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen investiert haben oder sich mit ganzer Kraft für die Einhaltung der gesetzlichen Wiedereingliederungsverpflichtungen einsetzen, gelten weniger bzw. keine Verpflichtungen in Bezug auf die neue Entschädigungsregelung. Wir erwarten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dass auch sie ihren Beitrag leisten, etwa indem sie die Mittel aus den Ausbildungs- und Entwicklungsfonds umfassender und flexibler einsetzen. Die Erstattung der Übergangsentlassungsentschädigung nach zwei Jahren Krankheit gilt künftig nicht mehr für alle Arbeitgeber.
- In diesem Kontext gestalten wir auch das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung dahingehend um, dass es aktivierender wirkt und besser zum neuen System des lebenslangen Lernens und des Job-zu-Job-Prozesses passt. Das Arbeitslosengeld wird deshalb in der ersten Phase der Arbeitslosigkeit erhöht und auf ein Jahr begrenzt. Das bietet den Betroffenen bei der Suche nach einer neuen Stelle mehr finanzielle Sicherheit und Ruhe. Im Gegenzug werden die Anforderungen im Hinblick auf den Aufbau und die Inanspruchnahme von Rechten etwas verschärft.
- Das System zur Absicherung bei Erwerbsunfähigkeit ist nahezu undurchführbar geworden, wodurch vielen Betroffenen nicht mehr (angemessen und rechtzeitig) geholfen werden kann. Das werden wir ändern. Dabei unterscheiden wir zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen. Zunächst einmal setzen wir die einschlägigen Expertenempfehlungen im Hinblick auf die Durchführbarkeit und die Menschlichkeit des Systems um. In diesem Zusammenhang investieren wir in eine Neuordnung der Aufgaben, strengere Kontrollen der Präventionsvorschriften durch das Gewerbeaufsichtsamt, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Versicherungs- und Betriebsärzten sowie in bedarfsgerechte Wiedereingliederungsmaßnahmen; außerdem verschärfen wir die Voraussetzungen für eine Neubegutachtung nach dem Gesetz über Arbeit und Einkommen nach Arbeitsfähigkeit (WIA). Darüber hinaus setzen wir die Empfehlung um, die Regelung für Leistungen bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit (IVA) für neue Fälle abzuschaffen, damit das WIA-Gesetz nicht schon bald undurchführbar wird. Auch das Erwerbsunfähigkeitssystem wollen wir aktivierender gestalten, wo sich dies auf vertretbare Weise verwirklichen lässt.

#### *Mittelfristige Kooperationsagenda*

Ergänzend zu den kurzfristigen Maßnahmen wollen wir den Arbeitsmarkt gemeinsam mit den Sozialpartnern mittelfristig neu gestalten. Das haben wir vor:

- Wir wollen Arbeitsplatzsicherheit für Erwerbstätige und Flexibilität für Unternehmer. Wir untersuchen, wo die Flexibilität derzeit zu weit geht und wo Festanstellungen ein Hindernis darstellen, und wir werden dort Reformen durchführen, wo dies nötig ist. Eine wichtige Rahmenbedingung ist in diesem Zusammenhang, dass Arbeitgeber, insbesondere im Bereich KMU und Start-ups, mehr Handlungsspielraum bekommen, um sich auf wirtschaftliche Entwicklungen einstellen zu können.

- Beschäftigte und Arbeitssuchende unterstützen wir mit einem Arbeitsmarktpaket, das es attraktiv macht, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsplatzsicherheit zu fördern, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen und in Zukunftsbranchen.
- Wir arbeiten gemeinsam an einem Sozialversicherungssystem, das für die Menschen verständlich und zuverlässig und für die Träger praktikabel und robust ist. Deshalb wollen wir die Regelungen zum Krankengeld und zur Arbeitsunfähigkeit grundlegend neu gestalten. Wir wollen ein System realisieren, bei dem der Fokus primär auf einer guten und schnellen Eingliederung in den Arbeitsprozess liegt. Ausgangspunkt ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Investition in Wiedereingliederungsmaßnahmen lohnen muss und dass wir allen, die nicht am Arbeitsprozess teilhaben können, ein sicheres und effektives soziales Netz bieten. Die Wiedereingliederung beginnt bereits während der ersten Krankheitsphase. Außerdem bedarf es besserer Angebote und einer besseren Einbeziehung der Arbeitsinformationszentren.
- Gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern wollen wir über Präventionsmaßnahmen gesundes Arbeiten fördern und die Zahl der Bezieher von Arbeitsunfähigkeitsleistungen verringern. Hindernisse, die dem Arbeiten oder Hinzuverdienen im Wege stehen, werden abgebaut, beispielsweise durch die Schaffung der Möglichkeit, den Bezug von Arbeitsunfähigkeitsleistungen nach einer Unterbrechung gegebenenfalls wiederaufzunehmen. Dieses neue System soll auch für Arbeitgeber attraktiver sein.
- Darüber hinaus wollen wir den Job-to-Job-Prozess fördern. Dieser Prozess wird das wichtigste Instrument für alle, denen gekündigt wurde oder eine Kündigung droht, denen ihre Arbeit zu schwer wird oder die sich neu orientieren möchten.
- Die Menschen werden bei immer besserer Gesundheit immer älter. Das ist eine positive Entwicklung, die aber auch vernünftige Entscheidungen mit Blick auf die Lebensarbeitszeit und die Art der Arbeit erfordert. In diesem Zusammenhang koppeln wir das Renteneintrittsalter ab dem 1. Januar 2033 direkt an die Zunahme der Lebenserwartung, um so die gesetzliche Altersrente (AOW) auch in Zukunft finanzieren zu können. Natürlich sind wir uns bewusst, dass es schwere Berufe gibt, in denen diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht möglich ist. Und schließlich verringern wir in den kommenden sechs Jahren die steuerfinanzierte Unterstützung von Zusatzrenten für die höchsten Einkommen. Auf diese Weise fordern wir von allen einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems ein.

### **Eine gute Work-Life-Balance**

- Am Vorhaben der Einführung einer nahezu kostenlosen Kinderbetreuung für erwerbstätige Eltern halten wir unverändert fest. Mit der Abschaffung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungszuschusses beseitigen wir die größte finanzielle Unsicherheit für erwerbstätige Eltern.
- Zugleich muss es sich auch lohnen, mehr Stunden zu arbeiten. Um dies zu realisieren, prüfen wir unkonventionelle Maßnahmen, darunter die Lockerung der Bestimmungen des Gesetzes über die Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeitarbeitnehmern (Vollzeitbonus), die Anwendung eines stundenbasierten Arbeitnehmerfreibetrags und einen »Mehrstundenvorteil«.
- Es muss leichter werden, eine Erwerbstätigkeit mit Familienpflichten und Pflege- und Betreuungsaufgaben zu kombinieren. Wir vereinfachen das System der Urlaubsregelungen im Einklang mit dem Gutachten »Ein bedarfsorientiertes Urlaubssystem« des Wirtschafts- und Sozialrats (SER).

### **Mehr Unterstützung für Familien mit Kindern**

- Wir wollen Familien unterstützen und ihnen mehr Sicherheit geben. Deshalb wollen wir die Vielzahl an Regelungen und das Risiko verringern, dass Rückforderungen fällig werden könnten. Den Anfang machen wir, indem wir das Kindergeld und die kinderbezogene Beihilfe zu *einer* Kinderregelung mit einem höheren festen und einem niedrigeren variablen Betrag zusammenlegen. Das schafft mehr Sicherheit. Die Durchführung der neuen Regelung wird einer einzigen Stelle übertragen, das macht das System einfacher. Die Eltern brauchen lediglich einen Antrag zu stellen, und die Beträge werden monatlich zusammen überwiesen.

### **Ein gutes Einkommen**

- Um das Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem zukunftsfest zu machen, sind Reformen erforderlich, die nicht immer für jeden Einzelnen unmittelbar eine spürbare Verbesserung mit sich bringen. Uns ist wichtig, dass niemandem mehr abverlangt wird, als er tragen kann. Deshalb setzen wir uns das ehrgeizige Ziel, möglichst viele Menschen aus der Armut zu befreien bzw. zu verhindern, dass sie in Armut geraten. Während die Zahl der Menschen in Armut einen historisch niedrigen Stand erreicht hat, nimmt die Intensität der Armut zu. Das gibt Anlass zur Sorge. Deshalb werden wir mit gezielten Maßnahmen dieser benachteiligten Gruppe helfen, die zu einem Großteil aus Menschen besteht, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind. Wir investieren in Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und zur Prävention und Bewältigung von Verschuldung. Darüber hinaus kommen wir chronisch Kranken bei ihren Krankheitskosten entgegen.
- Unser Ziel ist es, dass mehr Bezieher von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz den Weg in eine Beschäftigung finden, nicht zuletzt angesichts des derzeitigen Arbeitskräftemangels. Im Gegenzug werden wir die kleine Gruppe, die wirklich nicht in der Lage ist, einer Arbeit nachzugehen, nicht mehr permanent auffordern, sich eine Beschäftigung zu suchen. Wir werden das Arbeitsförderungsgesetz reformieren, wobei unser besonderes Augenmerk einer sehr intensiven Betreuung, der Investition in Gemeinschaften und einer guten Zusammenarbeit mit (sozialen) Arbeitgebern gilt. Wir setzen den eingeschlagenen Weg fort, der einerseits stärker auf Vertrauen setzt, andererseits aber mit einer effektiven Durchsetzung der einschlägigen Pflichten, etwa Sprachkurse, und einer strengen Betrugsbekämpfung einhergeht. Dabei orientieren wir uns an nachweislich erfolgreichen Modellen wie etwa in Rotterdam.
- Wir wollen die finanzielle Resilienz fördern. Um Leistungsbeziehern mehr finanzielle Planungssicherheit zu bieten, sorgen wir dafür, dass alle staatlichen Leistungen an einem bestimmten Tag des Monats ausgezahlt werden. Außerdem wollen wir gemeinsam mit Einrichtungen wie Banken, Krankenkassen und Energieunternehmen den Kunden die Möglichkeit bieten, ein festes Datum für den Einzug aller monatlichen Fixkosten festzulegen. In Abstimmung mit Gemeinden arbeiten wir daran, die ergänzenden kommunalen Transferleistungen zu vereinfachen und ein einheitliches Mindestniveau festzulegen, damit unabhängig vom Wohnort alle ein finanzielles Auskommen haben. So wird das Leistungsangebot übersichtlicher und die Beantragung einfacher. Parallel hierzu werden auch die kommunalen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Schulden und zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt stärker vereinheitlicht.

## Gute Bildung und Wissenschaft

Bildung ist die Grundlage für ein Leben in Freiheit und Verbundenheit. Kinder und Jugendliche erlernen in der Schule Fähigkeiten, die ihr Selbstvertrauen fördern und ihre Chancen auf vollwertige Teilhabe an der Gesellschaft verbessern. Darüber hinaus ist gute Bildung notwendig, um unseren Wohlstand zu wahren und unsere Wertschöpfungsfähigkeit zu verbessern.

Es muss sich etwas ändern. Kinder lernen heute immer weniger gut lesen, schreiben und rechnen. In internationalen (PISA-)Vergleichen liegen die Niederlande zurück. Das geht auf Kosten der Talente und Chancen unserer Kinder und hat damit auch Auswirkungen auf die Wirtschaft der Zukunft und den Arbeitsmarkt, der händeringend nach Personal sucht. Es mangelt uns schon heute an Fachkräften, die Häuser bauen, Solaranlagen installieren oder Pflegeberufe ausüben. Unsere Universitäten verlieren im internationalen Vergleich an Boden, obwohl sie eine entscheidende Rolle im Hinblick auf Innovationsökosysteme und die Entstehung von Start-ups und Scale-ups spielen.

Wir wollen, dass das Bildungswesen mit einem guten Unterrichtsangebot einen Beitrag zu einer starken Wirtschaft und Gesellschaft leistet. Denn Schulen sind mehr als Bildungsstätten – sie sind Gemeinschaften und fungieren als Ankerpunkte in ihrem Einzugsgebiet. Tag für Tag gehen unzählige Lehrkräfte, pädagogische Assistenten und andere Beschäftigte in den Bildungseinrichtungen mit Leidenschaft ihrer Arbeit nach. Aber gerade sie geben zu häufig ihre Stelle auf, weil sie nicht genügend professionelle Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten für sich sehen. Insbesondere die Hauptschulen bedürfen unserer Aufmerksamkeit, weil hier der Lehrermangel und die Sprachdefizite am größten sind, während diese Jungen und Mädchen später in den unter Arbeitskräftemangel leidenden Branchen dringend gebraucht werden. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass die weiterführenden Schulen sowie Wissenschaft und Forschung die von ihnen erwarteten Leistungen erbringen, damit wir uns als Land auch in Zukunft im internationalen Vergleich behaupten können. Dabei geht es nicht nur um Innovationen, sondern gerade auch um die Gewinnung neuer Erkenntnisse durch Grundlagenforschung, die Anwerbung und Bindung von (internationalen) Toptalenten und die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Entstehung erfolgreicher Unternehmen.

### **Qualität im Klassenzimmer: in Lehrkräfte und Grundfertigkeiten investieren**

Qualität beginnt beim Lehrpersonal. Die Regierung muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und mehr Regie übernehmen, für eine bessere Qualität sorgen und sicherstellen, dass unsere Kinder von den allerbesten Lehrern unterrichtet werden. Das haben wir vor:

- Fokus auf Sprache und Rechnen. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass die Kinder gut lesen, schreiben und rechnen lernen. So sorgen wir dafür, dass sie gut vorbereitet in die Berufsausbildung starten, die sich dann auf die Vermittlung des Fachwissens konzentrieren kann und sich nicht mehr mit der Aufarbeitung von Rückständen befassen muss.
- Wir werden Bildungsrückstände frühzeitig bekämpfen. Wir investieren in bewährte ganzheitliche Schulkonzepte und stellen den Kommunen Mittel zur Bekämpfung von Bildungsrückständen durch vor- und fröhschulische Erziehung zur Verfügung. Außerdem wollen wir den Beginn der Schulpflicht von 5 auf 4 Jahre senken.
- Wir investieren strukturell in die Fachkompetenz des Lehrpersonals. Lehrkräfte erhalten deutlich mehr Zeit für die berufliche Fortbildung und für den Einsatz nachweislich effektiver Konzepte zur nachhaltigen Verbesserung der Grundfertigkeiten, verbunden mit klaren Zielen für die Lernleistungen. Der Berufsstand muss mittelfristig für eine obligatorische ständige berufliche Weiterbildung sorgen, damit die Qualität des Bildungswesens dauerhaft gestärkt wird und die dafür vorgesehenen Mittel auch genutzt werden.

- Wir machen den Beruf des Lehrers und Schulleiters zukunftsfest. Wir stärken die Rolle des Schulleiters als pädagogischer Leiter mit klaren Kompetenzanforderungen, verbessern die Aufstiegs-, Entwicklungs- und Spezialisierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und sorgen dafür, dass Fachwissen belohnt wird, damit die besten Lehrkräfte für das Bildungswesen erhalten bleiben. Dadurch werden sich auch mehr akademisch ausgebildete Lehrkräfte für den Grundschulbereich entscheiden.
- Wir sorgen dafür, dass die Mittel für Investitionen in das Bildungswesen effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden. Das Lehrpersonal muss zu viel Zeit für bürokratische Tätigkeiten aufwenden. Die Schulaufsichtsbehörde wird jede Schule mindestens einmal alle vier Jahre besuchen und dabei auch ausdrücklich den Bürokratieaufwand ins Visier nehmen. Um die Regulierungsdichte strukturell zu verringern, orientieren wir uns am Beispiel des »Planungslastrechners« der flämischen Schulaufsichtsbehörde. Gleichzeitig bieten wir dem Bildungswesen durch eine strukturelle Pauschalfinanzierung Handlungsspielraum und Stabilität, und wir wandeln Zuschüsse in eine strukturelle Finanzierung um. Dies geht mit gezielter Finanzierung und Zweckbindung einher, um so die Qualität zu erhöhen.
- Wir werden auf der Grundlage von Plänen des Bildungssektors den Lehrermangel bekämpfen, indem wir es attraktiver machen, zu einem späteren Zeitpunkt im Berufsleben als Quereinsteiger in den Lehrerberuf zu wechseln. Wir fördern die Ausweitung der Wochenarbeitszeit und kürzere Ausbildungsgänge, führen ein Pilotprojekt zur Begrenzung der Klassengröße durch und dämmen die Beschäftigung von externem Personal ein.
- Manche Schüler wissen schon sehr früh, was sie werden wollen, während andere erst später ihre Talente entdecken. Darum sorgen wir für Wahlfreiheit, indem wir auf regionaler Ebene einen Mix von breitangelegten Orientierungsstufen und fachgebundenen Unterrichtsarten anbieten. Zu diesem Zweck reformieren wir das Zuschusssystem für die Orientierungsstufen, um flächendeckend ein ausreichendes Angebot zu garantieren.
- Wir erwarten viel von allen Beteiligten, von Schülern und Lehrkräften ebenso wie von Schulleitern und Beratern. Wer Einfluss auf den Schulunterricht hat, trägt Verantwortung. Deshalb gilt für Schulleiter weiterhin das vom Sektor entwickelte Berufsprofil. So wird Akkreditierung zur Norm. Nach dem Beispiel des Qualitätsrahmens für Lehrmittel wird ein Gütesiegel für Lehrmethoden auf dem Gebiet der Grundfertigkeiten eingeführt, unter anderem für die sprachbasierten Fächer. In Abstimmung mit der Branche legen wir Qualitätsrahmen für Bildungsberater fest, die auch für Selbständige gelten.
- Zusätzlich werden wir eine Staatskommission einrichten, die die unzureichenden Lernleistungen unserer Schüler in den Bereichen Sprachkenntnisse, Lesen, Schreiben und Rechnen untersucht und Empfehlungen für langfristige Lösungen vorlegt.
- Wir führen eine einheitliche solide Basis für die Lehrerausbildung ein. Lehrer und Wissenschaftler legen gemeinsam den Kern des landesweiten Lehrplans fest, wobei Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Für Lehrerausbildungen werden landesweit dieselben Prüfungsanforderungen gelten, damit alle in den Beruf startenden Lehrkräfte über dieselben soliden Grundlagen verfügen. Gemeinsam mit der Branche werden wir Maßnahmen ergreifen, um mehr Männer für den Lehrerberuf zu interessieren. In Abstimmung mit dem Bildungssektor setzen wir die Arbeit am Gesetzgebungsverfahren zur Differenzierung der Grundschullehrerausbildung und zur Umsetzung der Ergebnisse des Pilotprojekts fort mit dem Ziel, mehr Anmeldungen zu realisieren; gleichzeitig behalten wir die Einsetzbarkeit des Lehrpersonals im Blick.
- Unser Ziel ist es, jedem Kind geeigneten Unterricht zu bieten – so weit wie möglich im Regelunterricht und wenn nötig im Sonderunterricht. Wir konzentrieren uns verstärkt auf das, was Kinder für ihre Entwicklung brauchen, und gehen flexibler mit Kindern um, bei denen Schulabbruch droht. Wir setzen uns dafür ein, dass es in jeder Region genügend Angebote für hochbegabte Schüler gibt.

- Die in Artikel 23 der Verfassung verankerte Unterrichtsfreiheit bietet Eltern und Schülern die Möglichkeit, sich für eine Schule zu entscheiden, die zu ihren Überzeugungen passt. Diese Freiheit ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung.
- Die Unterrichtsfreiheit darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, die zentralen Werte unseres demokratischen Rechtsstaates auszuhöhlen. Persönliche Freiheit und die Gleichwertigkeit aller Menschen sind Gegenstand des gesellschaftlichen Bildungsauftrags der Schulen.
- Das Gesetz zur Erleichterung der Gründung neuer Schulen führt zu unvorhergesehenen Problemen und wird deshalb so schnell wie möglich überarbeitet.
- Mit dem Gesetz für freien und sicheren Unterricht sorgen wir für Sicherheit an allen Schulen. Wenn diese Sicherheit nicht gegeben ist, kann und wird die Aufsichtsbehörde eingreifen. Mobbing werden wir mit erwiesenermaßen effektiven Methoden bekämpfen. Wir sorgen für eine effektive Durchsetzung dieser Ziele.
- Wir werden Schulen bei der Renovierung und Verbesserung ihrer Gebäude stärker unterstützen. Dazu nutzen wir bestehende Möglichkeiten und Mittel wie das Wachstumsfondsprojekt, und wir prüfen die Möglichkeiten für öffentlich-private Kooperationen nach flämischem Vorbild.
- Wir fördern die bürgerschaftliche Kompetenz und gesellschaftliche Resilienz, indem wir das freiwillige soziale Praktikum für Jugendliche von 12 bis 30 Jahren, die keinen Militärdienst leisten, beibehalten.

### **Berufsbildender Unterricht als Rückgrat der regionalen Wirtschaft**

Die Berufsfach- und Fachhochschulen (»mbo« und »hbo«) sind das Fundament der regionalen Wirtschaft. Hier werden die Fachkräfte ausgebildet, auf die die Niederlande so dringend angewiesen sind. Deshalb sorgen wir für die Stabilität und Anerkennung, die der berufsbildende Unterricht verdient. Das haben wir vor:

- Wir sorgen für eine stabile und verlässliche Finanzierung der Berufsfach- und Fachhochschulen. Das stärkt die Bildungseinrichtungen und verringert ihre Abhängigkeit vom Zustrom von (internationalen) Schülern und Studenten.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem Bildungswesen und der Wirtschaft wird weiter verstärkt. Hierfür werden weiterhin Mittel aus dem Regionalen Investitionsfonds mbo bereitgestellt und sogar aufgestockt mit dem Ziel, Berufsausbildungen besser auf den Bedarf des Arbeitsmarkts abzustimmen. Wir erleichtern die Zusammenarbeit von Sekundarschulen, Berufsfachschulen und Unternehmen, indem wir Rechtsvorschriften modernisieren und vereinheitlichen.
- In den Berufsfachschulen (mbo) setzen wir qualifizierte Lehrkräfte für Sprach-, Rechen- und Gesellschaftskundeunterricht ein. Die Förderung für praxisorientiertes Lernen wird fortgesetzt, und wir unterstützen Unternehmen, die in eigene spezialisierte Ausbildungen investieren. Wir erhöhen die Attraktivität des berufsbegleitenden Ausbildungsgangs (BBL), indem wir für eine bessere Begleitung, mehr Einstiegszeitpunkte und flexiblere Möglichkeiten für den Wechsel zwischen berufsausbildendem (BOL) und berufsbegleitendem Ausbildungsgang sorgen. Außerdem werden wir mehr BOL-Auszubildende auch praktisch schulen.
- Wir wollen mehr praxisbezogene Forschung. Wir verstärken die Kooperation zwischen Berufsfachschulen, Fachhochschulen und Universitäten, damit Wissen schneller Anwendung findet. Wir setzen den Pakt »Ausbildung für den Arbeitsmarkt der Zukunft« fort.
- Eine Ausbildung an einer Berufsfachschule ist einem Fachhochschul- oder Universitätsstudium gleichwertig. Berufsfachschüler erhalten denselben Zugang zu Unterkunfts-, Sport-, Kultur- und sonstigen Angeboten und dieselben Möglichkeiten, beispielsweise für eine Tätigkeit in einem Vereinsorgan, wie Studierende. Praktikumsdiskriminierung wird aktiv bekämpft.

### **Wissenschaft und Forschung als Fundament für Fortschritt**

Unsere Fachhochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen sind ein entscheidendes Bindeglied in den Innovationsökosystemen. Um im internationalen Vergleich an der Spitze mithalten zu können, investieren wir gezielt in wissenschaftliche

Forschung, die auf die großen Herausforderungen unserer Zeit ausgerichtet ist, während wir zugleich die Zusammenarbeit fördern und Talenten gute Perspektiven bieten. Das haben wir vor:

- Strukturelle Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Wir investieren strukturell in die Wissenschaft und Forschung und bewegen uns in Richtung des Lissabon-Ziels für öffentliche und private Investitionen in Höhe von 3 % des BIP. Hierzu leistet der Staat auch durch Investitionen in Wissenschaft und Innovation einen größeren Beitrag.
- Wir entwickeln eine Talentstrategie, die gewährleistet, dass wir gezielt die richtigen Talente anwerben und in den Niederlanden halten. Auf diese Weise sorgen wir für genügend Fachkräfte in den Branchen, in denen die Herausforderungen am größten sind, und wir sichern uns die exzellenten Wissenschaftler, die wir für bahnbrechende Forschung und Innovationen brauchen.
- Universitäten und Fachhochschulen erhalten gezielt mehr Möglichkeiten, internationale Toptalente anzuwerben und eigene Talente an sich zu binden. Wir schaffen die Voraussetzungen für die Genehmigung neuer anderssprachiger Studiengänge ab; das derzeitige anderssprachige Angebot bleibt bestehen. Zwecks Kontrolle der Zahl internationaler Studierender treffen wir zugleich verbindliche Vereinbarungen mit Bildungseinrichtungen in Bezug auf die Kapazität anderssprachiger Studiengänge und die Aufnahmefähigkeit der Region, gegebenenfalls mit Hilfe eines Numerus fixus für englischsprachige Bachelor-Studiengänge. Mit dem Gesetz über eine ausgewogene Internationalisierung führen wir ergänzend zu diesen Vereinbarungen einen Numerus fixus für Studierende aus Nicht-EWR-Ländern und die Möglichkeit des Erlasses einer Ad-hoc-Begrenzung der Studentenzahl bei unerwartet vielen Anmeldungen ein.
- Fachhochschulen und Universitäten brauchen internationale Talente, um Wirtschafts- und Wissenscluster in der Region zu halten, insbesondere im Umfeld von Wissensökosystemen wie Brainport Eindhoven, Wageningen Foodvalley und Noviotechcampus in Nimwegen. Dafür erhalten sie den erforderlichen Handlungsspielraum.
- Wir stärken Technologieparks als Motoren für Start-ups und Scale-ups und die Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen, Forschung und Wirtschaft. Valorisierung wird gefördert, damit Wissen schneller in Form von neuen Unternehmen auf den Markt gelangt.
- Mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft kommt es zu Kooperationen zwischen den Universitäten. Wir investieren in Forschung und Innovation. Dabei fordern wir von den Universitäten aber mehr Zusammenarbeit und Spezialisierung und weniger Wettbewerb um Studentenzahlen. Im Zuge der regelmäßigen Neuakkreditierung von Fachhochschul- und Universitätsstudiengängen wird nachdrücklicher geprüft, inwieweit die Studiengänge auf den Bedarf des Arbeitsmarkts abgestimmt sind.
- Wissen muss sicher sein. Die Finanzierung von Forschung aus unfreien Staaten kann ein Risiko für unsere Wissenssicherheit sein. Kompetenzzentren, Nachrichtendienste und die Regierung werden zusammenarbeiten, um in den Niederlanden generiertes Wissen zu sichern. Wir werden ein Screeninggesetz zur Wissenssicherheit vorlegen, das bei Bedarf eine Hintergrundprüfung von Forschern und Doktoranden aus Nicht-EU-Ländern ermöglicht, die bei ihrer Arbeit auf unser Wissen zurückgreifen. Wir stimmen uns dabei mit wissensintensiven Unternehmen ab und berücksichtigen die internationale Praxis auf diesem Gebiet.

### **Eine gute Studienzeit für die Talente der Zukunft**

Alle Studierenden verdienen eine angenehme Studienzeit, die sie auf eine erfolgreiche Zukunft vorbereitet. Wir fördern Exzellenz und ermutigen Studenten, ihre Studienzeit möglichst sinnvoll zu nutzen. Von den Bildungsstätten erwarten wir, dass sie Qualität liefern und die Studenten herausfordern, sich optimal zu entwickeln. Eine wachsende Zahl von Auszubildenden sieht sich mit finanzieller Unsicherheit und Leistungsdruck konfrontiert; das hat Auswirkungen auf das mentale Wohlbefinden und führt zu einer

hohen Abbrecherquote in den Berufsfachschulen. Dadurch drohen wir Fachkräfte zu verlieren, obwohl der Arbeitskräftemangel hoch ist. Deshalb investieren wir in die finanzielle Sicherheit von Auszubildenden und widmen dem Thema mentales Wohlbefinden verstärkt Aufmerksamkeit. Das haben wir vor:

- Wir stärken die finanzielle Situation von Auszubildenden und Studierenden. Die Ausbildungsförderung für auswärts Wohnende wird erhöht, und der Zinssatz für das Förderdarlehen wird auf 2,5 % begrenzt. Darüber hinaus verbessern wir die finanzielle Situation von BBL-Auszubildenden.
- Im Rahmen der Talentstrategie werden wir in Bezug auf die Berufswahl stärker steuern, besser über die Jobaussichten informieren, auf eine stärkere Orientierung an der Nachfrage des Arbeitsmarkts hinwirken und die mbo-Ausbildung als dem Studium gleichwertige Berufsausbildung anerkennen.
- Wir investieren in das mentale Wohlbefinden und die Resilienz der Studierenden. Die Bildungseinrichtungen erhalten die Möglichkeit, Auszubildenden und Studierenden effektive Unterstützung zu bieten und Psychologen einzusetzen. Initiativen, die von Auszubildenden, Studierenden und Jugendlichen ausgehen, werden aktiv unterstützt. Wir gehen gegen die hohe Abbrecherquote in den Berufsfachschulen vor.
- Es wird eine gesetzliche Praktikumsvergütung eingeführt. Gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen untersuchen wir die Möglichkeit, einen Praktikumsfonds für Branchen mit Personalmangel einzurichten, und wir treffen Vereinbarungen über Jobgarantien.
- Arbeitgebern wird ermöglicht, ihre Arbeitnehmer über die Zuwendungsregelung bei der schnelleren Rückzahlung ihrer Ausbildungsförderung zu unterstützen.

## **Medien und Kultur**

Ohne freie Presse und freie Künste kann es keine freie Demokratie geben. Wir treten mit voller Überzeugung für unabhängigen Journalismus, Sicherheit von Journalisten und künstlerische Freiheit ein. Das haben wir vor:

- Wir erarbeiten eine integrierte Medienpolitik für ein vielfältiges Medienangebot sowohl von kommerziellen Akteuren als auch von öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das lineare Fernsehen verliert immer mehr Zuschauer. Um ein jüngeres Publikum zu erreichen, setzt die Organisation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (NPO) stark auf Digitalisierung, auf mehr Kooperation mit kommerziellen Akteuren und auf Koproduktionen. Wir setzen die Reformen in Richtung einer transparenten und effizienten NPO als Koordinator fort. Die einzelnen Rundfunkanstalten werden in vier sog. Rundfunkhäusern zusammenarbeiten; für die Nachrichten- bzw. Bildungssender NOS/NTR wird zusätzlich ein separates Rundfunkhaus eingerichtet.
- Wir vereinfachen den organisatorischen Aufbau, indem wir Doppelfunktionen ausschließen und Amtszeiten auf höchstens zweimal vier Jahre begrenzen. Rundfunkvereine werden in die Governance der Rundfunkhäuser integriert, wobei ihre Verankerung in der Gesellschaft außer anhand der Zahl ihrer Mitglieder künftig auch nach ihrer (Online-)Reichweite und ihrem Wert für die Öffentlichkeit bestimmt wird. Wir stärken die regionalen und lokalen Rundfunkanstalten durch mehr Kooperation mit der NPO.
- Wir werden weiter in die Professionalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in unabhängigen und regionalen Journalismus und in die Sicherheit der Presse investieren.
- Zwecks Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen für kommerzielle und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Medien erhält die NPO die Möglichkeit, zusätzliche Werbeeinnahmen zu generieren.
- Wir reformieren die Finanzierungsstruktur im Kultursektor und geben Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen langjährige Sicherheit, wobei wir auf eine gute geographische Streuung achten. Wir verringern die Regulierungsdichte in der Kulturbranche.

- Unsere Kultur ist ein hohes Gut – von Orchestern und Museen von Weltrang bis hin zur lebendigen Volkskultur. Im Rahmen der Kulturpolitik gilt unser besonderes Augenmerk der Entwicklung von Talenten, den Musikschulen und einem landesweit flächendeckenden Kulturangebot.
- Wir stärken die Bibliotheken im ganzen Land; sie sind ein Ort, an dem die Menschen nicht nur Bücher ausleihen, sondern auch bei Lese- und Schreibschwierigkeiten oder fehlenden Computerkenntnissen Unterstützung erhalten oder Sprachunterricht in Anspruch nehmen können.
- Wir sind stolz auf unsere Sprachen und Dialekte. Deshalb unterstützen und fördern wir die Sprachen des Königreichs, die regionalen Sprachen, Mundarten und Dialekte.

### **Emanzipation**

Wir sind stolz auf unsere Tradition von Toleranz und Gleichheit. Wir setzen uns weiter für die Freiheit aller ein, ganz offen sie selbst zu sein. Das haben wir vor:

- Wir setzen uns weiter für die Akzeptanz, Sicherheit und Emanzipation der LSBTQI+-Community auf der Straße, in der Schule, am Arbeitsplatz und überall sonst im In- und Ausland ein. Grundlage hierfür ist der Regenbogenpakt, den wir sorgfältig mit Gesetzesinitiativen, Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen umsetzen.
- Menschen mit Behinderung sind zu oft vom Staat abhängig. Indem wir als Staat mit gutem Beispiel vorangehen, sorgen wir für eine zugängliche Gesellschaft, in der jeder seine Talente entwickeln und gleichwertig an der Gesellschaft teilhaben kann.
- Mit einem Nationalen Aktionsplan »Keine Gewalt gegen Frauen« gehen wir gezielt gegen sexuell grenzüberschreitendes Verhalten, Femizide und Frauenhass vor.
- Wir setzen die parlamentarische Beratung einer guten Regelung zur Leihmutterchaft fort und berücksichtigen dabei die Empfehlungen aus dem Bericht »Das getragene Kind« des Wissenschaftlichen Forschungs- und Dokumentationszentrums (WODC) sowie die Handlungsschwerpunkte aus dem Bericht der Kommission zur Untersuchung länderübergreifender Adoptionen.
- Wir führen ein Gesetz zur Lohntransparenz ein, wobei wir unnötigen bürokratischen Aufwand für Unternehmen vermeiden.
- Unsere Kompetenzzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit liegen uns sehr am Herzen. Sie werden bei Bedarf in die Entwicklung neuer politischer Maßnahmen einbezogen.
- Wir führen die Nationale Strategie zur Förderung der Frauengesundheit fort, die sowohl auf frauenspezifische Erkrankungen als auch frauenspezifische Symptome abzielt.
- Wir setzen uns weiter für die gleichwertige Position von Frauen in unserer Gesellschaft ein, unter anderem indem wir Initiativen wie »Mehr Frauen in Führungspositionen« unterstützen und weibliche Rollenmodelle fördern.

## Eine gesunde Gesellschaft

Eine gute Gesundheit und ein gutes Gesundheitswesen sind von unschätzbarem Wert.

Die Niederlande können auf vieles stolz sein: auf leicht zugängliche Gesundheitsleistungen von hoher Qualität und auf Gesundheitsdienstleister, die sich Tag für Tag engagiert und kompetent für ihre Patienten einsetzen. Diese Errungenschaften müssen wir bewahren. Gerade deshalb ist es wichtig, vorzuschauen und bessere Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Das Gesundheitswesen ist von jeher stark auf medizinische Therapie ausgerichtet. Diese ist von hohem Niveau, aber Gesundheit ist mehr als nur Heilen. Die Menschen möchten am Leben teilhaben können, auch mit einer Krankheit oder Behinderung. Deshalb kommt den Aspekten Lebensqualität, mentale Resilienz und soziale Unterstützung zentrale Bedeutung zu. Heute ist es aber so, dass die Wohngegend, in der jemand aufwächst, die Gesundheitschancen bestimmt. Zu viele Menschen haben keinen oder zumindest keinen festen Hausarzt, obwohl ein vertrauter Ansprechpartner für Gesundheitsfragen so wichtig ist. Es ist nicht immer einfach, in einem von ungesunden Angeboten und Umständen geprägten Umfeld gesunde Entscheidungen zu treffen.

Durch die Fokussierung auf Prävention und Wohlbefinden und durch den Einsatz neuer Behandlungsmethoden und Technologien tragen wir dazu bei, dass die Menschen länger in Gesundheit leben, einer Arbeit nachgehen und selbständig bleiben können. Diese Chancen müssen wir besser nutzen. Denn eine gesündere Gesellschaft ist nicht nur glücklicher, sondern auch stärker und produktiver.

Die Alterung der Gesellschaft setzt unser Gesundheitswesen unter Druck, bietet aber auch Chancen. Ältere Menschen sind immer länger gesund und in der Lage, selbständig zu wohnen und an der Gesellschaft teilzuhaben. Das fördern wir mit intelligenter Technologie, geeigneten Wohnformen und starken Nachbarschaften, in denen man einander hilft. So erhalten alte Menschen die Unterstützung, die sie brauchen, und die Arbeit im Gesundheitswesen wird leichter.

Um das erreichen zu können, sind Reformen unumgänglich. Wenn wir nicht eingreifen, steht dem Gesundheitswesen der Infarkt bevor. Angesichts der steigenden Nachfrage, der Alterung der Gesellschaft und des Personalmangels stoßen die Beschäftigten im Gesundheitswesen zunehmend an ihre Grenzen, während die Menschen immer häufiger nicht oder nicht rechtzeitig die Leistungen erhalten, die sie brauchen. Das darf nicht sein. Indem wir heute eingreifen und Entscheidungen treffen, können wir auch in Zukunft eine angemessene Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Kurzfristig treffen wir Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit unseres Gesundheitssystems. Die Staatliche Kommission für das Gesundheitswesen wird als Antwort auf die fortschreitende Alterung der Gesellschaft und den Personalmangel längerfristige Empfehlungen für weitere Reformen zur Gewährleistung der finanziellen Tragfähigkeit des Gesundheitssystems vorlegen.

Wir haben uns für eine gemeinsame Strategie entschieden und werden zusammen mit Klienten, Patienten, Angehörigen, informell Pflegenden, ehrenamtlichen Helfern, Gesundheitsdienstleistern und Sozialfachkräften auf eine Gesellschaft hinwirken, die der Vorbeugung gegen Krankheit und Einsamkeit hohe Priorität einräumt, an die Eigenverantwortung ihrer Bürger appelliert, das Gemeinwohl fördert und allen, die sie brauchen, eine gute Gesundheitsversorgung bietet. Das haben wir vor:

## **Vorbeugen ist besser als Heilen**

Wir wollen eine Generation heranwachsen sehen, die gesünder ist als alle bisherigen. Gesundheit fängt nicht im Krankenhaus an, sondern im Alltag: zu Hause, in der Schule, bei der Arbeit und im Wohnumfeld. Mit einem gesunden Lebensumfeld und einer soliden sozialen Basis tragen wir dazu bei, dass Menschen länger gesund bleiben. Das erhöht die Lebensqualität und fördert eine starke und resiliente Gesellschaft. So wirken wir dem Gesundheitsgefälle entgegen, während wir zugleich das Gesundheitswesen entlasten und es den Menschen ermöglichen, länger erwerbstätig zu sein, und zwar sowohl im Gesundheitswesen als auch in anderen Bereichen. Das erfordert einen grundlegend neuen Ansatz: der Blick wendet sich von der Gesundheitsfürsorge zur Gesundheit, von der Behandlung zur Vorbeugung und von individuellen Lösungen zu einer starken sozialen Basis. Hierfür suchen wir Lösungen im Gesundheitswesen selbst, aber auch in anderen Bereichen, etwa durch die Bekämpfung der Verschuldungsproblematik und die Förderung eines gesunden Lebensumfelds. Das haben wir vor:

- Um die »gesündeste Generation« Wirklichkeit werden zu lassen, investieren wir in Prävention und Gemeinwohl. Wir sorgen dafür, dass sich Prävention wieder lohnt. Wir legen den Fokus auf die Gesundheit von Kindern und die Förderung von mehr Bewegung im täglichen Leben sowie auf sportliche Betätigung von Menschen mit und ohne Behinderung. Wir treffen Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums ungesunder Lebensmittel und investieren einen Teil des damit erzielten Ertrags in gesundheitsfördernde Maßnahmen. Kinder und Jugendliche in Grund- und weiterführenden Schulen bekommen kostenloses Schulobst. Wir verschärfen das Gesetz zur Regulierung des Kindermarketings. Wir sorgen dafür, dass über einen stadtteilorientierten Ansatz auch benachteiligte Gruppen zu gesünderen Kaufentscheidungen angeregt werden. Wir setzen uns für sorgende Stadtteile und Nachbarschaften ein, indem wir in den sozialen Zusammenhalt investieren. Wir investieren in die Sanierung und nachhaltige Gestaltung von Sportanlagen, unter anderem durch Erhöhung des Budgets für die Förderung des Baus und der Wartung von Sportanlagen (BOSA), und wir werden mehr öffentliche Spielplätze schaffen. Wir investieren in das Aktionsprogramm »Chancenreicher Start«, damit Familien in schwierigen Situationen besser gesundheitlich betreut und unterstützt werden. Zugleich setzen wir die Initiativen zur Erreichung des Ziels »rauchfreie Generation« fort; das Mindestalter für den Kauf nikotinhaltiger Produkte wird auf 21 Jahre heraufgesetzt. Darüber hinaus wird die Vorratshaltung illegaler Vapes strafbar, und die Rechtsdurchsetzung wird verschärft.
- Eine sorgende Gesellschaft ist ohne ehrenamtliche Helfer und informell Pflegende nicht möglich. Wir unterstützen informell Pflegende, indem wir ihnen auch weiterhin die Möglichkeit der Entlastungspflege bieten.
- Wir verlängern die Gesundheitspakete; dabei werden wir Vereinbarungen über das künftige Volumenwachstum treffen und sie mit entsprechenden Rechtsvorschriften stärken.

## **Medizinische Versorgung**

Die niederländischen Krankenhäuser erbringen qualitativ hochwertige Gesundheitsdienstleistungen. Damit dies so bleibt, müssen wir das Gesundheitswesen patientenorientierter gestalten. Derzeit ist es so, dass es sich für die Krankenhäuser lohnt, möglichst viele Behandlungen oder Operationen durchzuführen, auch wenn dies für die Patienten nicht unbedingt einen Mehrwert hat. Die Gesundheitsleistungen müssen der Gesundheit und Lebensqualität der Patienten zugutekommen. Das haben wir vor:

- Eine »passende Gesundheitsversorgung« wird zur Norm, auch hinsichtlich des Leistungsanspruchs, und wir beschleunigen die Umsetzung dieses Konzepts. Künftig sind nur noch Gesundheitsleistungen mit nachgewiesenem Mehrwert für die Patienten erstattungsfähig. Mittels Rechtsvorschriften werden strengere Anforderungen an die Voraussetzungen, die Qualität und das Zustandekommen berufsethischer Richtlinien erlassen. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Aufsichtsstelle »Zorginstituut Nederland« gestärkt.

- Anreize, die zu Übertherapierung verleiten, werden abgebaut; für den Leistungsumfang, die Organisation und die Finanzierung sind nur noch nachweislich wirksame Behandlungen maßgebend. Der Einsatz neuer medizinischer Technologien und Behandlungen bleibt möglich, allerdings werden wir diese strenger nach ihrer Wirksamkeit und ihrem Beitrag zu einer passenden Gesundheitsversorgung beurteilen.
- Die Krankenversicherungen erhalten hierfür den erforderlichen Handlungsspielraum, ihnen wird aber auch die Verantwortung für entsprechende Steuerungsmaßnahmen zugewiesen; dabei geht es auch um ein besseres Zusammenspiel von Primär- und Sekundärversorgung. Die Regierung übernimmt also eine stärker lenkende Rolle im Gesundheitswesen der Zukunft und mehr Regie über die Streuung und Konzentration und verschärft erforderlichenfalls die Anforderungen an die Erteilung von Genehmigungen. Darüber hinaus wirken wir auf einen faireren Wettbewerb zwischen Krankenhäusern und selbständigen Behandlungszentren hin.
- Zu dem Bestreben, eine passende Gesundheitsversorgung zu etablieren, gehört auch die Abschaffung der Erstattung nichtkontrahierter Leistungen, wobei wir einen Übergangszeitraum vorsehen und die Sicherung von Arbeitsplätzen im Blick behalten. Die Krankenversicherungen müssen für die Leistungen aus dem Basisleistungskatalog Verträge in ausreichendem Umfang abschließen, eine Versicherung auf Kostenerstattungsbasis anbieten (unter anderem für im Ausland erbrachte Leistungen) und Zusammenarbeit einfordern, um die passende Gesundheitsversorgung zur Norm zu machen.
- Um eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge zu vermeiden, wird der jährliche Selbstbehalt beibehalten. Er wird indexiert und 2027 um 60 Euro erhöht. Damit nicht der gesamte Selbstbehalt auf einmal anfällt, wird er je Behandlung auf 150 Euro begrenzt.
- Bei allen Reformen, die wir durchführen, damit das Gesundheitswesen für alle zugänglich bleibt, gilt unser besonderes Augenmerk chronisch Kranken und Menschen mit Behinderung, sowohl was die Kosten als auch was die Alltagspraxis angeht. Wir kommen diesen Gruppen (über die Gemeinden) bei ihren Krankheitskosten entgegen und machen Schluss mit der Indikations-Tretmühle: niemand braucht mehr regelmäßig seine chronische Krankheit oder Behinderung nachzuweisen. Dazu investieren wir auch in den Gemeindefonds. Außerdem treffen wir landesweit verbindliche Vereinbarungen mit dem Ziel, die Regelungen einfacher und effektiver zu machen und sie zwischen den Gemeinden zu vereinheitlichen.
- Dazu gehört auch die weitere Stärkung der Primärversorgung und die Verbesserung des Zugangs zu hausärztlicher Versorgung. Wir wollen dem Mangel an Hausärzten, besonders in den am stärksten betroffenen Regionen, entgegenwirken, und werden zusammen mit den Gemeinden unsere Initiativen zur Unterstützung von Hausärzten bei der Suche nach Praxis- und Wohnraum fortführen.
- Wir setzen uns nach Kräften für die Bekämpfung der Arzneimittelknappheit ein. Zu diesem Zweck wollen wir die Produktion in Europa fördern und Übermedikation und Verschwendung bekämpfen.
- Passende Gesundheitsversorgung heißt auch inklusive Gesundheitsversorgung. Wir stellen sicher, dass nachweislich effektive Gesundheitsleistungen auch wirklich jedem, der sie braucht, ungeachtet seines Hintergrunds, zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei frauengesundheitsspezifischen Behandlungen und Arzneimitteln Fortschritte erzielt werden.

### **Gesundheitsversorgung für Langzeitkranke und Menschen mit Behinderung**

Altersgebrechen und Behinderungen sind individuell verschieden, aber alle Betroffenen möchten die notwendigen Gesundheitsleistungen natürlich am liebsten in ihrer vertrauten Umgebung in Anspruch nehmen. Von Nachbarn, Verwandten oder professionellen Fachkräften. Informell Pflegende sind für eine Gesellschaft, in der man sich umeinander kümmert, aber auch für die Qualität und Kontinuität des Gesundheitssystems unverzichtbar, denn sie leisten Tag für Tag Unterstützung, die die professionelle Gesundheitsversorgung ergänzt und entlastet. Indem wir die Leistung informell

Pflegender anerkennen und sie unterstützen, tun wir nicht nur ihnen etwas Gutes, sondern auch denen, die sie betreuen.

Darum wollen wir in sorgende Nachbarschaften und einen möglichst effektiven Einsatz von Personal und Mitteln investieren. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensqualität und ein Altern in Würde. Das haben wir vor:

- Umschwenken von stationärer Pflege auf mehr Investitionen in sorgende Nachbarschaften und Entwicklung von Gemeinschaften, die Senioren und Menschen mit Behinderung die Unterstützung bieten, die sie brauchen, um möglichst lang in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können. Wir treiben die Trennung der Bereiche Wohnen und Gesundheitsversorgung in der Altenpflege weiter voran, wobei wir die Schaffung eines Zuhause-Rundumpakets anstreben und die Wohn-, Aufenthalts- und Pflegekomponente davon loslösen. Dazu gehören neue Wohnformen und sorgende Nachbarschaften, die Wert auf Begegnung, die Bekämpfung von Einsamkeit und ein fürsorgliches Miteinander legen.
- Um die Pflege und das Leben von Menschen mit Behinderung zu verbessern, setzen wir die UN-Behindertenrechtskonvention um.
- Wir verbessern die Effektivität des Gesetzes über die Langzeitpflege durch eine passende Gesundheitsversorgung, Qualitätsstandards und entsprechende Kostensätze.

### **Jugendhilfe**

Kinder müssen in den Niederlanden gesund, glücklich und mit einem gerüttelt Maß an Resilienz aufwachsen können. Eltern oder andere Erziehungsberechtigte sind für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich und nehmen diese Verantwortung im Kontext der pädagogischen »civil society« wahr. Momentan wird jedes siebte Kind in irgendeiner Form von der Jugendhilfe betreut. Das System ist stark institutionalisiert und stützt sich zu sehr auf die Erbringung von – für die Anbieter finanziell interessanter – einfacher Hilfe, wodurch für Kinder und Jugendliche mit komplexen Problemen nicht immer rechtzeitig die Unterstützung zur Verfügung steht, die sie brauchen. Darüber hinaus ist die Jugendhilfe stark fragmentiert; es gibt unzählige Stellen und Anbieter und zu wenig Kontinuität für die betroffenen Kindern und ihre Familien. Dadurch gibt oft das System die Richtung vor und nicht die Bedürfnisse des Kindes und seiner Angehörigen. Das haben wir vor:

- Es wird zu viel Jugendhilfe bei Problemen geboten, für die sie eigentlich nicht gedacht ist. Das betrifft beispielsweise Kinder in schwierigen häuslichen Situationen aufgrund von Problemen der Eltern, etwa wegen einer Scheidung oder Schulden. Diese Probleme sollen künftig an besser geeigneter Stelle gelöst werden, etwa im sozialen Bereich.
- Wir verringern den Umfang des Anspruchs auf Jugendhilfe. Wir unterscheiden streng zwischen Prävention, leichter (Erziehungs-)Unterstützung und spezialisierter Hilfe. Leichte (Erziehungs-)Unterstützung wird nicht mehr finanziert oder kollektiv organisiert. Passende Hilfe wird der Standard, und künftig finanzieren wir im Rahmen des Möglichen nur noch nachweislich effektive Jugendhilfe.
- Nicht das System, sondern die Perspektiven für Kinder und Familien geben bei den zu treffenden Entscheidungen den Ausschlag. Die Organisation und Finanzierung der Jugendhilfe wird mit dem Ziel reformiert, die Zahl der Akteure auf ein Minimum zu begrenzen und personelle und finanzielle Kapazitäten für Kinder mit komplexer Problematik zu schaffen. Anreize für die Inanspruchnahme leichter Hilfeleistungen werden abgebaut, und die Steuerung konzentriert sich stärker auf Ergebnisse.
- Im Interesse der Kinder setzen wir die Reform des Jugendschutzes fort.

### **Psychische Gesundheitsfürsorge**

Psychische Probleme gehören zum Leben; die Betroffenen brauchen Unterstützung von Angehörigen und Freunden, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft. Nicht jedes Problem ist ein Fall für das Gesundheitswesen. Wer spezialisierte Hilfe braucht, muss sie auch bekommen. Niemand will wegen psychischer Probleme monatelang wie gelähmt auf angemessene Hilfe warten müssen. Es bedarf einer

besseren Abstimmung und Zusammenarbeit, damit die Betroffenen nicht in einem Labyrinth aus Gesetzen, Regelungen und Anlaufstellen die Orientierung verlieren. Das haben wir vor:

- Wir setzen auf die Prävention psychischer Probleme bei Kindern und Erwachsenen. Wir wollen eine frühzeitige Intervention gewährleisten, damit sich die Probleme nicht zu sehr verschärfen. Wir investieren in Programme in der Schule, am Arbeitsplatz und in den Stadtteilen, um die mentale Resilienz zu stärken. Die Organisation und Finanzierung der Jugendhilfe wird mit dem Ziel reformiert, personelle und finanzielle Kapazitäten für Kinder mit komplexer Problematik zu schaffen. Anreize für die Inanspruchnahme leichter Hilfeleistungen werden abgebaut, und die Steuerung konzentriert sich stärker auf Ergebnisse.
- Die Regie über die verschiedenen Gesetze wird stärker zentralisiert, damit Betroffene nicht plötzlich ohne Hilfe dastehen, wenn sie unversehens auf der Grundlage anderer Vorschriften beurteilt werden, etwa nachdem sie volljährig geworden sind. Im Interesse einer effektiveren Prioritätensetzung bleibt es unser Bestreben, den Bedarf besser zu ermitteln.  
Wir wollen Menschen, die sich nicht behandeln lassen wollen oder verhaltensauffällig sind, häufiger aufsuchende Hilfe bieten, und zwar auch, um die Polizei zu entlasten.

Zur Realisierung der vorgenannten Reformmaßnahmen kümmern wir uns um die Handlungsfelder »Arbeiten im Gesundheitswesen«, »Effektiver Datenaustausch und clevere Nutzung von Technologie« und »Geld für Gesundheitsleistungen auch wirklich in Gesundheitsleistungen investieren«.

### **Arbeiten im Gesundheitswesen**

Das Personal ist das Rückgrat des Gesundheitswesens. Wir müssen den Arbeitskräftemangel bekämpfen, indem wir bei Ausbildung, Einsatz und Bindung von Fachkräften andere Prioritäten setzen. Das haben wir vor:

- Wir wollen das Potential derjenigen, die schon im Gesundheitswesen arbeiten, besser nutzen. Zu diesem Zweck wollen wir intelligenter organisieren, den Verwaltungsaufwand reduzieren und mehr Raum für Innovationen und fachliche Autonomie schaffen; so wird es für die Beschäftigten attraktiver, ihre Wochenarbeitszeit aufzustocken, und bleibt ihnen mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, nämlich für diejenigen da zu sein, die ihrer Hilfe bedürfen.
- Die Gesundheitsfachkräfte müssen für den Einsatz dort ausgebildet werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. In den Ausbildungen wird der Arbeit außerhalb von Krankenhäusern mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Außerdem schaffen wir mehr Raum für Ausbildungen in der Primärversorgung, der mobilen Hauskrankenpflege, Altenpflege und Sozialfürsorge, und wir erleichtern den Wechsel zwischen verschiedenen Bereichen innerhalb des Gesundheitswesens.
- Aggressives und bedrohliches Verhalten gegenüber Gesundheitspersonal ist inakzeptabel. Dagegen wird streng vorgegangen.

### **Effektiver Datenaustausch und clevere Nutzung von Technologie**

- Im Interesse eines effektiveren Personaleinsatzes bei geringerem Verwaltungsaufwand nutzen wir neue Technologien und Videosprechstunden. Dieser Ansatz kommt einer besseren Diagnostik und einer intelligenteren Nutzung der Kapazitäten zugute, und das Personal hat mehr Zeit für Klienten, Patienten und Familien.
- Wir schaffen eine landesweit flächendeckende Infrastruktur für den Datenaustausch, um die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsdienstleistern – und soweit möglich auch mit Sozialdiensten – zu unterstützen und hochwertige Forschung auf dem Gebiet der Patientenversorgung zu ermöglichen.

### **Geld für Gesundheitsleistungen auch wirklich in Gesundheitsleistungen investieren**

Wir gehen hart gegen Betrug im Gesundheitswesen vor und schaffen klare und strengere Normen für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln im Gesundheitswesen,

unter anderem indem wir die Auswüchse privater Kapitalbeteiligungen bekämpfen. So stellen wir sicher, dass jeder für das Gesundheitswesen bereitgestellte Euro sinnvoll verwendet wird und dass die Zugänglichkeit und Qualität des Gesundheitswesens sowie das Patienteninteresse immer im Vordergrund stehen. Das haben wir vor:

- Wir erweitern die Möglichkeiten der Informationsstelle für Betrug im Gesundheitswesen (IKZ) für den Datenaustausch mit relevanten Partnern, damit Betrug schneller aufgedeckt werden kann.
- Betrüger werden häufiger strafrechtlich verfolgt und dürfen nicht mehr im Gesundheitswesen tätig sein.
- Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden werden erweitert, so dass sie beispielsweise Übernahmen vorübergehend stoppen oder gegen undurchsichtige Konstruktionen vorgehen können. Bei der Industrie- und Handelskammer werden die Voraussetzungen für die Gründung von Gesundheitsunternehmen verschärft.
- Bei der Polizei wird eine Taskforce für Betrug im Gesundheitswesen eingerichtet.

### **Medizinethik**

- Die medizinische Wissenschaft braucht Handlungsspielraum für die Forschung und die Anwendung der erzielten Ergebnisse. Dieser Spielraum ist aber begrenzt und unterliegt gesetzlichen Vorschriften, bei denen auch ethische Erwägungen eine Rolle spielen. Entsprechend muss die politische Beschlussfassung bei medizinethischen Dilemmas mit besonderer Sorgfalt erfolgen. Dabei gilt es, ganz verschiedene Werte zu berücksichtigen, darunter Autonomie, die Schutzwürdigkeit des Lebens und der medizinwissenschaftliche Fortschritt. Hierzu bedarf es einer sorgfältig und mit Respekt geführten Debatte, die sich auf verschiedene Elemente stützt – von einem breiten gesellschaftlichen Dialog über Empfehlungen des Gesundheitsrats und ethische Reflexionen bis hin zur Evaluierung der geltenden Rechtsvorschriften.
- Wir werden eine Stellungnahme der Regierung zum Gutachten des Gesundheitsrats über die 14-Tage-Frist im Embryonengesetz vorlegen, in der sich die Regierung hinter die Empfehlung des Rathenau-Instituts stellen wird, einen gesellschaftlichen Dialog über dieses Thema in Gang zu bringen.

## Die Niederlande: führend in einer digitalen Welt

Digitalisierung und KI sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und Wirtschaftswachstum, die Bewältigung des Arbeitskräftemangels und unseren Wohlstand in der Zukunft, stellen aber auch Bedrohungen für unsere Sicherheit, Freiheit und demokratische Rechtsordnung dar. Die Niederlande können eine Vorreiterrolle übernehmen, indem sie mit starken Ökosystemen in den Bereichen Wissen, Investitionen und unternehmerische Initiative verantwortungsbewusste Innovationen vorantreiben. Das erfordert Investitionen in eine starke und unabhängige niederländische und europäische Technologiebranche. Das ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen vernünftig, sondern auch unerlässlich für unsere Demokratie und unsere nationale Sicherheit.

Wir brauchen mehr Kontrolle und demokratische Steuerung. Die Niederlande und Europa sind bei essentiellen digitalen Infrastrukturen inzwischen stark von einem kleinen Kreis ausländischer Anbieter abhängig. In einer Welt, in der Technologie immer häufiger als geopolitisches Machtmittel eingesetzt wird, macht uns das verwundbar. Und diese Gefahr ist real: Die Niederlande sind Tag für Tag Cyberangriffen vonseiten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ausgesetzt. Auch deshalb müssen sie Vorreiter im Bereich der verantwortungsbewussten digitalen Innovation werden und starke eigene und europäische Kapazitäten entwickeln. Das ist nur möglich mit einer Regierung, die die Regie übernimmt, die sich Technologie, Wissen und Talentförderung auf die Fahnen schreibt und die Cyberresilienz strukturell stärkt, um so gezielt strategische Abhängigkeiten abzubauen.

### **Digitaler Staat und Gesellschaft**

Der Staat muss digital zuverlässig, zugänglich, effizient und resilient sein. Noch immer werden die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Realisierung einer effizienteren öffentlichen Verwaltung unzureichend genutzt. Wir werden das ändern. Das haben wir vor:

- Der Staat muss digitale Autonomie anstreben. Wir wollen eine europäische digitale Infrastruktur, bauen strategische Abhängigkeiten in Bezug auf Clouds, Daten und essentielle Systeme zielgerichtet ab und teilen Großprojekte auf, damit sich mehr niederländische und europäische kleine und mittlere Unternehmen daran beteiligen können.
- Elektronische Beschaffungs- und Auftragsvergabesysteme werden standardisiert und zentralisiert und auf der Grundlage von konzeptionsintegrierter Sicherheit, Zero-Trust, Souveränität, Open Source und Kettensicherheit gestaltet. Der Staat nutzt seine Marktmacht zur Erzwingung von Sicherheitsstandards und formuliert Mindestsicherheitsanforderungen für den gesamten öffentlichen Dienst.
- Staatliche IT-Projekte (über 5 Mio. Euro) sind nur noch dann finanzierungsfähig, wenn sie zentrale IT-Standards erfüllen.
- Wir stärken die technische Kapazität des Staates, indem wir IT-Experten ein wettbewerbsfähiges Gehalt bieten und die Beamten in Technologie und KI-Anwendungen schulen.
- Behörden werden so eingerichtet, dass sie für alle Menschen, also auch für Menschen mit Behinderung, zugänglich sind, und sie verwenden eine Sprache, die von allen verstanden wird. Wir richten eine ausreichende Zahl von Infotelefonen und Schaltern für Publikumsverkehr ein.

### **Digitaltechnik als Motor unseres Wirtschaftswachstums**

Digitale Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien bestimmen unsere Wertschöpfungsfähigkeit von morgen. Die Niederlande befinden sich in einer guten Ausgangsposition, aber Europa verliert im weltweiten Wettbewerb an Terrain, was der Abhängigkeit von den USA und China Vorschub leistet. Es bedarf zielführender Entscheidungen über Hochskalierung, Innovation und geeignete Rahmenbedingungen,

um unser Wirtschaftswachstum voranzutreiben und unsere strategische Position zu sichern. Das haben wir vor:

- Um die Einführung neuer Technologien zu beschleunigen, erarbeiten wir eine auf Wissen, Forschung und Innovation basierende nationale Strategie für die digitale Infrastruktur.
- Die Niederlande werden zum Vorreiter bei digitaler Innovation und Schlüsseltechnologien. Wir sind nicht länger nur eine Pioniernation, sondern werden auch ein Land der Hochskalierung, wenn es um die Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie KI geht.
- Wir fördern den Bau einer KI-Fabrik im Norden der Niederlande sowie von autonomen europäischen Datenzentren. Wir bauen anhand eines Ökosystemkonzepts an einer digital resilienten Gesellschaft, in der Bildungswesen, Wirtschaft und Staat gemeinsam dafür sorgen, dass die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz von allen in vollem Umfang genutzt werden können.
- Wir vermitteln jungen Leuten, von der Grundschule bis zur Universität, Kenntnisse in Cybersicherheit und digitale Kompetenzen, und wir stärken öffentlich-private Bildungsmaßnahmen.
- Öffentlich-private Investitionen konzentrieren sich, mit einem Fokus auf Skalierbarkeit, Produktivität und Umsetzbarkeit in kritischen Branchen, auf wirtschafts- und sicherheitsrelevante Anwendungen wie KI, Cybersicherheit, Halbleitertechnik, Quantentechnologie und Photonik. Wir verstärken unsere Position in der Halbleiterindustrie und planen den Bau eines Quantencomputers in den Niederlanden.
- Wir sorgen dafür, dass die Niederlande ein attraktiver Standort für innovative Unternehmen bleiben, indem wir die Verfahren für die Realisierung digitaler Infrastrukturen beschleunigen, ohne die Sicherheit und Qualität des Lebensumfelds aus dem Blick zu verlieren.

### **Digitale Resilienz**

Cyberangriffe, digitale Spionage und Desinformation stellen eine direkte Bedrohung unserer Wirtschaft, Demokratie und nationalen Sicherheit dar. Diese Bedrohung geht von staatlichen Akteuren, Cyberkriminellen und umfangreichen Beeinflussungskampagnen aus und wird durch KI immer schneller, intelligenter und skalierbarer. Darum müssen kritische Branchen und (halb-)öffentliche Stellen nachweislich cyberresilient sein, damit wir eine Lahmlegung des öffentlichen Lebens vermeiden können. Das haben wir vor:

- Wir sorgen für eine schnelle Umsetzung der NIS2-Richtlinie zur Verbesserung der digitalen Resilienz, damit unsere kritischen Branchen auf Cyberbedrohungen vorbereitet sind und rasch entsprechend handeln können.
- Im Einklang mit den Empfehlungen des Rates für Cybersicherheit sorgen wir dafür, dass die Regie über die Cybersicherheit an zentraler Stelle angesiedelt wird, um so Fragmentierungen vorzubeugen, die uns schwächen würden.
- Wir bereiten uns aktiv auf großangelegte Cyberangriffe vor, indem wir mit Behörden, kleinen und mittleren Unternehmen und kritischen Sektoren den Ernstfall proben, ethisches Hacking fördern und einen raschen und gezielten Austausch von Bedrohungsinformationen zwischen Staat und Wirtschaft ermöglichen.
- Durch das Cybersicherheitsgesetz stärken wir die Resilienz von Unternehmen gegen Cyberbedrohungen, während wir zugleich eine bessere Rechtsgrundlage für den strukturellen Datenaustausch zwischen Nachrichtendiensten und Unternehmen schaffen.
- Wir wollen einen besseren Überblick über strategische Abhängigkeiten im Technologiebereich erhalten, um diese abbauen zu können, einhergehend mit landesweiten Stresstests zur Ermittlung von Risiken für nationale Interessen sowie einer Strategie zur Entflechtung, einschließlich europäischer Alternativen, Richtlinien für die Auftragsvergabe und geteilter Erfolgspraktiken. Zum Schutz der Sicherheit unseres Landes werden wir weiterhin in vitalen Branchen keine Elektronik aus Risikoländern einsetzen.

- Die Aufsichtsbehörden erhalten hinreichend Handlungsspielraum für Innovation und die Anwerbung von Talenten, damit das geltende Recht auch effektiv durchgesetzt werden kann.

### **Digitales Wohlbefinden**

Das Internet muss ein sicherer und gesunder Ort sein – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die heutige Online-Welt ist von abhängig machenden Algorithmen, schädlichen Inhalten und mangelnder Moderation geprägt, die Gefahren wie Sucht, Einschüchterung, Missbrauch und Betrug Tür und Tor öffnen. Unter anderem zum Schutz unserer Demokratie wollen wir klare Grenzen setzen und die Aufsicht verschärfen. Das haben wir vor:

- Europaweite Einführung eines Mindestalters von 15 Jahren für soziale Medien mit zuverlässiger und datenschutzgerechter Alterskontrolle, solange die Sicherheit dieser Medien nicht ausreichend gewährleistet ist. Strengere Überwachung großer Online-Plattformen mit Verpflichtungen zur Transparenz über Algorithmen und Einnahmen sowie mit effektiver Moderation im Falle von illegalen Inhalten. Süchtigmachende, polarisierende und demokratiefeindliche Algorithmen werden verboten, und strafbare Inhalte müssen innerhalb einer Stunde nach Anordnung der zuständigen Aufsichtsbehörde gelöscht werden. Hierbei arbeiten wir mit anderen führenden europäischen Ländern zusammen.
- Durch bessere Aufklärung, klare Gesundheitsrichtlinien und Unterstützung lokaler Elterninitiativen sorgen wir für eine Eindämmung der Bildschirmzeit von Kindern und Jugendlichen. Eltern erhalten für Online-Kanäle eine Empfehlung zum Mindestalter von Kindern.
- Wir verstärken den Schutz gefährdeter Gruppen durch strengere Vorschriften für Kidfluencing, Finfluencing, Kindermarketing, In-Game-Käufe und Kauf auf Rechnung. Wir gehen gegen Online-Missbrauch vor.
- Die Handyrichtlinien für Schulen werden verschärft. Handys müssen während der Schulzeit zu Hause bleiben oder in der Schule weggeschlossen werden, wobei Ausnahmen für dringende Fälle möglich sind.
- Wir gehen gegen (sexuelle) Deepfakes vor, indem wir die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend aktualisieren, dass die Rechte am eigenen Bild, am eigenen Körper und an der eigenen Stimme gestärkt werden. Es wird eine zentrale, niedrigschwellig zugängliche Meldestelle eingerichtet, wo Opfern besser geholfen wird, etwa in Form von Löschanträgen und Strafanzeigen.
- Was offline strafbar ist, wird auch online nicht akzeptiert. Inhalte, in denen Verbrechen dargestellt werden, werden online nicht toleriert, sofern es sich nicht um journalistische Berichterstattung handelt. Wir prüfen, ob wir derartige Inhalte verbieten und löschen lassen können.
- Wir verbessern die Bekämpfung von Online-Betrug, intensivieren die öffentlich-private Zusammenarbeit und arbeiten Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention sowie zur Unterstützung von Opfern bei der Schadensregulierung aus.

## **Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Gewässer- und Umweltschutz**

### **Infrastruktur und Erreichbarkeit**

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und stellt sicher, dass man zur Arbeit fahren, Verwandte besuchen und auch Neubausiedlungen über Straße, Schiene oder Wasser erreichen kann. Es bedarf einer Neupriorisierung aller anliegenden Aufgaben, von Instandsetzungsarbeiten bis zum Bau neuer Straßen und Schienenstrecken. Das haben wir vor:

- Viele Brücken, Tunnel, Gleise und Schleusen erreichen in absehbarer Zeit das Ende ihrer Lebensdauer. Um die Sicherheit, Erreichbarkeit und Wirtschaftskraft der Niederlande zu erhalten, werden die verfügbaren Mittel in den kommenden Jahren vorrangig in die Instandsetzung der Infrastruktur investiert. Dabei nutzen wir die strategischen Chancen der zivilen und militärischen Doppelnutzung, wobei wir die Instandsetzungsarbeiten nach Möglichkeit mit Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der regionalen Erreichbarkeit und des Verkehrsflusses kombinieren.
- Wir investieren in den Bau neuer Infrastruktur, die für die Erschließung neuer Wohnsiedlungen notwendig ist. Bei neuen Bauprojekten erhalten diejenigen Projekte Vorrang, die nachweislich zur Verbesserung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, der Erreichbarkeit und der Wirtschaftsentwicklung beitragen.
- Ergänzend stellen wir zusätzliche Mittel für einige prioritäre Projekte bereit. Außerdem werden die 17 unterbrochenen Straßen-, Wasserstraßen- und Gleisbauprojekte fortgesetzt. Auch sie sind für den Wohnungsbau und die regionale Erreichbarkeit von entscheidender Bedeutung.
- Wir sorgen dafür, dass Investitionen in die Infrastruktur den Wohnungsbau und die Wirtschaftsentwicklung in allen Regionen unterstützen. So verbessern wir die Verkehrssicherheit, die Erreichbarkeit von Wohnsiedlungen und den Verkehrsfluss.
- Den geplanten Ausbau der A 27 bei Utrecht Lunetten realisieren wir gemeinsam mit der Region innerhalb des bisherigen Querschnitts, möglichst im Rahmen des bestehenden Trassenbeschlusses. Die freiwerdenden Mittel investieren wir teilweise in die Verbesserung des Verkehrsflusses in der Region Utrecht; gut 1 Milliarde Euro fließen in andere große (prioritäre) Verkehrsprojekte.
- Wenn wir untätig bleiben, wird das Autofahren für viele Bürger unerschwinglich. Darum verlängern wir die Senkung der Kraftstoffsteuern für Benzin. Darüber hinaus untersuchen wir die Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Reform der Kfz-Steuern auf der Grundlage der vom Fahrzeug beanspruchten Fläche oder seines Umfangs, mit der Vorgabe, dass die Autofahrer dadurch nicht stärker belastet werden dürfen als bisher. Auch müssen die möglichen Folgen für Bürger und Unternehmen im ländlichen Raum berücksichtigt werden.
- Das Fahrrad ist ein praktisches Transportmittel, und außerdem ist Radfahren gesund. Darum setzen wir die im Nationalen Leitbild für den Fahrradverkehr enthaltenen Maßnahmen um, und wir sorgen dafür, dass die Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs mit dem Fahrrad gut erreichbar sind.

### **Verkehrssicherheit**

Die Niederlande sollen sowohl für Fußgänger und Radfahrer als auch für Autofahrer sicherer werden. Wir gehen gegen rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr vor, indem wir strenger kontrollieren und bestrafen und auf eine Verhaltensänderung hinwirken. Das haben wir vor:

- Es wird eine gesonderte Fahrzeugkategorie für Fatbikes geschaffen, so dass wir hierfür ein Mindestalter und eine Helmpflicht einführen und den Gemeinden die Möglichkeit für die Ausweisung fatbikefreier Zonen bieten können.
- Für Alkohol und Drogen im Straßenverkehr gilt eine Nulltoleranzstrategie. Wir verschärfen die Kontrollen und erhöhen das Strafmaß, führen die Alkohol-Wegfahrsperr (Alkolock) ein und verschärfen das Punktesystem für Trunkenheit im Verkehr. Sobald neue geprüfte Drogentests verfügbar sind, werden sie schnellstmöglich bei Verkehrskontrollen eingesetzt.
- Wir erhöhen die Verkehrssicherheit, indem wir zusammen mit den Gemeinden gezielt für mehr Radarkontrollen an gefährlichen Stellen sorgen und mobile Geschwindigkeitskontrollen durchführen. Zusammen mit den Gemeinden prüfen wir auch, wo es innerhalb geschlossener Ortschaften sinnvoll ist, Tempo-30-Zonen einzurichten.

## **Öffentliche Verkehrsmittel**

Viele Menschen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Darum arbeiten wir an einem öffentlichen Verkehrsnetz, das die Erreichbarkeit relevanter Einrichtungen gewährleistet. Der öffentliche Verkehr muss eine echte Alternative zum Auto bleiben. Das haben wir vor:

- Die Niederländische Bahn (NS) hat bis 2033 die Konzession für das Hauptschiennetz. In der Konzession wurden verbindliche Vereinbarungen über eine Vielzahl von Angelegenheiten getroffen, die den Fahrgästen einen qualitativ guten Bahnverkehr garantieren sollen. Wenn nötig steuern wir hier nach. So streben wir für jede Strecke die Einführung von Mindestwerten für die Sitzplatzwahrscheinlichkeit, Pünktlichkeit und allgemeine Fahrgastbewertung an.
- Für den Zeitraum nach 2033 wird die Regierung spätestens Anfang 2027 eine Entscheidung über die künftige Marktordnung des Schienenverkehrs treffen. Im Zuge dieser Entscheidung muss auch die Frage beantwortet werden, ob und, wenn ja, wie eine Marktanalyse durchgeführt werden soll.
- Wir eröffnen innovativen neuen Schienenverkehrsbetreibern Handlungsspielraum, insbesondere für Nachtzüge und internationale Bahnverbindungen. Jenseits des Hauptstreckennetzes sollen regionale Schienenverkehrsbetreiber mehr Möglichkeiten erhalten, vor allem wenn sie Bahnhöfe mindestens im Halbstundentakt bedienen können. Im Vordergrund steht dabei die Relevanz für die Fahrgäste und deren Sicherheit.
- Sicherheitskräfte in öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten mehr Befugnisse, damit sie wirksamer gegen Ordnungsstörer vorgehen können. Sie erhalten Zugang zum Ausländerzentralregister und unter bestimmten Umständen auch zur Strafjustiz-Datenbank. Grundsätzlich gilt, dass jeder Zugbegleiter Sicherheitskraft werden kann. Die in Rotterdam durchgeführten ÖV-Pilotprojekte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Beförderungsunternehmen und Polizei werden auf die gesamten Niederlande ausgeweitet.
- Es wird effektiver gegen Schwarzfahrer vorgegangen, indem die Bußgelder erhöht und die Kontrollen sowie die Inkassomaßnahmen verschärft werden. So machen wir uns für die Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel stark.

## **Luftfahrt**

Der Flugverkehr und die Drehkreuzfunktion des Flughafens Amsterdam-Schiphol sind für die niederländische Wirtschaft wichtig. Andererseits stellt die Luftfahrt auch eine Belastung für die Umwelt, das Klima und die Lebensqualität in der Umgebung dar. Diese Interessen bringen wir ins Gleichgewicht, indem wir den Spielraum für die Luftfahrt klar begrenzen. Das haben wir vor:

- Lelystad Airport wird als Militärflughafen mit ziviler Mitnutzung in Gebrauch genommen. Dadurch kann der Flughafen auch für den Großhandelsverkehr geöffnet werden; anfänglich sind 10.000 Flugbewegungen pro Jahr vorgesehen. Voraussetzung hierfür ist, dass Lelystad Airport alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt; so muss der Flughafen unter anderem eine naturschutzrechtliche Genehmigung vorweisen können.
- Die Zahl der zulässigen Flugbewegungen auf Schiphol wird in der Flughafenverkehrsverordnung auf 478.000 festgelegt. Zur Begrenzung der Lärmbelästigung der Anwohner wird ein neues Balanced-Approach-Verfahren eingeführt, das dazu führt, dass Schiphol ab dem Jahr 2030 zwischen 23.00 und 7.00 Uhr 50 % weniger Lärm verursacht als im Jahr 2024. Dies wird unter anderem durch ein Nachtflugverbot von 0.00 bis 5.00 Uhr erreicht. Schiphol investiert 50 Mio. Euro in einen Anwohnerfonds, aus dem Maßnahmen zur Schallisolation von Wohnungen finanziert werden sollen. Der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Zivilluftfahrt auf den Flughäfen Amsterdam-Schiphol und Lelystad Airport muss 2030 niedriger sein als die Emissionen, die Schiphol 2024 allein verursacht hat.

- Wir setzen uns für die Einführung einer europaweit einheitlichen Luftverkehrsabgabe ein, die die einzelstaatlichen Ticketsteuern ersetzt. Dann wäre es möglich, unter gleichen Wettbewerbsbedingungen den Einsatz saubererer Flugzeugtypen zu belohnen und Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu fördern. Gemeinsam mit der Luftfahrtbranche setzen wir uns für die Erhöhung der Beimischquote für nachhaltige Flugzeugtreibstoffe (Sustainable Aviation Fuels) und die Förderung der Produktion dieser SAFs in den Niederlanden ein.

### **Wasser und Umwelt**

Wir streben eine ehrgeizige und zukunftsorientierte Umwelt- und Gewässerpolitik an. Als Grundlage hierfür dient uns der Luftqualitätspakt. Die Gewässerqualität wird strukturell verbessert. Das haben wir vor:

- Bei der Überarbeitung der Wasserrahmenrichtlinie legen wir Wert auf Vereinfachung, so dass eine ehrgeizige, aber realistische Richtlinie entsteht, die uns Handlungsspielraum bietet, zusammen mit relevanten Partnern auf dem Gebiet der Gewässerbewirtschaftung konkrete Pläne für die Verbesserung der Wasserqualität auszuarbeiten und die Risiken von Wasserverschmutzungen zu verringern.
- Wir stellen sicher, dass wir heute und in Zukunft über sauberes Trinkwasser verfügen. Dazu führen wir das Aktionsprogramm Verfügbarkeit von Trinkwasserquellen durch.
- Wir setzen die Maßnahmen zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes, die Ausführung des Deltaprogramms und die Überarbeitung der zugehörigen Leitentscheidungen fort.
- Auf dem Gebiet der Raumordnung treffen wir zukunftsorientierte Entscheidungen mit langem Zeithorizont. Eines der Leitprinzipien des Raumordnerischen Leitprogramms lautet, dass »Boden und Wasser maßgebend« sind.
- PFAS stellen eine große Gefahr für unsere Gesundheit und unser Lebensumfeld dar. Die Niederlande werden zum Vorreiter eines europaweiten Verbots von PFAS. Inzwischen wird zusammen mit den beteiligten Akteuren untersucht, wie sich die Nachfrage der Verbraucher nach PFAS-haltigen Produkten senken und das Angebot an PFAS-freien Alternativen verbessern lässt. Wir untersuchen, ob und, wenn ja, wie wir kurzfristig ein Einleitungsverbot realisieren können.
- Umweltverschmutzungen durch besonders besorgniserregende Substanzen (SVHC) werden bekämpft, indem die aktuellen Einleitungsgenehmigungen kritisch überprüft und gegebenenfalls beschränkt werden. Neue Einleitungsgenehmigungen werden nur unter strengen Auflagen und auf der Grundlage der besten verfügbaren Techniken erteilt.

## Gesunde Staatsfinanzen

Gesunde Staatsfinanzen sind eine wichtige Voraussetzung für makroökonomische Stabilität und ein gutes Investitionsklima. Dank einer umsichtigen Haushaltspolitik ist die Kreditwürdigkeit der Niederlande hoch. Dadurch können wir Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen, was uns Raum für Investitionen bietet. Dies trägt zum Wirtschaftswachstum bei, das wir zur Finanzierung unserer Daseinsvorsorge brauchen. Wir legen Wert auf einen soliden Staatshaushalt, der keine Wechsel auf die Zukunft ausstellt. Tragfähige Staatsfinanzen sind schließlich eine Grundvoraussetzung für den Wohlstand der uns nachfolgenden Generationen. Außerdem bieten sie uns die Sicherheit, dass wir in unvorhergesehenen Situationen wie Pandemien oder Krisen unsere Bürger und Unternehmen schützen können. Darum schlagen wir Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Haushalts vor. Dies tun wir, indem wir die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und soziale Sicherung eindämmen und Maßnahmen zur Förderung einer effizienteren und handlungsfähigeren öffentlichen Verwaltung treffen. Wir wollen die Wertschöpfungsfähigkeit erhöhen, indem wir gezielt in die Beseitigung von Hindernissen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum investieren. In Kombination mit der Schaffung von ausreichend Raum für den Markt führen diese gezielten Investitionen zu einem Abbau der Regulierungsdichte und zur Stärkung der europäischen Kapitalmarktunion, was seinerseits zu einem höheren strukturellen, nachhaltigen Wirtschaftswachstum und damit auch zu soliden Staatsfinanzen beiträgt.

### Haushaltsregeln

Die Haushaltsregeln werden gemäß dem Vorschlag der 18. Studiengruppe zur Untersuchung des Haushaltsspielraums und dem Gesetz über tragfähige Staatsfinanzen eingehalten. Das bedeutet, dass eine an der Wirtschaftsentwicklung orientierte Haushaltspolitik verfolgt wird, die sich kennzeichnet durch die Trennung der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung, einen vorab festgelegten Ausgaben- und Einnahmenrahmen und lediglich eine Hauptbeschlussfassung im Frühjahr. Unerwartet negative Ergebnisse werden im Einklang mit den Regeln der Haushaltsdisziplin zunächst innerhalb des eigenen Haushalts ausgeglichen, unerwartet positive Ergebnisse können zum Ausgleich unerwartet negativer Ergebnisse verwendet oder den allgemeinen Mitteln zugeschlagen werden. Wenn unerwartet negative Ergebnisse nicht innerhalb des Ausgabenrahmens ausgeglichen werden können, müssen geplante Ausgaben gestrichen oder zusätzliche Einsparungen vorgenommen werden. Im äußersten Fall kann durch die Aussetzung von Lohn- und Preisanpassungen verhindert werden, dass der Ausgabenrahmen überschritten wird. Mindereinnahmen werden ebenfalls ausgeglichen. Intensivierungen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite müssen durch Extensivierungen ausgeglichen werden. Im Einklang mit der Empfehlung der Studiengruppe zur Untersuchung des Haushaltsspielraums wird der Ausgabenrahmen um die konjunkturrempfindlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe berichtigt, die nicht die Folge politischer Maßnahmen sind.

Wenn sich im Finanzbild strukturell unerwartet positive Ergebnisse zeigen und der mehrjährige gesamtstaatliche Haushaltssaldo unter dem von der Studiengruppe zur Untersuchung des Haushaltsspielraums empfohlenen Haushaltsdefizit von 2 % des BIP bleibt, können diese positiven Abweichungen zu jeweils einem Drittel für Abgabenerleichterungen, für Investitionen zur Förderung der Wertschöpfungsfähigkeit des Landes und zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden, solange auch die europäische Obergrenze für den Schuldenstand nicht überschritten wird.

In den Haushaltsunterlagen wird der Unterschied zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben deutlicher herausgestellt, damit der Nutzen von Investitionen besser beurteilt werden kann. Außerdem wird im Einklang mit den Empfehlungen der Studiengruppe zur Untersuchung des Haushaltsspielraums ein Vorschlag für die Verlängerung der Haushaltsperiode auf 8 Jahre ausgearbeitet, was dazu führen soll, dass die langfristigen Maßnahmen in der Haushaltspolitik besser zum Ausdruck kommen.

## **EU-Haushalt**

Die Niederlande halten sich außerdem an die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten Haushaltsregeln einschließlich der Obergrenzen für das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung. Abweichungen vom vorgeschriebenen (Netto-)Ausgabenrahmen sind nur möglich, wenn diese Obergrenzen nicht überschritten werden. Das erfordert Reformen, die strukturelle Einsparungen bei den Ausgaben und eine Verbesserung der langfristigen Schuldentragfähigkeit ermöglichen.

Die Niederlande profitieren von einer starken europäischen Wirtschaft und einer stabilen Eurozone. Alle Mitgliedstaaten der EU müssen sich an die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten Obergrenzen halten. Mitgliedstaaten, die dies nicht tun, zahlen höhere Zinsen und werden als weniger kreditwürdig eingestuft. Die Mitgliedstaaten sind primär selbst für ihren Haushalt verantwortlich. Die Niederlande bürgen darum nicht für die Staatsschulden anderer Länder (Eurobonds). Wir stehen aber unter bestimmten Bedingungen der Nutzung bereits bestehender Instrumente für gemeinsame Investitionen, etwa über die Europäische Investitionsbank, die Makrofinanzhilfe und die Ukraine-Fazilität, konstruktiv gegenüber, wobei die Länder nur für ihren eigenen Kapitalanteil einstehen (BNE-Schlüssel). Gemeinsame Verteidigungsinvestitionen können darüber hinaus über den bestehenden Europäischen Verteidigungsfonds und das Europäische SAFE-Instrument getätigt werden. Zusätzlich untersuchen wir die Möglichkeiten für eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsmaterial, der Harmonisierung von Produktstandards und gemeinsamen Verteidigungsprojekten. Dabei beziehen wir NATO-Partner wie das Vereinigte Königreich, Norwegen und Kanada eng mit ein.

Es wird weiter auf einen modernen und zukunftsorientierten EU-Haushalt hingewirkt. Der Haushalt muss stärker auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, eine entschlossene Migrations- und Asylpolitik, Sicherheit und Verteidigung ausgerichtet werden. Damit sich die Nettozahlerposition der Niederlande nicht verschlechtert, muss der aktuelle Beitragsrabatt erhalten bleiben.

## **Investitionen**

Zur Stärkung des niederländischen Kapitalmarkts wird eine nationale Investitionsagentur gegründet, die von der Politik unabhängig ist, sich auf private (Ko-)Finanzierungen oder Darlehen fokussiert und kein Privatkapital verdrängt. Die Investitionsagentur arbeitet mit marktkonformen Mindestrenditen und konzentriert sich darum auf Projekte mit positivem Businesscase, für die auf dem Markt keine Finanzierung gefunden werden kann, etwa wegen höherer Risiken oder fehlenden Risikokapitals. Dies ist beispielsweise bei größeren Finanzierungsrunden von Start- und Scale-ups der Fall. Die Investitionsagentur wird um einen Bereich ergänzt, der als Nachfolger des heutigen Nationalen Wachstumsfonds dienen kann. Das Kernkapital der Agentur kann aus dem Ertrag der (geplanten) Privatisierung von Staatsbeteiligungen finanziert werden. Auf der Grundlage der vorstehenden Kriterien sind diese Kapitaleinzahlungen im Prinzip zwar nicht relevant für den WWU-Haushaltssaldo, sie erhöhen aber den WWU-Schuldenstand. Der Haushaltssaldo wird ausschließlich über das Betriebsergebnis der Agentur belastet.

## **Reform des Steuer- und Zuschusssystem**

Unser Steuer- und Zuschusssystem sowie andere Einkommensregelungen und -sicherungsmaßnahmen müssen reformiert werden. Durch die Kumulation einkommensabhängiger Regelungen, bei denen unterschiedliche Definitionen und Voraussetzungen gehandhabt werden, wurde das gesamte System undurchsichtig und unzuverlässig. Wir setzen unsere Bemühungen zur Vereinfachung und Verbesserung fort und bringen die Basis in Ordnung. Zugleich setzen wir uns aber ein Ziel für die Zukunft, auf das wir hinarbeiten. Darum gehen wir mehrgleisig vor:

1. Es wird schrittweise an der Vereinfachung des Steuer-, Sozialversicherungs- und Zuschusssystem und der Durchführung der einschlägigen Regelungen gearbeitet. Das bedeutet unter anderem:
  - Harmonisierung der Begriffe und Voraussetzungen für einkommensunterstützende Maßnahmen einschließlich Sozialversicherungs- und Zuschussregelungen.
  - Die Durchführung der Zuschussregelungen wird in das Gesetz über die Struktur der Durchführungsorganisation für Arbeit und Einkommen überführt, damit die Durchführungsstellen Daten austauschen und ihre Dienstleistungen verbessern können.
  - Wir treten proaktiver an die Bürger heran, um zu vermeiden, dass Ansprüche nicht genutzt oder Rückforderungen fällig werden, unter anderem indem wir auf ein System der automatischen Auszahlung hinwirken.
  - Die Zahl der einkommensabhängigen Regelungen im Steuersystem wird schrittweise verringert, beginnend mit den verschiedenen Steuerermäßigungen.
  - Das Kindergeld und die kinderbezogene Beihilfe werden zu einer Kinderregelung mit einem höheren festen und einem niedrigeren variablen Betrag zusammengefasst.
  - Wir prüfen, wie wir die komplexe Unterscheidung von 21 Lebenssituationen bei der Berechnung des Rentenanspruchs nach dem Allgemeinen Altersrentengesetz (AOW) abschaffen können.
  - Wir ersetzen den Kinderbetreuungszuschuss durch eine direkte Finanzierung der Kindertagesstätten.
2. Der Abschluss der Modernisierung der IT-Systeme bei der Steuerbehörde und der Zentralstelle für Zuschüsse und die Herbeiführung eines angemessenen Personalbestands haben für die Regierung Priorität, weil dies den Weg für die Durchführung konkreter Reformen ebnet.
3. Die Regierung legt bis Ende 2026 einen Reformplan mit konkreten Etappenzielen in verschiedenen Bereichen vor, wobei als erste Maßnahme die Reform des Einkommensteuersystems und der schrittweise Umbau des Zuschuss- und Sozialversicherungssystems und der anderen Einkommensregelungen in Angriff genommen werden sollen. Dabei geht es darum, die Durchführung zu vereinfachen, den Betroffenen Klarheit und Verlässlichkeit zu bieten und Arbeit lohnender zu machen, unter Vermeidung einer weiteren steuerbezogenen Nivellierung.

Für den Fortschritt der Reformagenda ist primär der Minister für Steuern in Zusammenarbeit mit dem Minister für Soziales und Arbeit verantwortlich.

## **Zuschüsse**

Die Zuschuss-Affäre hat das Vertrauen der betroffenen Eltern in den Staat schwer erschüttert. Sie müssen für den erlittenen finanziellen und emotionalen Schaden unbedingt und dringend entschädigt werden. Es gilt, die aus der parlamentarischen Befragung und Untersuchung gezogenen Lehren umzusetzen. Die folgenden Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Operation zur Entschädigung der von der Zuschuss-Affäre Betroffenen schnellstmöglich abgeschlossen werden kann:

- Erledigung der finanziellen Entschädigung;

- Unterstützung der Gemeinden bei der Durchführung ihrer Aufgaben bezüglich der Eltern im Rahmen breiter Unterstützungsmaßnahmen;
- Einrichtung einer Anlaufstelle zwecks Unterstützung bei der Bewältigung des emotionalen Schadens;
- Verbesserung der Zielgenauigkeit der Kinderregelung dahingehend, dass Kindern ein guter (Neu-)Start ermöglicht wird.

Um die Operation zur Entschädigung der von der Zuschuss-Affäre Betroffenen schnellstmöglich abschließen zu können, wird für die Dauer der Abwicklung ein speziell damit beauftragtes Kabinettsmitglied ernannt.

## Anhang

### **Vereinbarungen zum Haushalt**

Maßgebend für die Durchführung der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sind die Beträge in den Tabellen des Haushaltsanhangs. Die Tabelle zur Finanzbeschlussfassung ist sowohl zum Ende der Legislaturperiode als auch strukturell ausgeglichen. Das Haushaltsdefizit am Ende der Legislaturperiode beläuft sich damit (ex ante) auf 2,1 % (Stand: Staatshaushalt 2026). Die in der Tabelle zur Finanzbeschlussfassung angegebenen Haushaltsänderungen werden gleichmäßig über die Haushaltsposten verteilt.